

Friedrich Burschel (Hrsg.)

AUTORITÄRE FORMIERUNG

DER DURCHMARSCH VON RECHTS
GEHT WEITER

25

MANUSKRIPTE NEUE FOLGE
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Autoritäre Formierung
Der Durchmarsch von rechts geht weiter

Friedrich Burschel (Hrsg.)

AUTORITÄRE FORMIERUNG
DER DURCHMARSCH VON RECHTS
GEHT WEITER

Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V.i.S.d.P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Dezember 2019

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Vorwort	7
Judith Goetz	
Männerbündisch – wehrhaft – identitär?	16
Gewaltvolle Männlichkeiten am Beispiel der Identitären	
Julia Haas	
Von anständigen Mädchen und selbstbewussten Rebellinnen	30
Das Frauen- und Geschlechterbild der Identitären	
J. Cash Hauke	
Rechte Identitätspolitik und «der Osten»	46
Eine Analyse aus intersektionaler Perspektive	
Daniel Keil	
Europa und die (neue) Rechte	60
Die Mehrdimensionalität der Europa-Imagination (neu)rechter Bewegungen	
Sebastian Sommer	
Back to the Roots?	86
Veränderungen der Veranstaltungspolitik in der bundesdeutschen Neonaziszene	
Tina Reis	
Diskriminierungsverstärker Google	98
Rechte Suchmaschinenoptimierung und linke Gegenstrategien	
Maik Fielitz	
Post-digitale Kulturen der extremen Rechten	105
Autor*innen	116

VORWORT

Der «Gesprächskreis rechts» der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich in den zurückliegenden zehn Jahren zu einer Institution entwickelt und führt konstant nicht nur eine große Gruppe von Stammgästen zusammen, sondern auch eine wachsende Zahl regionaler oder bundesweit vernetzter Antifaschist*innen, Wissenschaftler*innen, Student*innen und Multiplikator*innen. Das Format – ein geschützter Rahmen, in dem mit großer Offenheit und Wertschätzung aktuelle Entwicklungen und historische Kontexte im Zusammenhang mit einem globalen, europäischen und deutschen «Durchmarsch von rechts» diskutiert werden – hat sich bewährt und bietet jedes Mal Raum, auch noch unfertige Gedanken und brisante Thesen zu erörtern.

«Durchmarsch von rechts» war auch der Titel einer Dokumentation der Gesprächskreise (GK) aus den Jahren 2015 bis 2017, Untertitel: «Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror». Innerhalb kürzester Zeit musste das Bändchen nachgedruckt werden und wurde in einer zweiten Auflage noch um drei Aufsätze ergänzt, um dann im September 2018 eine dritte Auflage zu erleben, die immer noch rege nachgefragt wird. Von diesem Erfolg ausgehend, haben wir uns entschlossen, auch die folgenden Gesprächskreise in einem Band zu dokumentieren und einer geneigten, aufgrund der nicht abreißen drastischen Entwicklungen aber besorgten Leserschaft zu präsentieren.

Die jeweiligen Einladungen zu den Gesprächskreisen in Dresden am 9. Juni 2018, in Hamburg am 17. November 2018 und in Koblenz vom 14. bis 16. Juni 2019 illustrieren die gesellschaftlichen Entwicklungen im Zuge des Rechtsdrifts und bieten – ja: ein Panorama des Grauens. Deshalb seien Sie hier im Vorwort hinterlegt, um die Rasanzen der Veränderungen und die zermürbende Taktzahl von Tabubrüchen, Normalisierungen und Erfolgen der extremen Rechten ebenso in Erinnerung zu rufen, wie deren alarmierende Übersetzung in zunehmende rassistische, antisemitische,

antilinke und frauenfeindliche Gewalt in Wort und Tat, in öffentlichen Gremien und Parlamenten, auf der Straße, im Alltag, in den Medien und im Internet.

In der Einladung zum GK in Dresden hieß es etwa: «Während sich rund um uns herum der rechte Rollback durchsetzt und normalisiert und rassistische, den NS verharmlosende und völkisch-nationalistische – um nicht zu sagen: neofaschistische – Dinge ohne Aufschrei sagbar geworden sind, die noch vor fünf Jahren völlig undenkbar waren, muss immer dringlicher eine linke Gegenbewegung, oder wie man neuerdings so gerne sagt: eine linke Gegenerzählung, stark gemacht werden und eine antifaschistische Gegenmacht in die Gänge kommen. Dazu und zu unserer Verständigung untereinander als Linke und Antifaschist*innen soll der Gesprächskreis ja dienen.»

Vom Gesprächskreis dort finden sich im neuen Buch die Beiträge von Judith Goetz zu «Männlichkeitsvorstellungen und -inszenierungen der ›Identitären‹» und von Julia Haas zu «Antifeministischen Frauenrechtlerinnen» bei den Identitären.

Zum Gesprächskreis rechts in Hamburg luden wir mit folgendem Überblick ein: «Es fällt zunehmend schwer, die Dramatik und Rasanz der stetig vor sich hin pressenden völkisch-nationalistischen Formierung zu umschreiben und nicht in einen letztlich lähmenden Alarmismus zu verfallen: Mit Chemnitz und Köthen ist die Eskalation rechter ›Systemsturz‹- und ›Wende 2.0‹-Fantasien weiter vorangeschritten, innerhalb von kaum drei Wochen. Unterdessen ist ein Gutteil der Bevölkerung insbesondere in der ostdeutschen Provinz bis weit in die Mitte der Gesellschaft längst in den gespenstischen hermetischen Parallelwelten versunken, in denen es wirklich ›Messermigration‹, ›Bevölkerungsaustausch‹ und die große Verschwörung gegen das ›deutsche Volk‹ gibt.

Eins ist ganz klar: Chemnitz und Köthen sind überall. Dass eine nächste gefährliche Eskalationsstufe rechten Auftrumpfens ausgerechnet hier erreicht wurde, könnte reiner Zufall sein. Rassistische Gewalt, rechter Terror und das unheilvolle Wuchern der neuen Partei im ›herrlichen‹ Verfassungsbogen der Bundesrepublik, der sogenannten Alternative für Deutschland, geben uns grausame Lektionen in ›Heimat- und Sachkunde‹: Wir lernen Orte wie Clausnitz kennen, Einsiedel, Heidenau, Freiberg, Ostritz in Sachsen; Ballstädt, Mattstedt, Themar in Thüringen; Köthen, Dessau und Salzwedel in Sachsen-Anhalt; Cottbus und Nauen in Brandenburg; und wenn wir die Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen zu rassistischen Anschlägen und Angriffen der zurückliegenden Jahre ausdrucken, halten wir telefonbuchdicke Postleitzahlenverzeichnisse aus dem ganzen Bundesgebiet in Händen, Nord und Süd und Ost und West.

Die politische Situation in Deutschland hat sich in Rekordgeschwindigkeit in den zurückliegenden etwa fünf Jahren verschlechtert. Eine breite nationalistische Bürgerbewegung hat sich formiert, in der die destruktiven Energien rassistisch motivierter Normalbürger*innen, ›intellektueller‹ faschistischer Thinktanks und Publikationsprojekte, zusehends besser organisierter militanter Neonazis und der AfD als parlamenta-

rischem Arm zusammenschießen. Der Durchmarsch der erst 2013 gegründeten AfD trägt zu dieser dramatischen Verwahrlosung ebenso bei wie die Zunahme von Organisationsgrad, Militanz und Gewaltbereitschaft seitens ihrer außerparlamentarischen Unterstützer*innen (wie den «Identitären») und die Durchdringung des politischen Systems der Bundesrepublik (bis hinein in den Bundestag) mit neurechten und nazistischen (oder neofaschistischen) Akteur*innen.

Kaum jemand verfolgt doch wirklich, mit welcher Chuzpe und Dreistigkeit die Frontfiguren der AfD im Bundestag und in den Landesparlamenten ihre menschenfeindliche Propaganda hinausposaunen und Stimmung machen. Ungeheuerliche Hetzreden von Parteichefin Alice Weidel, von Einpeitscher Gottfried Curio, Jörg Meuthen oder MdB Nicole Höchst oder entsprechende Anfragen und Anträge sorgen außerhalb des hohen Hauses kaum für den Tabubrüchen angemessene Skandalisierung. Von der Landes- und der kommunalen Ebene ganz zu schweigen.

Man muss gar nicht auf den ungeheuerlichen Fall des inzwischen weggelobten Chefs des Inlandsgeheimdienstes Maaßen eingehen, nicht noch einmal die Geschichte des «Hutbürgers» im Staatsdienst erzählen oder die eines «aufrechten Bürgers» im Justizwesen, der einen der Chemnitzer Haftbefehle im Internet durchstach, um zur niederschmetternden Analyse zu kommen, dass es in den Staatsapparaten in Bund und Ländern, insbesondere in den Repressionsbehörden, erhebliche und gefährliche Sympathien für das neurechte völkisch-rassistische Gedankengut gibt. Beispiele gäbe es genug, die sich nicht nur auf exekutive Behörden, Justiz und die Parlamente beziehen, sondern auch auf eine Alltagskultur, in der es zunehmend en vogue ist, seine Sympathien für rassistisches und neurechtes Denken zu äußern: Die Eskalationen auf den Buchmessen in Frankfurt und Leipzig und larmoyante Bekenntnisse zu rechtsreaktionärem Gedankengut auf offener Bühne – wie das des preisgekrönten Schriftstellers Uwe Tellkamp in Dresden – geben davon beredt Zeugnis.

[...]

All das hat dieses Land verändert – demokratische (Alltags-)Kultur, humane Orientierung und menschenrechtliche Grundstandards schwinden im Nu dahin. Die Atmosphäre ist vergiftet mit einem auftrumpfenden und niederträchtigen Rassismus vieler, die sich vom Taumel der AfD-Erfolge und des globalen Rechtsrucks ermächtigt, beglaubigt und ermutigt fühlen. Und die Zeit drängt, die nächsten Landtags- und auch viele Kommunalwahlen sowie die Europawahl 2019 stehen an. Im Oktober wird die AfD als nächstes – gerade in Bayern – sicher ihren kalt lächelnden Siegeszug fortsetzen und die fatalen Versuche der CSU, die AfD rechts zu überholen, der Lächerlichkeit preisgeben.»

Vom Hamburger GK finden sich in diesen Band die Beiträge von Cash Hauke zu der Frage, ob die rechte Formierung ein «Ostprodukt» ist, und von Daniel Keil, der sich «Europa als ideologischem Kampffeld» einer (neuen) Rechten nähert.

Als Intro zur Einladung nach Koblenz Mitte Juni 2019 hieß es dann: «Aber gucken wir erstmal auf die aktuelle Situation mit Blick auf rechts: Fast scheint es, als habe

man sich schon ein Stück weit an die Ausfälle der AfD auf allen Ebenen gewöhnt. Ob im Bundestag, wo häufig in erschreckender Weise eine krasse Rhetorik an den Tag gelegt wird, in den Landesparlamenten oder – in Kürze – auch auf kommunaler Ebene: rassistische oder sexistische Äußerungen, neurechte Ideologieversatzstücke und Geschichtsreversionismus bis hart an die Grenze des noch Erlaubten [...]. Man nimmt hin, was noch vor wenigen Jahren eine Ungeheuerlichkeit gewesen wäre. Und die AfD nutzt ihre vielfältigen Ressourcen auch und vor allem dazu, Linke und Menschen, die sich gegen rechts und für Geflüchtete einsetzen, anzugreifen und ihnen die Ressourcen abzugraben. Das gilt vor allem für staatlich geförderte Programme gegen «Rechtsextremismus», wie sie seit der ersten Schröder-Regierung im Zuge des «Aufstands der Anständigen» aufwuchsen und ein hohes Maß an Professionalität und Stringenz entwickelt haben. Aber natürlich wird aus Sicht der Rechten hier ein «Popanz rechter Gewalt» aufgebaut und die enorme Gefahr durch «Linksextremisten» und ihre Gewalttaten ignoriert. Da kamen die Begehrlichkeiten des Bundesinnenministers Horst Seehofer gerade recht, der schon seit einiger Zeit nichts lieber täte, als die «Rote Hilfe» und am besten gleich die ganze «Antifa» zu verbieten: Solche Steilvorlagen nimmt die AfD gerne auf und weitet den Angriff auf die demokratische Kultur in diesem Land gleich noch auf Gewerkschaften und die «Soziokultur» als solche aus ...

Und wir dürfen damit rechnen, dass die Stimmung im Lande nicht unbedingt angenehmer wird, wenn bei der Neuwahl von rund 130.000 kommunalen Mandaten in Deutschland in diesem Jahr die AfD und andere rechte Gruppierungen kräftige Zugewinne zu verzeichnen haben werden: Dann kommt die rechte Hetze noch in jedem Ortsbeirat und Gemeinderat an, in welchem die Hassprediger des Völkisch-Nationalen ihr Unwesen treiben werden.

Aber nicht nur im parteipolitischen Kontext radikalisieren sich die Akteur*innen: Blicken wir nur nach Frankfurt am Main. Dort wird seit einem halben Jahr die Anwältin Seda Başay-Yıldız, die als Nebenklagevertreterin im NSU-Prozess bekannt wurde, und ihre Familie von Nazis mit dem Tod bedroht. [...] In den Drohfaxen waren nicht-öffentliche Informationen zu Başay-Yıldızs Privatleben enthalten. Nach einer Anzeige bei der Polizei stellte der Staatsschutz fest, dass diese Informationen von der Polizei selber stammten und es mutmaßlich Frankfurter Polizeibeamt*innen waren, die die Todesdrohungen an sie geschickt und ihre Schreiben mit «NSU 2.0» unterschrieben hatten. Fünf Beamt*innen wurden vom Dienst suspendiert und mal wieder «lückenlose Aufklärung» und ein «hartes Durchgreifen» versprochen. Einen Monat später, Anfang dieses Jahres, erhielt Seda Başay-Yıldız erneut Drohfaxe, wieder unterzeichnet mit «NSU 2.0» und mit dem noch mit rassistischen Beleidigungen gespickten Satz: Ihr, Başay-Yıldız, sei «offensichtlich nicht bewusst, was du unseren Polizeikollegen angetan hast». Was erneut darauf hindeutet, dass hinter den wiederholten Drohungen wieder Polizist*innen stecken könnten.

Es ist Seda Başay-Yıldız selber, die in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* auf den Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen und der AfD hinweist. Dass sich

diese Polizist*innen offensichtlich ermutigt und ermächtigt fühlen, ihre rassistischen Ansichten auch zum Ausdruck zu bringen und in die Tat umzusetzen, hängt ihrer Meinung nach mit dieser schrecklichen Partei zusammen. Sie sagt: «Aber in den vergangenen fünf Jahren ist das Klima in Deutschland rauer geworden. Die AfD sitzt im Bundestag und rassistische Äußerungen sind gesellschaftsfähig. Viele AfD-Anhänger sitzen auch im öffentlichen Dienst, sind Richter, Staatsanwälte, Polizisten.» Und man muss nach den Enthüllungen zu «Hanibal» und dem «Uniter»-Netzwerk in der Bundeswehr noch ergänzen: Und sie sind eben auch Soldat*innen.

Aber der Befund muss wohl noch viel drastischer ausfallen: Es sieht doch so aus, als würde in der AfD der rechte Flügel zunehmend an Einfluss gewinnen und sich in eine letztlich kaum noch kaschierte neofaschistische Richtung bewegen. Allerspätestens seit Chemnitz im August und September vergangenen Jahres haben ihre Funktionär*innen und Parlamentarier*innen schon überhaupt keine Scheu mehr, sich offen mit Neonazis und brutalen Nazi-Hools auf der Straße zu tummeln. Mit dabei immer auch die Neuen Rechten. Einer der Vordenker und Einpeitscher der völkischen Bewegung im Lande ist der neurechte Verleger Götz Kubitschek aus Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Er betreibt nicht nur den Fascho-Thinktank «Institut für Staatspolitik», sondern auch den neurechten Antaios-Verlag, wo etwa das Buch des französischen Faschisten Renaud Camus mit dem Titel «Le grand remplacement», «Der große Austausch», erscheint. Der angebliche Bevölkerungsaustausch ist inzwischen eine der penetrantesten verschwörungsideologischen Wahnvorstellungen aus dem Umfeld dieser Leute, von Pegida, «Reichsbürgern» und «Preppern», dem «Ein Prozent»-Kampagnen-Netzwerk, der «Identitären Bewegung» und eben auch der AfD.

Götz Kubitschek wohnt auf einem Rittergut und es gehört zu den bekloppten Ritualen noch des popeligsten Fernsehsenders, den «rechten Intellektuellen» auf seiner Ritterburg zu interviewen. Man soll ja, so ist es demokratische Gepflogenheit, mit allen reden. Wer aber gar nicht reden will, ist Kubitschek selber, und das erzählt er auch jedem, der es hören will. Zitat: «Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.»

Wir erleben in Deutschland diese Umsturzrhetorik, seit die AfD offen mit exponierten Vertreter*innen der Neuen Rechten auftritt und mit ihnen ideologisch in Austausch tritt: Die Rede, die AfD-Partei- und Fraktionschef Alexander Gauland neulich bei Kubitscheks «Institut für Staatspolitik» hielt, darf als deutliches Signal für diesen Schulterchluss gelesen werden. In diesen Sphären ist unentwegt vom «Vorbürgerkrieg», vom Ausnahmezustand, dem Recht auf Widerstand, Selbstverteidigung, Bewaffnung und der Rettung des «deutschen Volkes» die Rede.

Man kann also – auch im Zusammenhang mit der AfD – ohne Weiteres von einer Refaschisierung von Teilen der deutschen Gesellschaft sprechen. Auch die schlagkräftigen Truppenteile aus aufgepumpten und mit Tattoos zugehackten Neonazis, um

diesen ›Umsturz‹ zu schaffen, sammeln sich schon in den Straßen und bei den Protesten gegen Geflüchtetenunterkünfte. Neuer rechter Terror post-NSU ist nicht nur schon Realität, man denke an das halbe Dutzend Terrorprozesse etwa in Ballstädt, Bamberg, München, Dresden etc., sondern kann jederzeit auch anderenorts losbrechen und hat die Bundesanwaltschaft nun schon diverse Male in Bewegung gesetzt, egal ob wegen der ›Revolution Chemnitz‹ oder den ›National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland‹ – alles in den zurückliegenden Wochen.

Aber auch sehr unmittelbar sind AfD-Anhänger in rechtsterroristische Aktivitäten verwickelt oder ihrer verdächtig. Ein aktuelles Beispiel: Manuel Ochsenreiter. Auf Tagesschau.de hieß es: ›Manuel Ochsenreiter, Chefredakteur des rechtsradikalen Magazins *Zuerst!* und bis vor Kurzem Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier, wird im Rahmen eines Terrorprozesses in Polen durch sichergestellte Chatnachrichten schwer belastet.‹ Er soll einen Anschlag auf ein ungarisches Kulturzentrum in der Ukraine initiiert und bezahlt haben, um eine internationale Krise auszulösen. In einer ›Kontraste‹-Sendung Ende Januar kommentiert Parteichef Gauland diese Geschichte mit dem scheinheiligen Satz: ›Dass Manuel Ochsenreiter ein Rechtsradikaler ist, davon habe ich noch nie etwas gehört.‹»

Vom GK in Koblenz sind ebenfalls Inputs verschriftlicht und in diesen Band aufgenommen worden. Sebastian Sommer schreibt über «rechten Protest und kollektive Identität», Tina Reis über den «Diskriminierungsverstärker Google und rechte Suchmaschinenoptimierung» und Maik Fielitz über «Post-digitale Kulturen der extremen Rechten».

Der «Gesprächskreis rechts» in Koblenz fand einen Monat nach der Europawahl und den Kommunalwahlen in zehn Bundesländern statt, wo zwar spektakuläre Erfolge der (sowohl europäischen als auch deutschen) Nationalist*innen, Rechtspopulist*innen und Neofaschist*innen ausblieben, aber sie ihren Stand im Europäischen Parlament deutlich ausbauen und die AfD in Deutschland die Basis für ihre Politik auf kommunaler Ebene entscheidend erweitern konnte. Immerhin gewann sie an die 3.400 kommunale Mandate (250 mussten mangels Masse sogar unbesetzt bleiben). Rund 1.000 solche Mandate auf der untersten parlamentarischen Ebene hatte die Partei vorher schon inne.

In gewisser Weise kann seit 2015 von einer beispiellosen Eskalation der Gewalt gesprochen werden. Ende März 2019 hieß es in der *taz* in einem Artikel über das Attentat von Christchurch: «Der Verfassungsschutz stellt fest, dass es eine solche Gefahr auch für Deutschland gibt.»

Das war:

- nach dem Ende des unrühmlichen NSU-Prozesses am 11. Juli 2018;
- nach der rechten Großdemo am 1. September 2018 in Chemnitz, wo erstmals vom völkischen Flügel der AfD über rechte Fußballhooligans bis hin zu Rechtsterrorist*innen sich alle gemeinsam auf der Straße tummelten;
- nach der Festnahme einer Terrorgruppe «in spe» namens «Revolution Chemnitz»;

- nach dem Auffliegen einer schwer bewaffneten «Prepper»-Szene in Mecklenburg-Vorpommern, die sich «Nordkreuz» nannte und der Beamte deutscher Behörden angehörten, die Dienstmunition stahlen und auch schon mal Leichensäcke und Ätzkalk zu horten versuchten;
- nach dem Beginn einer beispiellosen Drohbrief-Kampagne und einer Serie von Bombendrohungen gegen Hunderte auch antifaschistische Initiativen, kommunale Behörden, Institutionen und Einzelpersonen – darunter die bereits genannten Drohungen gegen die Nebenklagevertreterin aus dem NSU-Prozess, Seda Başay-Yıldız – von bis heute weitgehend unbekanntem Absender*innen (Stand: November 2019; nach einer Festnahme im April 2019 ging es munter weiter), die sich wahlweise «NSU 2.0», «Staatsstreicherorchester», «Nationalsozialistische Offensive», «Wehrmacht» oder «Atomwaffendivision» nannten;
- und nach dem Auftauchen der ersten sogenannten Feindeslisten rechter Terrorist*innen, auf denen die Menschen vermerkt sind, die am Tag X festzusetzen und zu liquidieren seien.

Am 2. Juni 2019 ermordeten Neonazis den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) auf seiner heimischen Terrasse. Sein mutmaßlicher Mörder hatte ebenfalls an der rechten Demo in Chemnitz am 1. September 2018 teilgenommen. Die Verbindungen des mutmaßlichen Täters und seines Komplizen reichen tief in die Netzwerke des NSU und von «Combat 18». Der Verfassungsschutz stets mit Informanten und Spitzeln in der Nähe.

Am 9. Oktober 2019 verübte ein Nazi-Mörder einen Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale), der zum Glück scheiterte. Er wollte möglichst viele Jüdinnen und Juden ermorden. Stattdessen erschoss der Täter kaltblütig zwei zufällig anwesende Passant*innen, die 40-jährige Jana L. und den 20-jährigen Kevin S., der gerade in einem Döner-Imbiss, den sich der Täter als Ersatzziel ausgesucht hatte, zu Mittag aß. Seinen Anschlag nahm er mit einer Helmkamera auf und übertrug ihn kurze Zeit live im Internet, wie der Massenmörder von Christchurch.

Was in den verschiedenen Äußerungen des Täters von Halle wie der entfesselte Irrsinn klingt, korrespondiert aber mit der fanatischen Weltansicht einer faschistischen Internationale, die den Tag der Abrechnung, des Aufstandes, des Losbrechens eines «Rassenkrieges», den ominösen Tag X nahen sieht. Von dem Täter in Halle lassen sich ideologische Verbindungslinien zu dem Massenmörder von Utøya in Norwegen und seinem mörderischen Hass auf den «Kulturmarxismus» (Juli 2011) ebenso ziehen wie zum Massenmörder im neuseeländischen Christchurch, der im März 2019 mit Kopfkamera sein Massaker an 51 Muslim*innen im Internet streamte und dessen Manifest mit «The Great Replacement» überschrieben ist, oder zu den Killern von El Paso (August 2019), wo antihispanischer Rassismus 22 Menschen das Leben kostete, und den Morden von Dayton, wo ein brutaler Frauenhass einen der Hintergründe der Tat bildet, und nicht zuletzt zum NSU in Deutschland.

Die ideologischen Versatzstücke Antisemitismus, Rassismus, Frauenhass und eine diffuse Anti-links-Ideologie, die hier zu einem paranoiden Bedrohungsszenario zusammenschließen, ergeben eine toxische Verschwörungsideologie, die seit einiger Zeit auch eines der gängigen Leitmotive der AfD und anderer völkischer Nationalist*innen in Deutschland, Europa und weltweit ist, nämlich der «Bevölkerungsaustausch». Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und die alltägliche Hetze gegen Migrant*innen, Frauen, gegen Jüdinnen, Juden und Linke haben das Klima im Land drastisch verschlechtert und werden sich in nächster Zeit immer wieder in tödliche Angriffe übersetzen.

Trotz dieses offenkundigen Zusammenhangs konnte die AfD in drei weiteren Bundesländern spektakuläre Erfolge feiern, obwohl der veritable Neonazi-Hintergrund etlicher Kandidat*innen, insbesondere des brandenburgischen Spitzenkandidaten Andreas Kalbitz, skandalisiert worden war. Die AfD wurde also nicht trotz dieser Ausleger in den Neofaschismus gewählt, sondern vermutlich gerade ihretwegen: In Sachsen holte sie 27,5 Prozent der Stimmen, in Brandenburg kam sie auf 23,5 Prozent und in Thüringen ebenfalls auf 23,4 Prozent. In allen drei Landesparlamenten wurde sie zweitstärkste Fraktion nach der CDU (Sachsen), SPD (Brandenburg) oder der Linken (Thüringen).

Nach einer Inkubationsphase wird die AfD nun allerorten mit ihren ätzend-populistischen Kampagnen gegen alles Soziokulturelle vorgehen und erreichte segensreiche Standards infrage stellen und, wo es geht, abräumen. Vorgemacht hat sie das bereits nach allen Regeln der Kunst der Zersetzung in Sachsen-Anhalt, wo sie seit 2016 über ein Viertel der Landtagsmandate verfügt (was Thema war auf dem jüngsten «Gesprächskreis rechts» in Magdeburg im November 2019).

Ob es gegen Initiativen für Geflüchtete, Jugendeinrichtungen, soziokulturelle Zentren oder Frauenhäuser und Frauenprojekte, Wohlfahrtsverbände, Kulturbetriebe oder um menschenrechtlich und antirassistisch orientierte Arbeit geht: Diese werden über Anfragen, Anträge, massive öffentliche Diffamierungskampagnen, Schulpranger im Netz und organisierte Shitstorms in Verruf gebracht und aus öffentlicher Förderung herausgeekelt – häufig mit der willfährigen Unterstützung der CDU. Oft sind betroffene Einzelpersonen völlig überfordert und überrumpelt von den widerlichen und rüden Attacken dieser Neupolitiker*innen, vielfach Gruppen, Institutionen und Einrichtungen auf derartige Angriffe nicht vorbereitet und werden von offiziellen Stellen, Behörden und auch Strafverfolger*innen im Stich gelassen. Hinter einer von der AfD eingeforderten «Neutralitätspflicht» gegenüber allen, die sich politisch zu Wort melden, steckt der Versuch, gesellschaftlich anerkannte rote Linien und Tabus auszuhebeln und die eigenen, oft jenseits jeder Diskussion stehenden kruden geschichtsrevisionistischen, frauenfeindlichen, rassistischen und geschmacklosen Tabubrüche salonfähig zu machen. Dass es der AfD etwa in Hamburg gelungen ist, den neonazistischen AfD-Bürgerschaftsabgeordneten und Fraktionschef Alexander Wolf für einen Projekttag an einer Schule durchzuschmuggeln – auf offizielle Einladung

der Schulbehörde –, gehört zu den Beispielen, wie sehr die AfD auch beim geringsten Einwand damit rechnen darf, dass offizielle Stellen einknicken oder «um des lieben Friedens willen» einlenken.

Ähnliche Wirkung entfaltet eine erschütternde Unfähigkeit vieler Medien, mit den Anmaßungen der AfD umzugehen, sie und ihre Verlautbarungen richtig einzuordnen oder auch nur journalistisch adäquat darauf zu reagieren. Meist leben die von sich eingenommenen Medienvertreter*innen in dem Glauben, sie seien den AfD-Vertreter*innen überlegen und würden sie mit leichter Hand vorführen können, oder sie denken gar, Ausgewogenheit bedeute, der geschmähten AfD nun erst recht Raum für die Verbreitung stets hetzerischer, selbstviktimisierender Äußerungen oder schlicht Fake News zu geben. Erleben konnte man das etwa bei Frank Plasberg, als er den rheinland-pfälzischen AfD-Chef Uwe Junge auf Samthandschuhen durch seine Sendung «hart aber fair» trug, oder beim Tag der offenen Tür des Deutschlandradios Anfang Mai 2019: Der Chefideologe der AfD-Bundestagsfraktion Marc Jongen hatte als einziger Bundespolitiker auf dem Podium leichtes Spiel mit drei Vertreter*innen des Kulturbetriebs, die ihn mit seinen hetzerischen Reden (über die «kranke» Greta Thunberg, die ja von dem jüdischen Milliardär Soros finanziert werde) schlicht in den Mittelpunkt der ganzen Debatte stellten – und so zum eigentlichen Gegenstand der Debatte machten.

Vor dem Hintergrund dieses massiven Rechtsrucks in Deutschland (und Europa) hat der «Gesprächskreis rechts» an Bedeutung für viele zugenommen und wird weiter diesen diskursiven Freiraum sichern, um an linken Gegenstrategien, antifaschistischer Handlungsfähigkeit und einer linken Gegenerzählung zu arbeiten – so langsam das auch bisweilen vonstattengehen mag.

In die Vorbereitung der GK sind drei Kolleg*innen eingebunden, denen an dieser Stelle herzlich gedankt werden soll: Juliane Lang, Christoph Kopke und Kira Güttinger. Gemeinsam nehmen wir die inhaltliche Bestimmung des jeweiligen Treffens vor und überlegen, welche kundigen Referent*innen wir einladen könnten. An der organisatorischen Umsetzung des GK in Koblenz war auch die Praktikantin Helene Mildener beteiligt: Dank auch ihr dafür.

Wir wünschen den Leser*innen dieses Buches gute Erkenntnisse und Anregungen, um aktiv und kämpferisch gegen Neonazismus und menschenfeindliche Ideologien und die augenblickliche gesellschaftliche Landnahme der Faschist*innen vorzugehen.

Friedrich Burschel
Dezember 2019

Judith Goetz

MÄNNERBÜNDISCH - WEHRHAFT - IDENTITÄR?

GEWALTVOLLE MÄNNLICHKEITEN AM BEISPIEL DER IDENTITÄREN¹

Eine patriotische Jugendbewegung

In Österreich wie auch in Deutschland haben sich die Identitären² 2012 nach dem französischen Vorbild, der *Génération identitaire*, der Jugendsektion des *Bloc identitaire* gegründet, und seitdem sind sie zu einer wichtigen Akteurin des außerparlamentarischen Rechtsextremismus in beiden Ländern geworden. Sie pflegen dabei zu rechtsextremen Parteien wie der AfD oder der FPÖ beste Kontakte, verfügen inzwischen über zahlreiche regionale Gruppen und finden über die regelmäßige Durchführung spektakulärer Aktionen große mediale wie auch gesellschaftliche Aufmerksamkeit.

Unter der Selbstbezeichnung als sogenannte Neue Rechte³ versuchen die Aktivist*innen der Gruppe, eine vermeintliche Distanz zum Nationalsozialismus herzustellen und sich so als scheinbar nicht rechtsextrem zu inszenieren. Dadurch sollen «die Identitären nach außen hin nicht mehr als rassistisch wahrgenommen werden, ja nicht einmal mehr als rechts oder nationalistisch» (Winkler 2017: 58). Gleichwohl handelt es sich bei den Identitären aber um klassische Rechtsextreme⁴ – ihr völkisches

1 Ich bedanke mich für die hilfreichen Recherchen und Einschätzungen meiner Kollegin Isolde Vogel, auf die ich für den vorliegenden Text zurückgreifen konnte.

2 Der korrekte Eigenname würde eigentlich Identitäre Bewegung (IB) lauten. Da es sich beim Gruppennamen um eine Selbstbezeichnung handelt, die nicht zuletzt auch die Strategie verfolgt, sich größer darzustellen, als es real der Fall ist, soll der Begriff Bewegung in diesem Beitrag nicht reproduziert werden. Ich spreche daher von den Identitären, nicht jedoch von einer Bewegung.

3 «Neue Rechte» ist eine strategische Selbstbezeichnung der Identitären, die das Ziel verfolgt, sich im Vergleich zur «Alten Rechten» als die neue, harmlosere Variante zu präsentieren. Ein Blick auf die Ideologie der Identitären zeigt jedoch, dass es sich lediglich um eine modernisierte Verpackung eines gleichbleibenden Gedankenguts handelt.

4 In der Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus beziehe ich mich auf den kritischen Arbeitsbegriff von Willibald Holzer (1993), der Rechtsextremismus über die dahinterstehenden Ideologien, allen voran den Anti-Egalitarismus, definiert und nicht wie gängige Extremismustheorien die Gesellschaft wie ein Hufeisen mit zwei extremistischen Polen und einer vermeintlich gesellschaftlich neutralen Mitte denkt. Der Kern rechtsextremen Denkens ergibt sich folglich aus der Ablehnung der Idee der Gleichheit aller Menschen, aus der Berufung auf das Prinzip der Natur/Natürlichkeit sowie aus undemokratischen und antipluralistischen Einstellungsmustern.

Weltbild, ihre frauenverachtende Ideologie, ihr Antisemitismus und die zutiefst rassistischen Vorstellungen sind Elemente, die eine derartige Klassifikation durchweg zulassen. Durch die Verwendung weniger belasteter Begriffe (wie z. B. Ethnopluralismus für eine klassisch rechtsextreme Blut-und-Boden-Ideologie) versuchen sie, sich anders bzw. harmloser darzustellen.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Identitären und klassischen Neonazis besteht in ihrem Auftreten. So stellen sie sich als hippe und patriotische Jugendbewegung dar, die mit spektakulären Aktionen und trendiger Mode besonders junge Menschen ansprechen will. Dabei «gibt [man] sich smart, poppig und bodenständig zugleich» (Weiß 2017: 107). Sie inszenieren sich als «letzte Generation», die den «Großen Austausch der Kulturen» verhindern könne – als konservatives Bollwerk gegen eine dekadente Moderne und den Verfall der europäischen Gesellschaft. Dabei wird imaginiert, dass durch Zuwanderung die eigene europäische Identität verloren ginge. In diesem Sinne fantasieren sie fatalistisch den Untergang Europas herbei, um alle Probleme einer kapitalistisch verfassten Gesellschaft zu externalisieren und auf Einwander*innen zu projizieren.

Männliche Normen

Bisherige Auseinandersetzungen mit den Geschlechterpolitiken, -bildern und -konstruktionen der Identitären konzentrierten sich zumeist entweder auf die Frauen innerhalb der Gruppe oder ihre rassistisch aufgeladenen Bezugnahmen auf Themen wie Frauenrechte oder sexualisierte Gewalt sowie den kultivierten Antifeminismus und Sexismus (vgl. u. a. Goetz 2017; Haas 2018).

Die Analysen der propagierten Identifikationsangebote für (junge) Männer sowie Männlichkeitskonstruktionen innerhalb ihrer Politiken blieben – mit wenigen Ausnahmen – meist bei einem Verweis auf die soldatische, wehrhafte Männlichkeit, die in identitären wie auch anderen extrem rechten Kreisen beschworen wird, stehen.⁵ Die scheinbar männliche Norm in der extremen Rechten wird also auch in Hinblick auf die Identitären selten hinterfragt bzw. analysiert. Und das, obwohl sich bei den Identitären so einiges um Männer dreht. Beinahe ausnahmslos sind alle relevanten Funktionen der Gruppe mit Männern besetzt, ein Großteil ihres vor allem auf Social Media verbreiteten Contents richtet sich an ein männliches Publikum und die von ihnen beschworenen «wehrhaften Patrioten» sollen nicht nur den imaginierten Untergang (des Abendlandes) aufhalten, sondern auch vor dem «Großen Austausch» bewahren und sich insbesondere gegen als anders/fremd markierte Männer zur Wehr setzen.

Im vorliegenden Beitrag möchte ich daher einerseits aufzeigen, dass die von den Identitären verbreitete, biologistische Konstruktion der Geschlechter auch eigene normative Vorstellungen von Männlichkeit beinhaltet. Dabei wird sich zeigen,

5 Ausnahmen stellen hier beispielsweise Karacsonyi 2017, Mayrl 2017, Schiedel 2017 oder Winkler 2017 dar.

dass Männlichkeit dreifach abgegrenzt wird, einerseits gegenüber Frauen, andererseits aber auch gegenüber verweiblichten und verwehlichten Männern und nicht zuletzt gegenüber migrantischen Männern. Homosexualität wird in diesem Denken nicht immer abgelehnt, sondern, solange schwule Männer «im Interesse des Volks» wehrhaft bleiben, nicht als Problem erachtet. Im Rahmen identitärer Untergangsfantasien werden zudem die Schreckensszenarien entworfen, dass Linke und Feministinnen die Geschlechter abschaffen wollten, ein Prozess der Entmännlichung stattfindet und der Verlust von Männlichkeit mit einem Verlust von Wehrhaftigkeit einhergehe. Auf die konstruierte Bedrohung reagieren Identitäre wie auch andere extrem rechte Akteur*innen vor allem mit Appellen an männliche Aktivisten und Sympathisanten, sich auf ihre angeblich naturgegebenen Aufgaben «der Verteidigung des Eigenen» zu besinnen und Männlichkeit zu resouveränisieren. Für dieses Vorhaben, so wird sich zeigen, bieten sich insbesondere männerbündische Strukturen an, und es kann nicht ohne Gewalt vonstattengehen.

Vereindeutigte Geschlechter-Identitäten

Im Vordergrund identitärer Geschlechterbilder steht die Orientierung an starren, eindeutigen und damit auch stark begrenzenden Vorstellungen von Geschlechter-Identitäten, genauer: einem biologistischen, komplementär und hierarchisch konstruierten Geschlechterdualismus, der ausschließlich zwei (authentische) Geschlechter als zulässige Norm verklärt. Diese konstruiert eine Dichotomie von Mann und Frau als Gegensatz im Sinne hegemonialer Männlichkeit als die gesellschaftliche Dominanz also von Männern über Frauen (und bestimmte andere Männer). Entsprechend werden die Konzepte «Mann» und «Frau» als (von Natur aus) jeweils klar abgrenzbar und mit sich identisch gedacht bzw. als einzig legitimer Lebensentwurf und einzig legitime Identifikationsmöglichkeit verhandelt (vgl. Goetz 2017: 258 ff.). Seit geraumer Zeit gehört es zu den gängigen Argumentationen der Identitären, «den Linken und Gutmenschen» nicht nur in Hinblick auf «Multi-Kulti» (Multikulturalismus) vorzuwerfen, alle Menschen gleich machen zu wollen, sondern auch dem Feminismus und der Gender-Theorie anzulasten, dass es ihnen darum ginge, die Unterschiede zwischen Männern und Frauen abzuschaffen. Eng damit verbunden ist auch die Beschwörung eines antikomunistischen Schreckensbildes: Wie in den ehemaligen realsozialistischen Ländern solle ein «Einheitsmensch», befreit von jeglichen Unterschieden, erschaffen werden. Während es in Bezug auf das Konzept des Multikulturalismus aufgrund seiner Affirmation kultureller Unterschiede auch in linken Kreisen immer wieder zu Diskussionen und Kritik kam, wird in Hinblick auf Feminismus seitens der Identitären bewusst missverstanden, dass es vielen (wenn auch nicht allen) Linken und Feminist*innen darum geht, die möglichen, lebbareren Identitätskonzepte zu pluralisieren und nicht zu vereinheitlichen. Im Vordergrund steht also vielmehr die gleiche und gleichwertige Anerkennung und Akzeptanz vielfältiger Lebenskonzepte abseits einengender normativer dualistisch und komplementär gedachter Geschlech-

tervorstellungen – also das genaue Gegenteil des Vorwurfs der Identitären. Differenz wird im Kontext der Identitären jedoch nicht auf einer individuellen Ebene verhandelt in dem Sinne, dass alle Menschen unterschiedlich sind, weil jede Person eben einzigartig ist, sondern im Sinne ethnokultureller oder auch geschlechtlicher Differenz. Das bedeutet, dass das Individuum in diesem Denken im Grunde genommen nicht von Bedeutung ist, weil es von Natur aus immer ethnisch/völkisch aufgeladenen Kollektiven angehöre sowie mit einer eindeutigen geschlechtlichen Identität ausgestattet sei, die den weiteren Verlauf des jeweiligen Schicksals (vorher-)bestimme. Indem einer «Masse von Menschen ein unveränderlicher gemeinsamer Charakter unterstellt [wird], dem sich der Einzelne nicht entziehen kann» (Winkler 2017: 62), bleibt dem Individuum letztlich nichts anderes übrig, als sich «dem Kollektiv» unterzuordnen. Mit anderen Worten: Das Individuum wird im identitären Denken von seiner ethnokulturellen Identität, aber auch seinem Geburtsgeschlecht so stark geprägt und vorherbestimmt, dass es kein Entkommen geben kann, keine Möglichkeit auf Veränderung. Identität wird somit zum Schicksal, das Individuum – extrem rechten Denkweisen entsprechend – zum Teil einer Schicksalsgemeinschaft. Nicht, wer ich sein möchte, steht dabei im Vordergrund, sondern wer ich angeblich von Natur aus zu sein habe.

Weder im Hinblick auf Ethnien bzw. Kulturen noch in Bezug auf Geschlecht soll und darf es im Denken der Identitären daher Verwischungen und Vermischungen geben. In den rigiden Vorstellungen eines dualistischen und komplementär gedachten Geschlechterdualismus spiegelt sich ein Bedürfnis nach strengen Ordnungskonzepten wider, die Orientierung und Klarheit verschaffen und eindeutige Anweisungen für die Position und Rolle in der Gesellschaft geben sollen. Somit fungiert der in identitären Kreisen biologisch konstruierte Geschlechterdualismus auch als Schutz vor Zumutungen, die durch Pluralisierungen und Veruneindeutigungen entstehen könnten. Gerade deshalb ist es für die Identitären umso wichtiger, diese (Geschlechter-)Differenzen nach außen zu verteidigen und ihren Fortbestand dadurch abzusichern. Indem Vielfalt und die Möglichkeit, verschieden sein zu können, auf naturhafte Unterschiede reduziert werden, können sich die Anhänger*innen der Gruppe selbst als die Bewahrer*innen/Retter*innen dieser naturhaften Unterschiede inszenieren. Das «Vielfältige» wird durch den in identitären Kreisen virulenten «Einheitswahn und Identitätszwang» nicht nur ausgeschlossen, sondern «zum verhassten Objekt, das ungebändigte Wut hervorruft» (Stögner 2017: 158).

Das männliche Prinzip

Explizite Äußerungen darüber, wie sich die Identitären Männer/Männlichkeit vorstellen, lassen sich weniger häufiger antreffen, als dies vermutet werden könnte. So sind Statements wie jene von Martin Sellner (2014) im Vlog «Gabalier und Genderwahn» (fast schon esoterisch) eher eine Ausnahme. Dort charakterisiert er das männliche Prinzip als «das Aktive, das Ausstrahlende», «das Zerstörerische, Gefährliche» in

Abgrenzung zum weiblichen Prinzip, das als das «Ruhige, Empfangende, das Gelasene» bzw. «das harmonische Ursymbol des Weiblichen: die Waagrechte, die Mulde, der sanfte Hügel, ja die Erdoberfläche» beschrieben wird. Da stoße dann der «Sonnenstrahl, das Phallische, Lanzenartige als das Maskuline» hinein, sodass ein Kreuz und in dessen Mittelpunkt Leben, «das ewige Werden» entstehen würde. Auch im Vlog «5 Dinge, die mich an Patrioten nerven» geht es darum, wie diese nicht sein sollten, nämlich naiv, schüchtern, primitiv oder pubertär. Im Gegenteil hätte sie Martin Sellner vermutlich lieber selbstbewusst, durchsetzungsfähig, klug, reif. Männlichkeit scheint bei den Identitären, wie in extrem rechter Ideologie üblich, so selbstverständlich zu sein, dass sie keiner näheren Erklärung oder Handlungsanweisung bedarf. So wird sie in der Regel implizit und verklausuliert angesprochen und angerufen, nicht selten im Kontext klarer Vorstellungen von Rollenverteilungen zwischen Männern und Frauen. Viele Sprüche und Slogans der Identitären adressieren in erster Linie Männer, beispielsweise wenn auf einem Transparent geschrieben steht «Frauen schützen heißt, schließt die Grenzen» oder bei einer Aktion ein Banner mit der Aufschrift «Ihr habt unsere Frauen längst vergessen» zu sehen ist. Frauen werden dabei weder direkt angesprochen im Sinne eines «Frauen, wehrt euch!», noch sprechen sie selbst für sich im Sinne eines «Ihr habt uns längst vergessen». Im Gegenteil findet eine Objektivierung statt, die Frauen in eine passive Rolle drängt, während die Männer aktiv werden sollen, um (ihre) Frauen zu schützen.

Deutliche(re) Ausdrucksformen findet die identitäre Bilder- und Symbolsprache, die von zahlreichen Kampf- und Kriegsmetaphern geprägt ist, beispielsweise wenn auf gewaltvolle historische Ereignisse wie die Abwehr der ersten Wiener Türkenbelagerung, dem Höhepunkt der Kriege mit dem «Osmanischen Reich», oder die Schlacht bei den Thermopylen Bezug genommen oder einfach zur Wehrhaftigkeit aufgerufen wird. Zudem zeigt sich im Bildmaterial der Selbstinszenierungen bei Demonstrationen, Aktionen wie auch Kampfsporttrainings oder Sommerunis, wie sich die männlich dominierte Gruppe selbst präsentieren möchte: meist (militärisch) uniform, geschlossen und entschlossen, einsatzbereit und bedrohlich. Aber auch die Darstellung von Frauen als sexualisierte Objekte im Bildmaterial verdeutlicht, dass es in erster Linie männliche Betrachter und Sympathisanten ansprechen soll, für die die Gruppe mittels der sexualisierten Darstellung von Frauen an Attraktivität gewinnen soll. Mit frauenfeindlichen Hashtags wie #IBoverBitches oder #Heiratet, die von identitären Kadern wie Martin Sellner, Tony Gerber oder Edwin Hintsteiner bespielt werden, richten sich selbige ebenfalls unverkennbar an Männer, die abwechselnd die «Gruppe» wichtiger nehmen als Frauen oder Frauen heiraten sollten, um dann von diesen bekocht zu werden. Zusammenfassend zeigt sich, dass die Identitären mittels unterschiedlicher politischer Artikulationsformen versuchen, an Männer zu appellieren, ihre angeblich natürliche Aufgabe – Schutz des Vaterlands, des Volkes sowie der Frauen – wahrzunehmen und sich in ihrem Interesse zur Wehr zu setzen oder zumindest wieder wehrhaft zu werden.

Dennoch lässt sich auch bei den Identitären nicht nur ein einziges Männlichkeitsbild antreffen. Neben den unermüdlich mitlaufenden Aktivisten, die an der Basis die Stellung halten und jederzeit einsatzbereit sind, den Intellektuellen, die auf YouTube, Twitter oder in der *Sezession*⁶ den metapolitischen Krieg der Worte führen, und den tapferen, virilen Kriegern, die, um den imaginierten Untergang aufzuhalten, bereit sind, zu Taten zu schreiten, gibt es inzwischen – selbst eine Jugendgruppe wird älter – auch noch den ehrenhaften Ehemann und guten Vater. Sie alle stimmen jedoch in ihren Vorstellungen über vermeintlich natürliche Aufgaben von Männern und wehrhafter Männlichkeit überein.

Bedrohung: Entmännlichung

Dass die Identitären wie auch andere extrem rechte Akteur*innen immer wieder an eine soldatische, virile Männlichkeit appellieren, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass sie diese als bedroht betrachten oder glauben, ihrer gar verlustig gegangen zu sein. Bereits der 68er-Generation, die die Identitären als einen «Wendepunkt auf dem Weg Europas in eine sich selbst hassende, dekadente Gesellschaft» (Willinger 2013: Klappentext) und somit als Ursache vieler, wenn nicht sogar sämtlicher Missstände der Gesellschaft ausmachen, werfen sie vor, «den Männern die Männlichkeit genommen» zu haben. «Familie, Kultur, Heimat, Tradition, Geschlecht und tausend andere Dinge zerschlugt ihr», schreibt Markus Willinger (ebd.: 65), ein früher Wegbegleiter der Identitären in seinem Pamphlet «Die identitäre Generation. Eine Kriegserklärung an die 68er». Er wirft ihnen unter anderem vor, dass sie einerseits die Grundkonzepte bestehender Ordnungen ins Wanken gebracht, andererseits – und das scheint die eigentliche Tragödie zu sein – verunmöglicht hätten, «richtige» Männer und «echte» Frauen sein zu können. Im Kapitel «Von den Geschlechtern» bringt er diese Vorstellung folgendermaßen auf den Punkt: «Von allen Kämpfen, die ihr gefochten habt, so war euer Kampf gegen die Geschlechter der widerwärtigste. Wo sich einst das starke und das schöne Geschlecht freudig vereinigten, habt ihr die Allianz der Zwitter gesetzt, das Bündnis der Halben, die Vereinigung des Nichts. IHR habt den Männern die Männlichkeit genommen. Sie zu schwächlichen Kuschelbären erzogen, denen jede Tatkraft, jedweder Mut zum Starken, mit einem Satz: der Wille zur Macht, fehlt. IHR habt den Frauen eingeredet, dass Weiblichkeit überholt sei. Habt ihnen erzählt, dass es nicht nötig sei, schön und gesund auszusehen, nicht nötig sei, Kinder und Familie zu bekommen, sondern einzig die Karriere Bedeutung hätte. [...] Wir wiederholen eure Fehler nicht. Wir schütteln eure dummen Theorien ab und wollen wieder weibliche Frauen und männliche Männer sein. Und mag euch das auch veraltet und überholt vorkommen, so sind wir dennoch glücklich damit. [...] Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt und bekennen uns gerne zu ihnen. Wir wollen richtige Frauen und richtige Männer sein.» (Ebd.: 21 f.)

6 Die Zeitschrift sowie der Weblog *Sezession* wird von Götz Kubitscheks Institut für Staatspolitik herausgegeben und fungiert als wichtiges Organ für extrem rechte intellektuelle wie auch «metapolitische» Debatten.

Auch Guillaume Faye, französischer Neofaschist und Vordenker der Identitären, beklagte in seiner Schrift «Wofür wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstandes» die «Kastrierung des europäischen Mannes, der die fremdartigen Kolonisatoren [...] ihrerseits nicht unterliegen» (Faye 2006: 105). Das Schreckensbild, dass es keine echten/richtigen Männer mehr gäbe, bzw. der Verlust von Männlichkeit bedeuten in diesem Denken gleichzeitig auch immer den Verlust nationaler, ethnischer und/oder völkischer Souveränität und Wehrhaftigkeit. «Die Männlichkeit eines Volkes ist aber die Voraussetzung seines Fortbestands in der Geschichte.» (Ebd.: 106) Diese wird als umso bedrohlicher konstruiert, als der imaginierte «Untergang» und «Große Austausch» des Volks bereits begonnen habe und die als Eindringlinge wahrgenommenen, als fremd markierten Männer darüber hinaus durchaus männlich seien und entsprechend mit der Übernahme ein leichtes Spiel hätten. In diesem Sinne meint auch Heribert Schiedel (2017: 295), dass «nicht nur Faye bei allem Hass auf Moslems voller Neid [auf den Islam] blickt, würde dieser doch «den Wert der sich behauptenden, ja erobernden Männlichkeit über alles» stellen». Männlichkeit wird folglich dreifach abgegrenzt, einerseits gegenüber Frauen, andererseits aber auch gegenüber verweiblichten und verweichlichten Männern und nicht zuletzt gegenüber migran-tischen Männern.

Neben der antiautoritären Erziehung der 68er machen die Identitären wie auch die extreme Rechte ihren Feindbildern gemäß vor allem den durch Dekadenz, Liberalismus, Feminismus und «Schwulenkult» verursachten Werteverfall bzw. -verlust, den Geburtenrückgang der autochthonen Bevölkerung sowie die Willkommenskultur für die «Entmännlichung» (Faye 2006: 105) verantwortlich. Dass die Männer sich zu wenig im Kampf beweisen müssten, bejammert nicht nur Faye, sondern auch ein weiteres Vorbild der Identitären: Jack Donovan. Nachdem sich der «Schriftsteller» und «Bodybuilder» bereits in seinem Buch «Weg der Männer» (2016) dafür stark gemacht hat, dass sich Männer wieder in Stämmen zusammenschließen und herausfinden sollten, wer von ihnen der Stärkste sei, um den Stamm dann auch anzuführen, gibt er in «Nur Barbaren können sich verteidigen» (2017) Tipps, wie Mann Barbar und somit wehrhaft werden könne. Barbaren sollten etwa kein Mitleid haben, jegliche Moral oder Fairness ablegen, die nicht dem eigenen Stamm diene, «um nicht länger wie einer der austauschbaren Sklaven des Imperiums zu denken, sondern wie ein Mann mit ungebrochener Identität und Zugehörigkeitsgefühl zu einem Volk» (Donovan 2017: 64). Und an anderer Stelle führt er aus: «Ein Barbar zu werden, bedeutet, die universalistische Moral – die dem Imperium nützt – gegen eine spezifische Moral einzutauschen, die einem spezifischen Volk nützt und die Bedürfnisse dieses Volks über die Bedürfnisse aller Außenstehenden erhebt.» (Ebd.: 101) Hier zeigt sich, wie auch Winkler (2017: 70) meint, dass «Ideologien kollektiver Identität mit ihren wirkungsmächtigen Kategorien ›Kultur‹, ›Geschlecht‹ und Nation [...] eine quasi vopolitische und scheinbar natürliche Identitätsbegründung [bieten], mit der sozial-politische Rechte und Privilegien durch den Ausschluss der ›Anderen‹ gerechtfertigt werden können».

«Schwule keine Schwuchteln»

Dass der «Barbar» Donovan homosexuell ist, scheint seiner Popularität in identitären wie auch anderen extrem rechten Kreisen nicht zu schaden. Seine Bücher wurden nicht nur von Götz Kubitschek im Antaios Verlag veröffentlicht, er wurde von ihm auch eingeladen, als «Aktivist für eine neue Kultur der Männlichkeit sowie die Rückkehr zum Stammesdenken im Rahmen der 17. Winterakademie des Instituts für Staatspolitik über ein gesundes Verhältnis zum eigenen Gewaltpotential als Gegenbild zu einer erschlafften Konsumgesellschaft» (kanal Schnellroda 2017) zu sprechen.

Da Donovan schwul und keine «Schwuchtel» ist, also wehrhaft und männlich, sein Volk verteidigen will, sich sogar für eine neue wehrhafte Männlichkeit und Kultur der Stärke einsetzt, scheint er keine Bedrohung im Sinne der beschriebenen «Entmännlichung» darzustellen und über sein Engagement auch Anerkennung zu bekommen. Tatsächlich wird auch das Thema Homosexualität in identitären Kreisen durchwegs unterschiedlich verhandelt,⁷ und so greift es deutlich zu kurz, die Gruppierung pauschal als homo- und transfeindlich zu klassifizieren, da sich eine Reihe unterschiedlicher Positionen antreffen lässt.⁸

Einer dieser Zugänge differenziert zwischen «Homosexuellenfolklore» und Homosexualität sowie zwischen «Schwuchteln» und Schwulen, wobei Erstgenannte selbsterklärend als das größere Übel ausgemacht werden. Diesen Gedankengang, Homosexualität nicht per se abzuwerten, sondern bestimmte Ausformungen davon, griff bereits 2010 der Publizist und identitäre Vordenker Martin Lichtmesz (eigentlich Semlitsch) in der *Sezession* auf. In seinem Beitrag «Vom schwulen Eros» versucht er, eine mögliche Position zu Homosexualität zu theoretisieren, indem er diese nicht «an sich» als verwerflich betrachtet, sondern sie aus dem «Dienst des Kulturkampfes der Linken» (Lichtmesz 2010) befreien möchte.

«Bei näherer Betrachtung ist es in erster Linie nicht die Homosexualität an sich, die als bedrohlich, verächtlich oder lächerlich empfunden wird, sondern vor allem die damit konnotierte Verweiblichung des Mannes, die als Kennzeichen psychischer und physischer Regression gilt. Die verachtete «Schwuchtel» meint den weichlichen, passiven, unterwürfigen, feigen, affektierten, emotional unkontrollierten Mann, der sich körperlich nicht verteidigen kann.» (Ebd.)

Er beruft sich dabei auf den bereits erwähnten «homosexuelle[n] Schriftsteller (und Bodybuilder) Jack Donovan» (ebd.), der unter dem Pseudonym Jack Malebranche die Schrift «Androphilia: A Manifesto. Rejecting the Gay Identity, Reclaiming Masculi-

7 Homosexualität wird allerdings beinahe ausnahmslos als männliche Homosexualität verhandelt, weibliche Homosexualität scheint für die Identitären nicht zu existieren.

8 In identitären Kreisen lassen sich mindestens vier Umgangsformen mit Homosexualität finden: Privatisierung («Mir ist es vollkommen egal, was wer wann mit wem zu tun gedenkt, solange es alle erwachsenen Beteiligten – ich beschränke es bewusst nicht auf zwei) freiwillig tun und man mich nicht damit nervt» (Lenart 2014) –, Teilanerkennung («Schwule» statt «Schwuchteln»), Anerkennung mittels Instrumentalisierung, um gegen «den Islam» mobil zu machen, sowie offene Ablehnung (vgl. Goetz 2017: 272 ff.).

nity» veröffentlichte. Darin versuche Donovan sich, wie schon der Untertitel verspreche, «gegen die schwule Identität» und «für die Wiedereroberung des Männlichen» stark zu machen. Donovan attackiere, so Lichtmesz' kurze Zusammenfassung, «die ‹Schwulenvertretungs-Industrie› sowie die ‹Homo-Ehe› und kritisiere die Allianz der Homosexuellen mit dem Feminismus als ‹paradox›, da männerliebende Männer sich hier mit den schlimmsten Feinden der Männlichkeit verbündet hätten» (ebd.). Gegen Homosexuelle, die eine hypermaskuline Männlichkeit verkörpern und vertreten, sei hingegen nichts einzuwenden, bleibe in dieser Figur doch die Wehrhaftigkeit ebenso wie der Geschlechterdualismus und die Geschlechterhierarchie erhalten. Kaum verwunderlich, dass Lichtmesz zu dem Schluss kommt: «Selbst unter den Konservativen gibt es nur wenige, die wie Gabriele Kuby⁹ Homosexualität für grundsätzlich ethisch problematisch und pathologisch halten.» (Ebd.)

Insbesondere durch die Anlehnung an Donovans Idee, nur eine bestimmte Ausformung der Homosexualität verwerflich zu finden, nicht jedoch den hypermaskulinen schwulen Mann, wird eine Brücke gebaut, sodass Homosexualität und identitärer Aktivismus in keinem Widerspruch zueinander stehen. Insofern lässt sich nicht ausschließen, dass auch in den Reihen der Identitären der eine oder andere schwule Aktivist, möglicherweise sogar in Führungsposition, angetroffen werden kann.

Solche (möglicherweise positiver als erwartet ausfallenden) Positionen einiger identitärer Gruppen in Hinblick auf das Thema Homosexualität können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich daraus keineswegs automatisch eine Akzeptanz bzw. Nicht-Diskriminierung nicht heterosexueller Lebensformen ergibt. Gerade die Propagierung der normativen Zweigeschlechtlichkeit sowie der heterosexuellen Familie in identitären Kreisen bildet schließlich die Basis jeglicher Diskriminierung der von ihnen abweichenden Lebens- und Liebensformen.

Männerbündische Resouveränisierung

Weil der Prozess der «Entmännlichung» bereits im vollen Gange sei und wehrhafte Männlichkeit daher in die Krise, müsse sie – Donovan und anderen zufolge – wieder hergestellt werden. Eine besondere Bedeutung innerhalb dieser Resouveränisierungsbedürfnisse und -strategien kommt dabei dem Männerbund zu. Zwar sind die Identitären streng genommen kein Männerbund, verfügen aber sehr wohl über eine männerbündische Struktur, zumal alle wichtigen Funktionen der Gruppe von Männern ausgeübt werden und – abgesehen von sehr wenigen Ausnahmen (wie beispielsweise Caroline Sommerfeld¹⁰) – Frauen kaum in den elitären Kreisen der metapolitischen Ideologieproduktion mitspielen dürfen. Im identitären Merchandise-Shop «Phalanx»

9 Gabriele Kuby ist eine katholische Antifeministin, die in ihren Büchern und Vorträgen unter anderem gegen Sexualpädagogik der Vielfalt, Gender-Theorien und Feminismus wettet.

10 Caroline Sommerfeld ist eine österreichische Philosophin, die sich bei den Identitären engagiert und für extrem rechte Zeitschriften wie *Sezession* oder die FPÖ-nahe Plattform *unzensuriert.at* schreibt.

angebotene T-Shirts mit Aufschriften wie «Schmiss happens» verdeutlichen, dass Burschenschafter offensichtlich zum erwünschten Zielpublikum zählen. Umgekehrt mag es wenig verwundern, dass zahlreiche namhafte Identitäre gleichzeitig Mitglieder in deutschnationalen Burschenschaften sind und identitäre Kader gern gesehene Gäste und Vortragende auf Burschenschaftsbuden und -bällen sind, gibt es doch weitreichende ideologische Überschneidungen. Die kultivierten Werte und Erziehungs-ideale wie Härte, Mut, Tapferkeit, Furchtlosigkeit und Stärke sowie Selbstaufgabe für die Gemeinschaft können im Männerbund ebenso verwirklicht werden wie die vermeintliche Auflösung von Widersprüchen, Ambivalenzen und Komplexität, die durch den Prozess gesellschaftlicher Demokratisierung hervorgerufen wurden. Der Männerbund bietet Einfachheit, Klarheit und Zusammenhalt, vor allem gegen den drohenden Verlust von Macht und Privilegien. In der homosozialen Gemeinschaft können sich Männer ihrer eigenen Männlichkeit vergewissern, indem sie «Andere» – Frauen, aber auch nicht ihren Vorstellungen entsprechende Männer – ausgrenzen und abwerten. Er bietet sich an als Schutzfunktion gegen prekär gewordene Sicherheiten wie zum Beispiel männliche Dominanzansprüche. Und über eingetübte Hierarchien und Rituale kann auch (virile oder heroische) Männlichkeit (wieder) hergestellt werden. Unterstützt werden diese Bestrebungen durch Kampfsporttrainings, kriegerische Sprache und Symboliken sowie den immer wieder offen zutage tretenden Sexismus und Antifeminismus der Gruppe (vgl. Goetz 2017: 278 ff.).

Remaskulinisierung: die letzte Generation

Wenngleich die Identitären seit ihrer Gründung 2012 darum bemüht sind, sich selbst als «gewaltfreie Aktivisten» zu inszenieren, zeichnet die aktivistische Praxis oftmals ein gänzlich anderes Bild. Zahlreiche dokumentierte Übergriffe auf politische Gegner*innen sprechen eine andere Sprache als die einer «patriotischen NGO», wie sie sich selbst beschreiben. Die Gewaltdisposition der Identitären spiegelt sich aber nicht nur in ihrer (Bild-)Sprache wider, die durch zahlreiche Kampf- und Kriegsmetaphern sowie eine entsprechende Bildsprache und Anleihen in der Populärkultur («300», «Fight Club» etc.) geprägt ist, sondern auch in ihren wehrhaften Männlichkeitsvorstellungen. Wie Donovan und andere ausführen, ist es vor allem auch Gewalt, über die Männlichkeit nicht nur wiederhergestellt wird, sondern auch Dominanzansprüche gegen als fremd/anders Markierte geltend gemacht werden können. So vertrat Donovan auf der erwähnten IFS-Winterakademie die These, dass Gewalt ein wichtiges Mittel jeder Kultur sei und endlich Abstand genommen werden solle von dem permanenten Opferdiskurs. Gewalt sei ein Mittel in der Verteidigung der eigenen Identität gegen «die Anderen» und daher stelle sich für ihn die Frage, «ob Gewalt gegen Leute, die nicht seine Leute sind, gut oder böse sei, schlicht gar nicht. Entscheidend sei, ob der Einsatz von Gewalt erfolversprechend ist.» Nur so könne eine «Kultur der Stärke» geschaffen werden, schließlich «brauche jeder einmal einen Schlag in die Fresse» (vgl. Steinhagen 2017). In dieser Vorstellung wird die Anwen-

dung von Gewalt so unmittelbar mit der (Geschlechts-)Identität verknüpft, dass es das eine ohne das andere scheinbar nicht geben kann und Gewaltanwendung für Remaskulinisierung vonnöten ist.

Der Kult der Gewalt wird auch in einer Schrift der Vorläuferorganisation der Identitären in Österreich, «Der Funke», deutlich, wenn es dort heißt: «Die nackte, unerklärte Gewalt hat, gleich dem Schmerz, etwas Reines und Heiliges, ebenso wie sie schrecklich und abstoßend ist. [...] Und wirklich – man kommt nicht umhin, diese harten Kerls zu bewundern, die, nicht achtend die Folgen und jahrelangen Konsequenzen, die sie mit ihren kurzen Handlungen auslösen, im Schatten der urbanen Metropolen dem Kult der Faust frönen. [...] Dieser Kult hat seine Schönheit und Daseinsberechtigung. Er ist so alt wie der Mensch selbst und gehört zum Wesen des Mannes, als dessen Ausbruch, Übertreibung und teilweise Verzerrung. [...] Der Kult der Gewalt, das Maskuline, die Betonung des Kämpferischen, Wehrhaften hat seinen festen Platz in den aktiven Gruppen der rechten Zusammenhänge.» (Der Funke 2013)

Auch die Ideologie der Identitären präsentiert (männliche) Gewalt als scheinbar ultimative Lösungsmöglichkeit der «letzten Generation, die den Großen Austausch noch aufhalten» könnte. Der imaginierte Untergang steht im Denken der Identitären unmittelbar bevor, da der «Große Austausch» längst begonnen habe, und in dieser Endzeitstimmung scheint jedes Mittel recht, ihn noch aufzuhalten. Die Bereitschaft, sich im Ernstfall zur Wehr zu setzen und zuzuschlagen, wird nicht nur verbal vorbereitet, sondern auch bei Kampfsportcamps eingeübt. Sich mit Gewalt gegen eine «aufgezwungene Vermischung» zu wenden, wird in dieser Logik zur scheinbar legitimen «Notwehr». Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW o. J.) betonte schon vor einigen Jahren, dass «die identitäre Selbstwahrnehmung als «letzte Generation», die den Niedergang des «Abendlandes» abwenden könne, und die damit verbundene Rhetorik der «letzten Chance» auf ein Potenzial zur gewaltsamen Radikalisierung schließen [lassen], das in vereinzelt gewaltsamen Übergriffen auch bereits sichtbar wurde».

Der Rückgriff auf die vom französischen Philosophen Renaud Camus geprägte Rede vom «Großen Austausch» («Le grand remplacement»), die von den Identitären durch stetige Verweise sowie einige medienwirksame Aktionen popularisiert wurde, ermöglichte der Gruppe zunächst, über eine modernisierte Sprache ihr Anliegen in der Öffentlichkeit zu platzieren und Einfluss auf entsprechende Diskurse zu nehmen. Die eindeutig völkisch konnotierten Wörter «Umvolkung», «Volkstod» und «Überfremdung» werden an dieser Stelle durch die mindestens ebenso bedrohliche, jedoch historisch weniger vorbelastete Bezeichnung «Großer Austausch» ersetzt. Sie beschreibe, so ein identitärer Führungskader, «in kommunizierbarer und doch eindringlicher Weise das, was hinter Islamisierung, Überfremdung, Ausländergewalt etc. eigentlich» stehe und sei als «Feindbegriff [...] dazu prädestiniert, das Lager zu einen» (Sellner zit. nach: Wegner 2015). Die Bezeichnung bot somit eine Alternative zu

antiquierten rassistischen Artikulationsformen der extremen Rechten. Ihre Attraktivität reichte dabei weit über das einschlägige Spektrum hinaus. So ergibt sich die Gefährlichkeit der Identitären bis heute nicht zuletzt daraus, dass sie Spektren erreichen, die anderen extrem rechten Akteur*innen bislang verschlossen geblieben sind. Dass die Formulierung inzwischen auch von FPÖ und AfD-Politiker*innen bis hin zu Rechtsterrorist*innen übernommen wird, zeigt den Grad der Normalisierung und Wirksamkeit identitärer Strategien.

Auch der Attentäter von Christchurch glaubte an die von den Identitären maßgeblich popularisierte Verschwörung eines geplanten «Bevölkerungsaustauschs» und rechtfertigte damit die brutale Ermordung von 51 Menschen aus rassistischen Motiven. Die Namensgleichheit seines Manifestes «The Great Replacement» mit der IB-Kampagne kam daher auch nicht von ungefähr: Über den Titel hinaus gibt es weitreichende ideologische Überschneidungen mit den Identitären, aber auch zur extremen Rechten insgesamt. Wie die Identitären beruft sich der Attentäter auf das rassistische Konzept des Ethnopluralismus. Dieses sieht vor, «ethnisches Überleben» mittels einer globalen Apartheid abzusichern, in der alle «Völker» klar voneinander separiert leben sollen. Eine weitere Gemeinsamkeit gibt es in den ausgemachten Ursachen der imaginierten Untergangsbedrohung: niedrige Geburtenraten der autochthonen Bevölkerung sowie mangelnde Wehrhaftigkeit von Männern. Damit ist der Rechtsterrorist von Christchurch nicht allein. Auch die Attentäter der Anschläge in El Paso, bei dem 22 Menschen ermordet wurden, und in Halle, bei dem zwei Menschen erschossen wurden, stimmten in das Verschwörungsnarrativ ein und begründeten ihre Taten ähnlich rassistisch und antifeministisch sowie, im Fall von Halle, auch genuin antisemitisch.

Sie sind Beispiele dafür, dass der «Krieg der Worte» und der «Kulturkampf» zu Taten führen kann und (extrem rechte) Männlichkeitsvorstellungen nicht ohne Gewalt auskommen können.

Literatur

- DÖW (o. J.): Gewaltdisposition Identitäre Bewegung Österreich (IBÖ), unter: www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/identitaere-bewegung-oesterreich-iboe/gewaltdisposition (letzter Zugriff 28.10.2019).
- Goetz, Judith (2017): «Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt ...». Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der «Identitären». In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes – Ideologie und Rezeption der rechtsextremen «Identitären», Hamburg, S. 253–284.
- Haas, Julia (2018): Von «anständigen Mädchen» und «selbstbewussten Rebellinnen» – Eine kritische Auseinandersetzung mit den Selbstbildern identitärer Frauen, Masterarbeit eingereicht an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Holzer, Willibald I. (1993): Rechtsextremismus: Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, Wien.
- Karacsonyi, Julian (2017): Männlichkeit im rechten Bild! Eine Arbeit über Männlichkeit und modernen Rechtsextremismus, am Fallbeispiel der Identitären Bewegung, Masterarbeit eingereicht am Johanneum Graz.
- Mayrl, Manuel (2017): Männlichkeitskonstruktionen der Identitären Bewegung Österreich, in: *Journal für Psychologie* 2/2017, S. 179–204.
- Schiedel, Heribert (2017): Unheimliche Verbindungen. Über rechtsextremen Islamneid und die Ähnlichkeiten von Djihadismus und Counterdjihadismus, in: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes – Ideologie und Rezeption der rechtsextremen «Identitären», Hamburg, S. 285–308.
- Steinhausen, Martin (2017): Schulterchluss im Dorfgasthof, in: *Der rechte Rand* 166, unter: www.der-rechte-rand.de/archive/2636/17-winterakademie-ifs/ (letzter Zugriff 28.10.2019).
- Stögner, Karin (2017): Angst vor dem «neuen Menschen». Zur Verschränkung von Antisemitismus, Antifeminismus und Nationalismus in der FPÖ, in: Grigat, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden, S. 137–161.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte: die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.
- Winkler, Alexander (2017): Aus dem Schatten des Nationalsozialismus – Die «Identitären» als modernisierte Form des Rechtsextremismus in Österreich, in: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes – Ideologie und Rezeption der rechtsextremen «Identitären», Hamburg, S. 25–84.

Quellen

- Der Funke (2013): Macht, Gewalt, Revolution, unter: <https://derfunkeinfo.wordpress.com/2013/04/07/156/> (letzter Zugriff 28.10.2019).
- Donovan, Jack (2016): Der Weg der Männer, Schnellroda.
- Donovan, Jack (2017): Nur Barbaren können sich verteidigen, Schnellroda.
- Faye, Guillaume (2006): Wofür wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstandes. Das metapolitische Hand- und Wörterbuch der kulturellen Neugeburt Europas, Kassel.
- Kanal Schnellroda (2017): Violence is Golden – Jack Donovan beim IfS, unter: www.youtube.com/watch?v=4v48H9FreyY (letzter Zugriff 28.10.2019).
- Lenart, Patrick (2014): «Conchita Wurst», Medien und Geschlecht, unter: www.identitaere-generation.info/tag/conchita-wurst/ (letzter Zugriff 15.7.2014).
- Lichtmesz, Martin (2010): Vom schwulen Eros, unter: <https://sezession.de/20460/vom-schwulen-eros> (letzter Zugriff 28.10.2019).
- Sellner, Martin (2013): Vlog Identitär 8 – Gleichheit vs Gleichwertigkeit, unter: www.youtube.com/watch?v=OV5WTXpvaps (letzter Zugriff 11.08.2017).
- Sellner, Martin (2014): Vlog22 – Gabalier und Genderwahn, unter: www.youtube.com/watch?v=BJ8xCSSBC3g (letzter Zugriff 11.8.2017).
- Sellner, Martin (2016): 5 Dinge, die mich an Patrioten nerven. Eine konstruktive Kritik, unter: www.youtube.com/watch?v=mcgHkpCvq4k (letzter Zugriff 28.10.2019).
- Wegner, Nils (2015): Fünf Fragen zur Demo gegen den «Großen Austausch», unter <https://sezession.de/49945> (letzter Zugriff 28.10.2019).
- Willinger, Markus (2013): Die identitäre Generation. Eine Kriegserklärung an die 68er, London.

Julia Haas

VON ANSTÄNDIGEN MÄDCHEN UND SELBSTBEWUSSTEN REBELLINEN

DAS FRAUEN- UND GESCHLECHTERBILD DER IDENTITÄREN¹

«Wir wollen zeigen, dass die klassischen Rollenbilder von Mann und Frau alles andere als veraltet sind! Sie sind vielmehr eine Herausforderung, der sich heute kaum noch jemand stellen kann oder möchte.» (Annika Stahn/radikal feminin 2018; Herv. i. O.)²

«Ich persönlich kann aber weder dem modernen Feminismus in seiner heutigen radikalen Form etwas abgewinnen, noch kann ich es nicht [sic!] lassen, peinlich berührt wegzuschauen, wenn sich meine Mitstreiterinnen ungeniert als Antifeministinnen bezeichnen.» (Melanie Schmitz 2018b)

Als «Postergirls der Neuen Nazis» (Pfahler/Rinderspacher 2017) oder «rechtsextreme Grinsekatten» (Thorwarth 2017) werden die Frauen der Identitären Bewegung, kurz IB, in deutschen Medien betitelt. Ein ganzes Porträt widmete beispielsweise der *Spiegel* im Jahr 2017 der äußerst medienwirksamen Aktivistin Melanie Schmitz (vgl. Würger 2017). Dabei wird ein Aspekt hervorgehoben, der bisher kaum in den Medien thematisiert wurde: Frauen als Aktivistinnen und treibende Kräfte in der extremen Rechten. Forscher*innen im Bereich «Frauen in der extremen Rechten» weisen bereits seit Langem auf die mangelnde Sichtbarkeit und Wahrnehmung von Frauen in extrem rechten Strukturen hin. Sie kritisieren die mediale Darstellung von Nazis, die vornehmlich als gewalttätige männliche Subjekte gedacht und dargestellt werden. Dafür ist nicht zu-

- 1 Der Beitrag basiert zu großen Teilen auf der Forschungsarbeit «Anständige Mädchen und selbstbewusste Rebellinnen – die Selbstbilder identitärer Frauen», die im Februar dieses Jahres bei Marta Press als Buch veröffentlicht wird.
- 2 Der Name der «radikal feminin»-Aktivistin variiert: Mal nennt sie sich Franziska, mal Berit oder Annika. Laut dem Antifa-Recherche-Portal «Tübingen Rechtsaußen» heißt sie Annika Stahn. In den meisten Fällen wird sie «Franziska» genannt, im Folgenden wird sie unter ihrem Klarnamen angeführt (vgl. Tübingen Rechtsaußen 2017 u. 2018).

letzt die Berichterstattung über Beate Zschäpe ein Beispiel.³ In öffentlichen Medien als «Mitläuferin» (Röpke/Speit 2011: 9f.) oder «Freundin von» (Radvan 2013: 9) betitelt, wird deutlich, wie ihre Aktivität innerhalb des NSU-Kerntrios verharmlost wird und dass Frauen politisch motivierte Verbrechen nicht zugetraut werden.

Ganz anders die relativ hochfrequente Berichterstattung über identitäre Frauen: Es scheint, als habe sich die mediale Aufmerksamkeit von weitestgehender Unterschätzung und Nichtbeachtung hin zu einer Art erstaunter Überhöhung der identitären Frauen entwickelt. Verfolgt man den Mediendiskurs, in dem durchaus die These vom bloßen Anhängsel der männlichen Aktivisten als überholt bezeichnet und den identitären Frauen eine selbstbestimmte Wehrhaftigkeit attestiert wird, entsteht der Eindruck, als handele es sich um ein gänzlich neues Phänomen. Die Vielfältigkeit der Frauenbilder bei den Identitären ist kaum zu verkennen. Neben klassischen antifeministischen Positionen, einem modernisierten Bild des «Heimchen am Herd»-Klischees, zeigen sich auch selbstbewusst kämpferische Frauen, die das Bild einer eigenständigen Kampfgefährtin an der Seite ihrer männlichen Kameraden verbreiten, jedoch jederzeit in deren Schatten zurücktreten. Gerade diese lautstarken und konfrontativen Aktivistinnen der Identitären wie Melanie Schmitz oder auch zum Teil Paula Winterfeldt (IB Berlin-Brandenburg) lösen bei Journalist*innen Erstaunen und Faszination aus.

Bereits vor über 20 Jahren stellten Forscher*innen fest, dass Aktivistinnen – wenn auch in geringerer Zahl – aktiv an der Ideologieproduktion und mitunter an gewalttätigen Auseinandersetzungen beteiligt sind (vgl. Radvan 2013; Bitzan 1997; Köttig 2006). Extrem rechte Frauen sind demnach keine solche Kuriosität, wie der eine oder andere Artikel es vermuten lässt. Darin jedoch lediglich eine Erneuerung des Alten zu erkennen würde zu kurz greifen und die durchaus veränderten Ausdrucksweisen und Einflüsse feministischer Bestrebungen sowie die strategisch erneuerten Darstellungsweisen ignorieren. Es stellt sich die Frage, ob durch den «Exotismus» (Goetz 2017: 253) dieses Phänomens Forschungsergebnisse der letzten Jahrzehnte verkannt werden oder ob identitäre Aktivistinnen die geschlechterpolitische Ideologie der extremen Rechten tatsächlich revolutioniert haben. Der vorliegende Beitrag beleuchtet das Selbstbild identitärer Frauen und wirft einen Blick auf Widersprüche, die sich im Abgleich von Selbstdarstellung⁴ und identitärem Frauenideal ergeben.

3 Der selbsternannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) verübte, soweit bekannt, in der Zeit zwischen 2000 und 2006 neun Morde an migrantischen, in Deutschland lebenden Personen und an einer deutschen Polizistin. Zudem sind die Mitglieder des NSU für Sprengstoffanschläge 1999 in Nürnberg und 2001 in Köln in der Probststeigasse sowie für das Nagelbomben-Attentat auf der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004 verantwortlich. Nach fast 14 Jahren, in denen die Haupttäter*innen – Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe – unbemerkt morden konnten, enttarnte sich der NSU im November 2011 selbst. In kritischen Betrachtungsweisen des NSU wird von diesem als NSU-Komplex gesprochen, um die Ausmaße und Verstrickungen des sogenannten Kerntrios in die rechte Szene hinein deutlich zu machen (vgl. Frindte u. a. 2016: 11; Röpke/Speit 2011: 9ff.).

4 Ich schließe mich Bitzan (2000: 12) in ihrer Aussage an, wie wichtig es ist, Frauen als Subjekte ernst zu nehmen «und sie selbst zu Wort kommen zu lassen», ihre Verantwortung für Entscheidungen zu bemerken und sie nicht als bloße Marionetten wahrzunehmen.

Judith Goetz präsentiert in ihrem Beitrag zum Sammelband «Untergangster des Abendlandes» eine ausführliche Analyse des Frauen- und Geschlechterbildes der Identitären und skizziert die zugrunde liegenden Argumentationsmuster und erkennbaren Modernisierungsstrategien (vgl. Goetz 2017: 254). Daran anschließend möchte ich zunächst einen Blick auf das von Akteur*innen der Identitären vertretene Frauenbild bzw. deren Position und Aufgaben innerhalb der Gruppierung werfen. Anschließend werde ich eine den identitären Frauen gemeinsame ideologische Basis aufzeigen, aus der sich Differenzen entwickeln, die in drei Typen von Weiblichkeit münden. Ich argumentiere anlehnend an Goetz, dass Geschlecht bei den Identitären eine wichtige Rolle in der Herstellung einer klaren Identität zukommt und Modernisierungsstrategien in der Verhandlung geschlechterpolitischer Themen sichtbar werden. Die Vielfalt an gesellschaftlich wahrnehmbaren Weiblichkeitsvorstellungen findet sich auch bei den Identitären wieder. Diese Varianz an Lebensentwürfen ist so lange akzeptiert, wie diese ideologisch konform bleiben, das heißt so lange die «weibliche Essenz» als «natürliches» und konstituierendes Moment von Identität erlebt wird. Des Weiteren kann davon ausgegangen werden, dass die Akzeptanz verschiedener gesellschaftlicher Weiblichkeitsbilder in einem Wandlungsprozess von klassischer extremer Rechter zur «Neuen Rechten» strategisch angelegt ist und Teil des Kampfes um kulturelle Hegemonie ist.

Geschlechterverhältnisse im Denken der Identitären

Der Rückbezug auf eine klare, eindeutige und unwiderrufliche Identität sowie auf deren Verteidigung zeigen sich auf vielen Ebenen im identitären Denken, so auch in der identitätsstiftenden Kategorie Geschlecht: Der Grundstein des Geschlechterverständnisses liege, so die Identitären, in einer «natürlichen» Polarität von Mann und Frau und deren Fähigkeit, gemeinsam Kinder zu zeugen (vgl. Mayrl 2017; Goetz 2017: 258; Bruns u. a. 2014: 168). Konzepte rund um den Begriff Gender stellen diese vermeintliche Naturhaftigkeit einer «Essenz des Weiblichen» (Goetz 2017: 258) oder Männlichen infrage und verunsichern. Im Gegensatz dazu verteidigen identitäre Aktivist*innen klare Geschlechtergrenzen und propagieren das Ideal der Heterosexualität.⁵

Auch Ellen Kositzka, «neurechte» Theoretikerin, die gern von identitären Frauen gelesen wird, teilt die Sorge um den Verlust einer klaren Dichotomie von Mann und Frau. In ihrem Buch «Gender ohne Ende» beklagt sie den desaströsen Zustand von Männern in dieser Gesellschaft, die zu metrosexuellen «Modeäffchen» (Kositzka 2008: 22) verkommen würden, und die Entfremdung von Frauen von ihrer «natürlichen» Rolle als Mutter. Letztendlich, so warnt Kositzka pathetisch, führe diese Entfernung von «natürlichen» Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit zu einem «unheiligen Mischwesen» (ebd.: 72).

5 Weiterführend zu «Antigenderismus» vgl. Hark/Villa 2015.

Ein erster Blick auf Frauenbilder bei den Identitären ergibt sich aus deren Rede vom vermeintlich «Großen Austausch» (Camus 2016). Frauen werden hierbei zum einen als die ersten Opfer einer fehlgeleiteten Migrationspolitik hervorgehoben, da «fremde» Männer die Rechte von Frauen nicht anerkennen und diese mit (sexualisierter) Gewalt bedrohen würden. Diese Argumentation wird insbesondere in der identitären Kampagne #120db (120 Dezibel) deutlich.⁶ Zugleich werden Frauen jedoch als (Mit-)Verursacherinnen des «Großen Austauschs» adressiert, da sie durch ihr Wahlverhalten einwanderungsfreundliche Parteien unterstützen würden (vgl. Goetz 2017: 255 f.). Die Argumentation, Frauen seien gefühlgeleiteter und dadurch altruistischer in ihrem Wesen, wird dabei einhellig von den identitären Aktivistinnen inklusive ihrer Vordenkerin Ellen Kositzka geteilt. Während Männer eher mit der linken, analytischen Hirnhemisphäre dächten, so Kositzka, täten Frauen dies mit der rechten, die «intuitiv, emotional, ja «ganzheitlich»» (Kositzka 2017: 7) arbeite. Auch Annika Stahn – «radikal feminin»-Bloggerin und #120db-Aktivistin – äußert ihre Skepsis gegenüber der Fähigkeit von Frauen, rational sein zu können, in einem Gespräch mit Martin Sellner im Herbst 2017 (vgl. Sellner/Stahn 2017). Besonders deutlich drückt es die #120db-Aktivistin Aline Manescu (IB Dresden) in einem Videoblog Sellners aus: «Es hängt mit der Psychologie und der Natur der Frauen zusammen. Die Frauen auf der einen Seite sind empathisch und wollen helfen und denken dann aber meistens nicht darüber nach, wem sie eigentlich helfen oder was sie da eigentlich machen» (Sellner/Manescu 2017).

Die vermeintlich höhere Emotionalität von Frauen wird auch in den Social-Media-Auftritten der Aktivistinnen präsentiert. Immer wieder blitzen emotionale Momente wie Liebesbekundungen für die Natur, ihre Partner oder Freund*innen auf, auch schlechte Stimmungen werden mit entsprechendem Bild und Kommentar geteilt. Zudem wird das Spiel mit der «emotionalen Weiblichkeit» für strategische Zwecke genutzt, indem beispielsweise in einem Video, das zur Hilfe für (deutsche) Waisenkinder, Obdachlose und Rentner*innen aufruft, nur Aktivistinnen zu sehen sind (vgl. Identitäre Mädels und Frauen 2018).

Eine dritte Rolle, die Frauen im Kontext der Sorge um einen «Großen Austausch» zukommt, ist die als Mutter. Sie können durch mehr Geburten, also mehr «eigene» Kinder, der Überfremdung entgegenwirken (vgl. Goetz 2017: 256). Wie auch in der klassischen extremen Rechten verliert das Ideal der Mutter nicht an Bedeutung (weiterführend Botsch/Kopke 2018).

6 Die Kampagne #120db – der Name bezieht sich auf die Lautstärke eines handelsüblichen Taschenalarms – sieht sich selbst als «Antwort» oder «Ergänzung» zur viralen #metoo-Debatte und weist speziell auf die «importierte» Gewalt hin, über die die Gesellschaft schweigen würde. Kampagnen-Homepage: www.120db.info/; weitere Infos u. a. unter: <https://faktenfinder.tagesschau.de/inland/metoo-von-rechts-101.html>.

Heilige Mutter, Anziehungsobjekt oder Kampfgefährtin?

Wie bereits Bitzan (2000) eindrücklich herausgearbeitet hat, ist die Vorstellung, die extreme Rechte sei bloß auf das Frauenbild des «Heimchens am Herd» fixiert, zu einseitig, wenngleich dieses Bild einen prominenten Platz einnimmt. Immer wieder posten identitäre Frauen in den sozialen Medien Nachrichten, in denen sie voller Dankbarkeit und teils fast heroisch das Mutterdasein beschreiben und die Bedeutung der mütterlichen Fürsorge hervorheben. Neben dieser Perspektive auf eine fast schon heiliggesprochene Mutter ist ein konträres Bild auszumachen, das sich durch eine sexualisierte und objektivierende Darstellung von Frauen ausdrückt (vgl. Goetz 2017: 264). Bei genauerer Betrachtung der Facebook-Seite der «Identitären Mädels und Frauen» fallen die vielen Werbeblöcke ins Auge, in denen sich Aktivistinnen vorstellen. Meist erfüllen diese (unterschiedliche) gängige Schönheitsideale und ganz nebenbei tragen sie Kleidungsstücke, die im Online-Versandhandel der Identitären («Phalanx») erstanden werden können. Diesen Darstellungen kommen, so Goetz (ebd.), mehrere Funktionen zu. Zum einen stellen sie die «Schönheit des Eigenen» heraus, zum anderen dienen sie als Lockmittel und Anreiz für männliche Sympathisanten, Teil der «Bewegung» zu werden. Zusätzlich nutzt die «Schönheit» der identitären Frauen, um Merchandise-Artikel zu bewerben und finanzielle Mittel zu generieren (Spendenaufrufe). Zudem scheint eine dritte Figur, die der «Kampfgefährtin», innerhalb der Bewegung verhandelt zu werden. Zwei Identitäre zeichnen in ihrem Podcast ein Idealbild einer Gefährtin, die Männern – so die Identitären – gleichgestellt sei, ohne ihre Weiblichkeit zu verlieren (Identitäre Berlin-Brandenburg 2016; auch Goetz 2017: 265 f.). Doch was die Identitären unter Gleichberechtigung verstehen, zeigt sich bei näherer Betrachtung: Frauen werden in dem Bild der «Kampfgefährtin» lediglich Teilzugeständnisse gemacht, die als Emanzipation vermarktet werden. In der Erzählung dürfen Frauen vom Rand des Schlachtfeldes aus zusehen, jedoch nicht kämpfen und zuallerletzt selbst – durch den Einsatz ihrer sexuellen Reize – aktiv werden und die gegnerischen Krieger verwirren. Sie stehen demnach weiterhin im Schatten «ihrer» Männer. Goetz fasst die aufgezeigten Frauenbilder treffend zusammen: «Identitäre Frauen*bilder [bewegen sich] entlang der Pole «Erhalt des Eigenen» (Mutter), «Schönheit des Eigenen» (sexualisierte Objekte) [...], deren Synthese im «Kampf für das Eigene» (Kampfgefährtin) als Idealbild angestrebt wird.» (Goetz 2017: 267)

Strategische Argumentation von frauenpolitischen Themen

Zahlenmäßig sind deutlich weniger Frauen in der IB aktiv als Männer, dies bestätigt eine Aktivistin im Interview mit dem *Compact*-Magazin (vgl. Dassen/Identitäre Aktivistinnen 2017). Sie begrüßt diesen Zustand mit den Worten: «Dass die IB mental männlich dominiert ist, das will ich doch wohl hoffen: mannhaft!» (Ebd.: 15) Die geschlechtliche Schräglage weiß die IB jedoch strategisch zu kaschieren, indem beispielsweise Frauen bei Demonstrationen in der ersten Reihe stehen, wenn auch sonst hauptsächlich männliche Personen vor Ort sind. Wenngleich Frauen wie die

österreichische Aktivistin Alina Wychera, die von Anfang an Teil der Gruppierung ist, oder Melanie Schmitz wichtige Aufgaben bei den Identitären erfüllen und ein mediales Echo hervorrufen, sind sie jedoch nicht in bestimmte Leitungspositionen eingebunden (vgl. Glösl 2017). Auch die Gründung einer vor allem bei Facebook aktiven Frauengruppe, die «Identitären Mädels und Frauen», diente in ihren Anfängen dazu, weibliche Aktivistinnen sichtbar zu machen und dem Vorurteil der männlich dominierten Gruppierung entgegenzuwirken. Zudem soll durch die Präsentation der «sanften weiblichen» Seite die Gewalt, die von Identitären ausgeht, vertuscht werden (vgl. ebd.; auch Identitäre Mädels und Frauen 2018). Erst seit Mitte 2016 tauchen vermehrt (kritische) Posts zu frauenpolitischen und/oder feministischen Themen auf, zuvor wurden vor allem allgemeine identitäre Positionen oder Posts geteilt. Im April 2017 starteten die «Identitären Mädels und Frauen» beispielsweise eine Reihe «Hilfe zur Selbsthilfe», in der sie praxisnahe Tipps für die schnelle Selbstverteidigung bei Übergriffen anboten (vgl. Identitäre Mädels und Frauen 2018). Dieser Rückgriff auf Instrumente, die ursprünglich in feministischen Bewegungen zu verorten sind, löst zwischen dem sonstigen Tenor des Feminismus-Bashing Irritationen aus. Doch was zunächst noch zurückhaltender formuliert wurde, wird seit Ende 2017/Anfang 2018 offensiv geäußert. Die Adaption solcher, aus einer feministischen Praxis bekannten Werkzeuge wird genauso wie die bisher eher linken Strategien von Störaktionen oder Flashmobs (vgl. Bruns u. a. 2014 u. 2015) für die Verbreitung der eigenen rassistischen Meinung genutzt. So seien die (männlichen) Angreifer, vor denen Frauen sich wehrhaft zeigen müssten, nicht Männer im Allgemeinen, sondern «Migranten und Flüchtlinge». Erst die «importierte» Gewalt mache den Widerstand «deutscher/europäischer» Frauen – wie in der Kampagne #120db – notwendig. In dieser «Ethnisierung von Sexismus» (Jäger 1996) findet aufseiten der Aktivistinnen eine Versöhnung der teils konträren Vorstellungen von Weiblichkeit und ihren Positionen zu Feminismus statt.

Die Basis, aus der sich die Varianz entfaltet

Für identitäre Frauen lässt sich nur vereinzelt ein direkter Einfluss feministischer Forderungen auf die eigene Argumentation nachweisen, vielmehr findet eine Anpassung an den Mainstream statt. Dieser ist geprägt von Errungenschaften aus früheren Kämpfen feministischer Bewegungen. Gesellschaftliche Veränderungen wurden angestoßen, die sich auch in der persönlichen Sozialisation der rechten Aktivistinnen niederschlagen. Diese gesellschaftliche Entwicklung und damit den derzeitigen Status quo müssen die Identitären zumindest strategisch anerkennen und in ihrer Ideologie verarbeiten. Die Einbeziehung eines stattgefundenen gesellschaftlichen Wandels in die politische Strategie der «Neuen Rechten» zeigt sich in Form modernisierter Terminologien und Begriffe. Immer wieder wird von Aktivist*innen (vor allem) auf die vielfältig lebenden Frauenbilder hingewiesen. Bei den Identitären finde sich «ein Querschnitt der Bevölkerung», so eine Aktivistin aus Bayern (Identitäre Mädels und

Frauen 2018; auch Schmitz 2018a; Karig 2017). Die Aussagen sollen suggerieren, «bei uns ist für alle etwas dabei». So hält sich die Gruppierung für ein breites Publikum attraktiv und die identitären Ideen und Gedanken können in den kulturellen Mainstream eindringen.

Sicherlich ist es zu kurz gegriffen, die Vielfalt der Positionen in Bezug auf Weiblichkeit nur mit strategischen Gründen erklären zu wollen. Die eigene Sozialisation der Aktivistinnen, die mit erkämpften Freiheiten und Möglichkeiten aufgewachsen sind, lässt sie vor einem allzu konservativen Frauenbild zurückschrecken (vgl. auch Heß 2015). Selbst die antifeministische und gegen Frauen in der Politik argumentierende Annika Stahn will sich das Wahlrecht nicht mehr nehmen lassen. Und Sellner formuliert Zugeständnisse an soziale Einflüsse, die zu einem Wandel von Geschlechterrollen beitragen und akzeptabel sind, doch darf dabei eine weibliche/männliche «Essenz» nicht infrage gestellt werden (vgl. Goetz 2017: 258). Das Rekurren auf «eine ohne weitere Argumente auskommende, imaginierte Wesens- bzw. Naturhaftigkeit der Geschlechter» (ebd.) zeigt sich als wesentliches Moment der Herstellung einer klaren und abgrenzbaren Identität (vgl. ebd.: 254). Genau diese von zahlreichen Autor*innen der «Neuen Rechten» und vor allem bei den Identitären hochgehaltene «natürliche» und identitätsbestimmende «Essenz» von Weiblichkeit und Männlichkeit macht es gleichzeitig möglich, eine Vielfalt der gesellschaftlich anerkannten Frauenbilder und Vorstellungen von «Frau sein» auch innerhalb der Identitären zu dulden. Gender-Mainstreaming und Konzepte rund um den Begriff Gender seien ein Angriff auf das in der unveränderlichen Natur begründete Geschlechterverständnis der Identitären. Hierbei würden essenzielle Grundlagen der eigenen weiblichen oder männlichen Identität mit den dazugehörigen Eigenschaften kritisiert und veruneindeutigt.

Im Umkehrschluss ergibt sich ein Bild der identitären Frauen, die verschiedene Weiblichkeitsvorstellungen leben können, wenn nur als grundlegendes Moment ihrer Identität eine klare, eindeutige und nicht veränderbare Weiblichkeit steht. Passend dazu teilen die identitären Frauen wie auch ihre theoretischen Impulsgeberinnen Ellen Kositzka und die antifeministische Journalistin Birgit Kelle – bekannt geworden durch das Buch «Dann mach doch die Bluse zu!» – den Glauben an spezifisch weibliche Eigenschaften (vgl. Kositzka 2018; auch Kelle 2013). Dazu gehören allen voran die zugeschriebene höhere Emotionalität von Frauen und deren Hang zur «Irrationalität». Auch die tragende Rolle der Frau als Mutter spiegelt sich in den Aussagen der Aktivistinnen wider. Unterschiedlich dabei ist jedoch die beigemessene Wertigkeit: Während die meisten einen eigenen Kinderwunsch äußern, sind es vor allem die antifeministisch agierenden Frauen und Fans des von Roger Devlin verfassten antifeministischen Werks «Sex – Macht – Utopie» auf dem Blog «radikal feminin», die sich in Dauerschleife mit dem Thema auseinandersetzen. In Birgit-Kelle-Manier argumentieren sie gegen den Feminismus, der Frauen kinderlos mache und einen Lebensentwurf von Frauen sozial sanktioniere, die sich auf ihr Dasein als Mutter beschränkten.

An Ellen Kositzka anschließend bemühen sie dabei die These einer «unsichtbaren Macht» von Frauen. Kositzka (2008: 10 f.) philosophiert in «Gender ohne Ende» über ein Kommunikationsvermögen von Frauen, das nicht nur schon immer eine spezifische Funktion unter Frauen habe und zur Manipulation befähige, sondern auch in einem Medienzeitalter wie dem gegenwärtigen von zunehmender Bedeutung sei. Mehrheitlich liege Macht in den Händen von Männern, doch «der kulturelle Unterbau» (ebd.: 11) werde von Frauen bestimmt. Deutlicher formuliert es «radikal feminin»-Aktivistin Annika Stahn in einem Interview mit dem rechten Jugendmagazin *Arcadi* (Noe/Stahn 2018: 10): «Frauen lenken die Weltgeschicke, auch wenn sie dabei nicht im Rampenlicht stehen. Ob es Mätressen waren, die Herrscher beeinflussten, Ehefrauen, die ihren Männern Dinge eingeflüstert haben, ob es Töchter waren, die ihre Väter um etwas gebeten haben, oder Mütter, die ihre Kinder zu selbstbewussten Menschen erzogen.»

Auch Co-Autorin Marja argumentiert auf «radikal feminin» mit der großen Macht, die Frauen durch ihre Gebärfähigkeit zukomme. Nicht in gleicher Intensität, aber dennoch mit einer deutlichen Überhöhung von Mutterschaft meldet sich die Facebook-Gruppe der «Identitären Mädels und Frauen» zu Wort. Melanie Schmitz fällt hier aus dem Raster: Liebes- und Dankesbekundungen gehen bei ihr deutlich häufiger an ihren Vater, zu dem ein sehr inniges und vertrautes Verhältnis zu bestehen scheint. Auch hier stellt sich die Frage, inwiefern ein Wandel von Erziehungsmodellen, in denen Väter sehr viel stärker eingebunden sind als früher, in die Reformen der Identitären aufgenommen wurden oder werden – natürlich ohne dabei die männlich starke und kämpferische Identität zu verlieren. Der Ruf nach «echten» Männern, die keine «Waschlappen» (ebd.: 11) sein sollen, zieht sich – ähnlich wie Kositzkas Warnung vor einem «Mischwesen» – durch die Aussagen der identitären Aktivistinnen. Bei «radikal feminin» schlichtweg vorausgesetzt, unterfüttert Schmitz das Bild des heterosexuellen Paares mit Fotos von sich und ihren jeweiligen Partnern oder auch Hashtags wie #nohomo, wenn sie mit einer Freundin zu sehen ist (bspw. Schmitz 2018a).

Ein weiteres gemeinsames Anliegen der Aktivistinnen ist das Bedürfnis, als stark und selbstbestimmt wahrgenommen zu werden, bei gleichzeitiger Bewahrung ihrer Weiblichkeit. Tipps zur Selbstverteidigung, mit Fackeln in der ersten Reihe einer Demonstration oder paradoxerweise streitend für die eigene Diskriminierung: Die identitären Frauen zeigen eine «feminine Wehrhaftigkeit» und positionieren sich so gegen ihr Feindbild Feminismus, das Frauen zu Opfern gemacht habe. Auf ihrem Instagram-Profil gibt sich Schmitz provokativ bis aggressiv und entgegnet den Angriffen auf ihre Person mit Humor und Schlagfertigkeit. Die Betonung ihres Kampfgeistes konterkariert sie mit zahlreichen Fotos, in denen sie verführerisch in die Kamera schaut, leicht bekleidet posiert oder sich lasziv auf ihrem Bett räkelt. Die Verbindung von identitätsstiftender Weiblichkeit und Wehrhaftigkeit könnte nicht deutlicher zur Schau gestellt werden. Es scheint fast so, als müssten die eher männlich assoziierten Attribute – laut, aggressiv und kämpferisch – mit der sexualisierten Darstellung ih-

rer Weiblichkeit und «typisch weiblichen» Eigenschaften wie die Liebe zum Backen, Kochen oder anderen häuslich-kreativen Aufgaben ausgeglichen werden. Auch Paula Winterfeldt, Aktivistin bei #120db und den Identitären Berlin-Brandenburg, präsentiert sich in ihrem Instagram-Profil auf ähnliche, wenn auch dezentere Art und Weise.

Hinsichtlich des Geschlechterverständnisses ist das Denken identitärer Aktivistinnen zusammengefasst charakterisiert durch (1) einen Rückbezug auf «natürliche», spezifisch weibliche Eigenschaften, (2) die Bedeutung von Mutterschaft und die damit einhergehenden Vorstellungen eines heteronormativen und monogamen Liebesideals und (3) einen ständig sichtbaren Bezug auf eine naturhafte Weiblichkeit und deren Verbindung zu selbstbewusstem Widerstand: einer «wehrhaften Femininität».

Ein bunter Strauß «natürlicher» Weiblichkeiten

Der Rückbezug auf eine feststehende «Essenz des Weiblichen» kann auf gesellschaftlicher Ebene verschiedene Formen und Ausdrucksweisen annehmen und ist gleichzeitig eine Art Basis, von der es möglich ist, verschiedene Wege einzuschlagen. Bestimmende Themen der Aktivistinnen selbst sind Mutterschaft, sexualisierte Gewalt und Feminismus, die Differenzen liegen in der unterschiedlichen Akzentuierung und Frequenz dieser Inhalte. Bitzan (2014) stellt drei Typen von Frauen in der extremen Rechten fest: (1) die Mutter und Gebärerin «rassereinen» Nachwuchses, (2) eine modernisierte Form, bei der Frauen neben ihrem Mutterdasein auch politisch aktiv sein können/dürfen, und ein dritter Typ (3), bei dem Frauen auch Kritik an sexistischen Strukturen sowohl in der Gesellschaft als auch innerhalb der eigenen Szene äußern. Die Analyse von Bitzan bezog sich dabei auf eine breite Basis an Aussagen von Aktivistinnen der unterschiedlichen Spektren und Strömungen innerhalb der extremen Rechten. Interessant ist an dieser Stelle, dass sich in Varianzen und modernisierten Formen ähnliche Frauenbilder innerhalb ein und derselben Gruppierung wiederfinden.

Parallel zu den Typen, die Bitzan bereits vor einigen Jahren benannt hat, lassen sich drei Figuren innerhalb des Spektrums identitärer Aktivistinnen erkennen: (1) die anständigen Mädchen, (2) die angepassten Unterstützerinnen und (3) die selbstbewussten Rebellinnen. Es sind daher nicht grundlegend neue Vorstellungen von Frauenrollen oder ihrer Position innerhalb der jeweiligen rechten Gruppierung, die die Identitären auszeichnen. Vielmehr ist es die Präsenz der ungleichen Frauenrollen innerhalb *einer* Organisation und die signalisierte Akzeptanz dieser Diversität nach außen. Die Einbeziehung moderner Bilder von Familie, etwa der berufstätigen Frau, die Anerkennung eines gewissen Selbstbewusstseins oder auch körperliche Schönheitsideale – viele der identitären Aktivistinnen tragen beispielsweise Tattoos zur Schau – werden durchaus kritisch im «rechten Lager» gesehen, wie ein Post auf Melanie Schmitz' Instagram-Profil zeigt. So schreibt sie: «Ihr findet meine Haare scheiße? Schade. Ihr findet meine Piercings scheiße? Schade. Und meine Tattoos erst? Jo. Scha-

de. Vielleicht fangt ihr mal lieber an, mich nach meinen politischen Handlungen zu bewerten, anstatt nach meinem Aussehen.» (Schmitz 2018a) Der Text ging unzweifelhaft an Personen aus dem «eigenen Lager», die Schmitz offenbar von links beeinflusst wahrnehmen und mit ihrem progressiven Weiblichkeitsideal wenig anfangen können. In ihrem weiteren Post rührt sie die Werbetrommel für die breite Palette an weiblichen Erscheinungsbildern: von Frauen mit «blonden Flechtzöpfen» und anderen wie sie, «die mit einer kurzhaarigen Mutter und Großmutter groß geworden ist und wohl ein etwas anders geprägtes Schönheitsideal hat» (ebd.). Ihre Wut über die an sie gerichteten Kommentare drückt sie abschließend so aus: «Auch das rechte Lager hat stellenweise echt Nachholbedarf. Es ist 2018, Leute, holt den Stock aus dem Arsch.» (Ebd.) Schmitz macht klar, dass sie eine andere Sozialisation durchlaufen hat und ihre Vorstellung von «Frau sein» auch nicht in der «Bewegung» verändern will. Hier zeigt sich einerseits ihre von feministischen Errungenschaften beeinflusste gesellschaftliche Prägung, ihr Unwille zurückzustecken, und gleichzeitig eine strategische Anpreisung der verschiedenen Weiblichkeitsvorstellungen.

Frauenrechtlerische Positionen vs. Antifeminismus

Melanie Schmitz schießt auch beim Thema Feminismus gegen ihre eigenen Leute. In der eingangs zitierten Aussage benennt sie bereits Antifeminismus als eine durchaus stark vertretene Position bei den Identitären. Sowohl männliche Aktivisten als auch Frauen stützen diese Position, die sich durch relativ klassische und bereits bekannte Äußerungen zu Fähigkeiten von Frauen, ihrer Rolle als Mutter, zur Parteinahme von Männern und einer umfassenden Verteufelung von Feminismus sowie der Ablehnung von allem rund um den Begriff Gender ausdrückt (vgl. bspw. Kelle 2013; weiterführend Lang/Peters 2015 u. 2018). In Anlehnung an die häufige Zählweise von feministischen Bewegungen in «Wellen», in der beispielsweise eine erste Welle des Feminismus ab der Französischen Revolution bis 1920/1930/1933 gesehen wird (vgl. Holland-Cunz 2018: 6, ausführlich von Barges 2018), kritisieren die identitären Aktivistinnen heutige feministische Bestrebungen – so divers diese auch aufgestellt sind – als Einheitskonstrukt und bezeichnen sie als «Dritte-Welle-Feminismus».

Goetz (2017: 268) beschreibt zudem einen «völkischen Feminismus», in dem die Mutterrolle von zentraler Bedeutung ist und auf die «natürlichen» Eigenschaften von Frauen Bezug genommen wird. Diese Denkweise ist bei den sich selbst als antifeministisch bezeichnenden Aktivistinnen wiederzufinden. Sie benennen ihn jedoch nicht als eigenständige Form des Feminismus, sondern implementieren die Argumentation in ihre antifeministische Grundhaltung. Ergänzend und anschließend an einen dritten Typ, den Goetz (2017: 269) als «eine Umdeutung von Antifeminismus zum wahren Feminismus» bezeichnet, möchte ich hier noch die vermeintlich frauenrechtlerische Position einzelner identitärer Aktivistinnen betrachten. Melanie Schmitz und Ellen Kositzka beispielsweise beziehen sich positiv auf Frauenrechtlerinnen vergange-

ner Zeiten, etwa Olympe de Gouges⁷ und weitere Vertreterinnen des «Erste-Welle-Feminismus». Im Gegensatz zu diesen frühen Streiterinnen für eine rechtliche und politische Gleichstellung von Frauen sehen sich die «frauenrechtlerischen» identitären Aktivistinnen in einer passiven Rolle. Da die rechtliche Gleichstellung zwischen Männern und Frauen bereits vollständig erreicht sei, so die Aktivistinnen, sei es heutzutage nicht mehr notwendig, für frauenrechtlerische Positionen zu kämpfen (es sei denn, sie würden von einem vermeintlich rückständigen Islam bedroht). Sie beziehen sich demnach auf ein in der Vergangenheit liegendes und nur dort sinnvolles Konzept. Diese strategische Argumentation macht es ihnen möglich, die Triumphe von Frauenrechtlerinnen für sich zu vereinnahmen, ohne selbst je wirklich für diese eingetreten zu sein. Neben der eher symbolischen Selbstnennung zur Kämpferin für Frauenrechte äußert sich vor allem Melanie Schmitz differenzierter zu ihrer Position, macht Teilzugeständnisse an feministische Bestrebungen und nimmt feministische Anstöße in ihre Selbstdarstellung auf.

Identitäre Aktivist*innen distanzieren sich jedoch gleichzeitig von «dem» gegenwärtigen Feminismus und behaupten, der «gute Feminismus» sei in «den 68ern» untergegangen. Feministische Theoretikerinnen wie Simone de Beauvoir und Judith Butler haben die von den Identitären propagierte «natürlich» erworbenen geschlechtlichen Unterschiede infrage gestellt und sind den rechten Aktivistinnen deshalb ein Dorn im Auge. Diese Unterscheidung von «gutem», heißt: biologische Geschlechterunterschiede anerkennenden, und «bösem» Feminismus, der genau diese Naturhaftigkeit hinterfragt, erlaubt rechten Akteurinnen wie Kositzka (2017) und Schmitz (2018a u. 2018b), sich teilweise positiv auf differenzfeministische Strömungen zu beziehen. Die beiden Frauen finden zudem immer wieder positive Worte für einzelne Projekte und Praxen eines «modernen Feminismus», solange diese auf das Subjekt Frau abzielen und eine klare geschlechtliche Ansprache stattfindet.

Ob sie sich nun als Antifeministin oder Frauenrechtlerin bezeichnen, einig sind sich die identitären Aktivistinnen darin, dass es eine neue, zuvor so nicht dagewesene Gefahr von (sexualisierter) Gewalt gebe, die von männlichen (muslimischen) Migranten und Geflüchteten ausgehe. Dabei stellen sich die Identitären als Beschützer*innen von Frauenrechten dar, die gegen frauenverachtendes Verhalten muslimischer Männer verteidigt werden müsse (vgl. auch Mayer u. a. 2018: 54). In diesem Bild gewinnt die Wehrhaftigkeit von weiblichen Aktivistinnen an Legitimation, zeitgleich wird die Rückbesinnung deutscher Männer auf eine «soldatische Männlichkeit» (Debus/Laumann 2014: 21) gefordert. Männer sollen, so die Aktivistinnen, die Fesseln des Feminismus, der sie zu «Waschlappen» gemacht habe, abschütteln und wieder Stärke zeigen. Nur so könnten sie «ihre» Frauen vor der Bedrohung von vermeintlich «rückständigen muslimischen Männern» bewahren. Das Neue an dieser Form der Gewalt

7 Olympe de Gouges (1748–1793) war eine Frauenrechtlerin, Schriftstellerin und Autorin. Sie verfasste im Jahr 1791 die Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin.

zu betonen ermöglicht es den Identitären, weiße Männer von einem Tätervorwurf freizusprechen. Zwar erwähnt Schmitz (2018b) auf ihrem Blog, sexualisierte Gewalt von einem «deutschen Mann» erfahren zu haben, und betont ebenso wie ihre #120db-Kolleginnen, sexualisierte und häusliche Gewalt von weißen Männern nicht negieren zu wollen. Es handle sich jedoch bei der neuen «muslimischen» Gefahr um eine ganz spezifische Form der Gewalt, die sich im öffentlichen Raum abspiele und die es zu bekämpfen gelte. Gegen sexualisierte Gewalt im familiären und freundschaftlichen Nahbereich (dies ist die mit Abstand am häufigsten vorkommende) kann nach dieser Vorstellung nichts getan werden, da der Staat ja keinen Zugang zum Privaten habe (Sellner/Ariane 2018). So erkennen sie Erfolge von feministischen Kämpfen um die Sichtbarkeit von Gewalt gegen Frauen zwar an, versuchen sie jedoch gleichzeitig auszuhebeln, indem sie ihr eine neue Form der Gewalt von Migranten und Geflüchteten gegenüberstellen. Diese wird als «schlimmer» propagiert, ihr sei allein mit «Remigration» und geschlossenen Grenzen zu begegnen.

Was ist nun also neu?

Die Sichtbarkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe und Weiblichkeitsvorstellungen sind in der Forschung zu extrem rechten Frauen keine neue Entdeckung. Die Akzeptanz, das aktive Werben mit der Vielfalt und das strategische Nutzbarmachen dieser verschiedenen Frauenbilder jedoch schon. Die Basis – der Rückbezug auf eine weibliche bzw. männliche identitätsstiftende Essenz – und die daraus abgeleiteten Rollenbilder von Frauen und Männern sind Leitgedanken im Selbstbild identitärer Frauen. Die Unterschiede liegen im Detail und in der Art, wie die Frauen dieses Grundprinzip für sich auslegen. Neue Elemente sind daher nicht in einer grundsätzlichen Erneuerung des Verständnisses von Geschlechterverhältnissen in der extremen Rechten, sondern vielmehr in einer strategischen Aufbereitung und Modernisierung klassisch rechter Vorstellungen zu sehen. Die Akzeptanz vielfältiger Weiblichkeitsbilder innerhalb der Identitären und die teilweise bewusste Zurschaustellung ganz bestimmter Weiblichkeitsbilder in der Öffentlichkeit sind Modernisierungsstrategien, wie sie von Goetz (2017) oder Bruns u. a. (2014) für die Identitären oder von Elverich (2005) für die «Neue Rechte» herausgearbeitet wurden. Ein allzu positiver Bezug auf den Nationalsozialismus, so die Diagnose «neurechter» Theoretiker*innen, sei nicht zeitgemäß und wenig ansprechend. Analog dazu sind rückwärtsgewandte Vorstellungen von Geschlechterrollen und die allzu deutliche Ablehnung feministischer bzw. frauenrechtlerischer Errungenschaften für viele junge Frauen in der Szene nicht attraktiv (vgl. auch Goetz 2017: 258). Deren Forderung hat Carina Book (2017: 113) in ihrem Beitrag im Sammelband «Untergangster des Abendlandes» auf den Punkt gebracht: «Anschlussfähig sollte die Rechte der Zukunft sein, um eine Rechte mit Zukunft zu werden.»

Die Identitären zeichnen sich auf verschiedenen Ebenen durch eine Aktualisierung von Strategien und Handlungsweisen aus, die jedoch im Kern immer noch dieselben

alten Ideologien der klassischen Rechten beinhalten. Wie in anderem Zusammenhang linke Protest- und Aktionsformen für die Verbreitung der eigenen rassistischen Inhalte adaptiert werden, so gibt es auch einen Rückgriff auf frühere feministische Praxen und Argumentationsweisen in geschlechterpolitischen Bereichen. Das Ziel einer «Kulturrevolution von rechts» (vgl. Bruns u. a. 2014: 30) macht es aus Sicht der identitären Protagonist*innen nötig, verschiedene Lebensrealitäten und -entwürfe wahrzunehmen und sich diese zu eigen zu machen. In einem Post auf der Facebook-Seite der «Identitären Mädels und Frauen», in dem Philip Vardon, der Chefideologe des Bloc Identitaire (BI) in Frankreich zitiert wird, zeigt sich diese Vorgehensweise besonders deutlich. Die Identitären müssten sich in vielfältige Lebensentwürfe begeben, um ihre Kultur zu verbreiten. Ob nun als «freier Filmmemacher, als freier Sänger und meinestwegen als freier Tätowierer oder als freier Mode-Designer» (Identitäre Mädels und Frauen 2018). Ersetzt man genannte Berufe durch Vorstellungen von Weiblichkeiten, so wird es möglich, als «anständiges Mädchen», «selbstbewusste Rebellin» und «angepasste Unterstützerin» Teil der Identitären zu sein und einen Beitrag zu deren Hegemoniestreben zu leisten.

Literatur und Quellen

- Bitzan, Renate (1997): Themen und Positionen rechter Zeitschriftenautorinnen, in: Bitzan, Renate (Hrsg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin, S. 12–17.
- Bitzan, Renate (2000): Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen.
- Bitzan, Renate (2014): Kann es einen «Feminismus von rechts» geben? Renate Bitzan im Interview mit Toralf Staud, 29.1.2014 unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/174172/kann-es-einen-feminismus-von-rechts-geben.
- Book, Carina (2017): Mit Metapolitik zur «Konservativen Revolution»? Über Umfeld und Strategie der «Identitären Bewegung» in Deutschland, in: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen «Identitären», Hamburg, S. 113–131.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2018): Der «Volkstod». Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, in: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg, S. 63–90.
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2014): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Münster.
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2015): Die Identitären. Eine Bestandsaufnahme, in: Forum Wissenschaft 2/2015, unter: www2.bdwi.de/uploads/doku_faschismustheorie_brunsgloeselstrobl_die_identitaeren.pdf.
- Camus, Renaud (2016): Revolte gegen den großen Austausch, zusammengestellt und übers. von Martin Lichtmesz, Schnellroda.

- Dassen, Marc/Identitäre Aktivistinnen (2017): Jung, wild, patriotisch. Marc Dassen im Gespräch mit Mädels der Identitären Bewegung (IB), in: Compact 2/2017, S. 14–16.
- Debus, Katharina/Laumann, Vivien (2014): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht, Arbeitspapier 302 der Hans-Böckler-Stiftung, unter: www.boeckler.de/pdf/p_arbp_302.pdf.
- Elverich, Gaby (2005): Zwischen Modernisierung und Retraditionalisierung. Extrem rechte Geschlechterpolitik am Beispiel des französischen Front National, in: Antifaschistisches Frauennetzwerk/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.): Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten, Münster, S. 109–123.
- Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska (2016): Vorwort, in: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus und «Nationalsozialistischer Untergrund». Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden, S. 9–21.
- Glösl, Kathrin (2017): Funktionen und Handlungsräume von Frauen in der «Identitären Bewegung». Transkript einer Diskussionsveranstaltung, unter: <https://biwaz.wordpress.com/2017/09/21/funktionen-und-handlungsräume-von-frauen-in-der-identitären-bewegung/>.
- Goetz, Judith (2017): «Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt ...». Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der «Identitären», in: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen «Identitären», Hamburg, S. 253–284.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld.
- Heß, Cordelia (2015): Rechte Frontkämpferinnen. Petry, Le Pen und weitere Hardlinerinnen: Die rechtspopulistischen Parteien Europas werden erstaunlich oft von Frauen geführt. Das hat Gründe – und ist trotzdem paradox, Zeit Online, 28.9.2015, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2015-09/frauen-dominieren-spitze-rechtspopulistische-parteien.
- Holland-Cunz, Barbara (2018): Was ihr zusteht. Kurze Geschichte des Feminismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 86, 17/2018, S. 4–11.
- Identitäre Berlin-Brandenburg (2016): Das Leuchtfeuer 8 – Identitäre Frauen, youtube.com, 7.8.2016, unter: www.youtube.com/watch?v=RuH5j7e7Jl0 (Stand: 11.4.2018).
- Identitäre Mädels und Frauen (2018): Facebook-Seite der Identitären Mädels und Frauen, war online verfügbar unter: www.facebook.com/pg/ibfrauen/posts/?ref=page_internal (Stand: 12.4.2018).
- Jäger, Margret (1996): Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, Duisburg.

- Karig, Friedemann (2016): Die «Identitäre Bewegung» hetzt im Hipstergewand. Ihre Frauen mischen Propaganda in hübsche Instagram-Feeds, jetzt.de, 23.10.2016, unter: www.jetzt.de/mischen/die-identitaere-bewegung-hetzt-im-hipstergewand.
- Kelle, Birgit (2013): Dann mach doch die Bluse zu! Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn, Asslar.
- Kositza, Ellen (2008): Gender ohne Ende oder: Was vom Manne übrigblieb, Schnellroda.
- Kositza, Ellen (2017): Das war's. Diesmal mit Kindern, Küche, Kritik, Schnellroda.
- Kositza, Ellen (2018): Ellen Kositza empfiehlt Literatur – «Frauen bleiben, Männer werden». Ein Werbevideo zum Buch von Camille Paglia, das im Antaios Verlag herausgegeben wird, unter: www.youtube.com/watch?v=-Clxh2CKPQc.
- Köttig, Michaela (2006): Zur Entwicklung rechtsextremer Handlungs- und Orientierungsmuster von Mädchen und jungen Frauen, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Bonn, S. 257–274.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2015): Antifeministische Geschlechter- und Familienpolitiken von Rechts, in: MBT Hamburg (Hrsg.): *Monitoring No. 4*, unter: <https://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D281485360.pdf>.
- Lang Juliane/Peters, Ulrich (2018): Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens, in: dies. (Hrsg.): *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hamburg, S. 13–35.
- Mayer, Stefanie/Ajanovic, Edma/Sauer, Birgit (2018): Kampfbegriff «Gender-Ideologie». Zur Anatomie eines diskursiven Knotens. Das Beispiel Österreich, in: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hamburg, S. 37–59.
- Mayrl, Manuel (2017): Männlichkeitskonstruktionen der Identitären Bewegung Österreich, in: *Journal für Psychologie* 2/2017, S. 179–204, unter: www.journal-fuerpsychologie.de/index.php/jfp/article/viewFile/446/489.
- Noe, Yannick/Stahn, Annika (2018): radikal feminin. Interview mit Franziska von radikal feminin, in: *Arcadi – das neue Kultur- und Lifestyle-Magazin* 1/2018, S. 8–11.
- Pfahler, Lennart/Rinderspacher, Anna (2017): Die Postergirls der Neuen Nazis: Warum Frauen für die rechte Identitäre Bewegung immer wichtiger werden, Huffingtonpost, 16.11.2017, unter: www.huffingtonpost.de/2017/11/16/identitaere-bewegung-frauen_n_18564044.html.
- radikal feminin (2018): Homepage des antifeministischen Blogs radikal feminin, unter: <https://radikalfeminin.wordpress.com/> (Stand: 11.4.2018).
- Radvan, Heike (2013): Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention. Eine Leerstelle in Theorie und Praxis?, in: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): *Gender und Rechtsextremismusprävention. Eine Publikation des Projektes «Lola für Lulu – Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust»*, Berlin, S. 9–36.

- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2011): Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin.
- Schmitz, Melanie (2018a): Instagram-Profil unter dem Nickname «Rebellionie», war online verfügbar unter: www.instagram.com/rebellionie/?hl=de (Stand: 11.4.2018).
- Schmitz, Melanie (2018b): Melanie regt sich auf. Blogseite von Melanie Schmitz, unter: <http://melanieregtsichauf.blogspot.de/> (Stand: 5.7.2018).
- Sellner, Martin/Ariane (2018): GEZ für Tagesschau verleumdet #120db – Ariane reagiert, YouTube, 4.2.2018, unter: www.youtube.com/watch?v=mGpsxUI_KK4 (Stand: 1.7.2018).
- Sellner, Martin/Manescu, Aline (2017): Im Gespräch mit Aline – Aktivismus, Frauen und Europa, YouTube, 16.4.2017, unter: www.youtube.com/watch?v=StRjSxP4kNI (Stand: 11.4.2018).
- Sellner, Martin/Stahn, Annika (2017): Vlog «Radikalfeminin – Frauen gegen Genderwahn». Martin Sellner im Gespräch mit der IB-Aktivistin und Bloggerin von radikal feminin Franziska, YouTube, 10.9.2017, unter: www.youtube.com/watch?v=T5eXlysYF7I (Stand: 11.4.2018).
- Thorwarth, Katja (2017): Rechtsextreme Grinsekatten. Junge Frauen der «Identitären Bewegung» inszenieren sich im Internet als wehrhafte Patriotinnen, die dem Feminismus abschwören, in: Frankfurter Rundschau, 7.3.2017, unter: www.fr.de/politik/gender/feminismus/identitaere-bewegung-rechtsextreme-grinsekatten-a-1111035.
- Tübingen Rechtsaußen (2017): Tübinger Identitäre umtrieb, 20.10.2017, unter: <https://tuebingenrechtsaussen.wordpress.com/2017/10/20/tuebingen-identitaere-umtrieb/>.
- Tübingen Rechtsaußen (2018): Annika Stahn als Covergirl für extrem rechtes Lifestylemagazin, 4.3.2018, unter: <https://tuebingenrechtsaussen.wordpress.com/2018/03/>.
- Von Barga, Henning (2018): Von Welle zu Welle. Schlaglichter auf die Geschichte des Feminismus: Was hat sich in Deutschland verändert seit Beginn der ersten Frauenbewegung?, in: böll thema 2/2018, unter: www.boell.de/de/2018/07/03/von-welle-zu-welle.
- Würger, Takis (2017): Die unheimliche Frau Schmitz, in: Der Spiegel 22/2017, S. 62–66.

J. Cash Hauke

RECHTE IDENTITÄTSPOLITIK UND «DER OSTEN»

EINE ANALYSE AUS INTERSEKTIONALER PERSPEKTIVE

Im Folgenden werde ich der Frage nachgehen, wie sich eine rechte identitätspolitische Strategie entwickelt, die sich die Debatten über sexualisierte Gewalt und die Abwertungserfahrungen von Ostdeutschen gleichermaßen von rechts aneignet und sie benutzt. Dafür zeichne ich nach, wie sich der Fokus der von den Ereignissen in Köln und Kandel ausgelösten Debatten um sexualisierte Gewalt mit den Vorfällen in Chemnitz und Köthen nach Ostdeutschland verschoben hat und wie diese Debatten dort in spezifischer Form weiterwirken. In der Medienberichterstattung über die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 in Köln wurde durch die wiederholte ethnisierte Darstellung ausgewählter Straftaten das Bild des gewalttätigen männlichen jungen Geflüchteten gezeichnet. Dieser medialen Kriminalisierung folgte eine Reihe von Verschärfungen des Aufenthaltsrechts.

Rechte Internetseiten und die völkisch-nationalistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) wirken verstärkend in diesem rassistischen Diskurs, indem sie ausschließlich Beziehungstaten von männlichen Geflüchteten an «deutschen Frauen» oder ihren «Beschützern» skandalisieren und diese für bundesweite Mobilisierungen instrumentalisieren. Rechte Frauenmärsche und «Trauermärsche» benutzen dabei femonationalistische Ansätze, um bürgerliche und radikale rechte Positionen zusammenzuführen. Der Osten bildet in der AfD-Strategie die Bühne für den Aufstand für ein «deutscheres Deutschland» und soll als Vorreiter einer weißen Vorherrschaft «die Wende vollenden». Über das Engagement in lokalen Feuerwehren, Vereinen und Bürgerbündnissen wird versucht, eine rechte Hegemonie im Osten durchzusetzen. Die Rechten treffen dabei auf einen fruchtbaren Boden von unaufgearbeitetem Rassismus sowie ungehörten intersektionalen Geschichten politischer Kämpfe über Ein- und Ausgrenzungserfahrungen in der DDR- und Transformationszeit.

Medien und Politik suchen nach den Ereignissen in Chemnitz im Sommer 2018 die Ursachen von rechter Gewalt erneut vor allem im Osten. Rassismus und rech-

te Gewalt erscheinen als ein überwiegend ostdeutsches Problem. Damit kann sich Westdeutschland aus der Verantwortung ziehen, eine Mitschuld am erstarkten Rassismus zu tragen, und in Ostdeutschland kann jegliche Rassismuskritik als überhebliche westdeutsche Zuschreibung abgewehrt werden. Auffällig ist in den Debatten vor allem eine homogenisierte Darstellung ostdeutscher Dominanzperspektiven. Es fehlt an einem differenzierten Blick auf die Verschiedenheit der Erfahrungen und Positionierungen in Ostdeutschland und an entsprechenden Gegenerzählungen. Mit intersektionalen Analysen und Bündnispolitiken kann eine Geschichte der Solidarisierung entstehen. Dafür ist es wichtig, diese Ansätze und die Kämpfe derjenigen mit emanzipativen marginalisierten Positionen in Ost und West als Ausgangspunkt für eine linke Praxis zu nehmen und um andere Geschichten erzählbar zu machen.

Von «Rapefugees» zur «Messermigration» – die Ethnisierung von (sexueller) Gewalt

Nach dem Sommer der «Willkommenskultur» verschob sich das mediale Bild «der Geflüchteten» von «Familien» auf «junge Männer». So titelte der *Spiegel* im September 2015: «Der durchschnittliche Flüchtling kommt aus Syrien, ist jünger als 30 – und ein Mann.» (Maxwell 2015) In der Folge wurde bei bestimmten Straftaten immer wieder die Herkunft der Verdächtigen hervorgehoben und mit spezifischen Männlichkeitsbildern in Verbindung gebracht. Es wird jungen muslimischen Männern von den Medien eine latente Gewaltaffinität unterstellt, die sich durch den Frust und die Langeweile in den Unterkünften einstelle und zu einer islamistischen Bedrohung werden könne (Jäger/Wamper 2017: 127 f.).

Dabei werden nicht die Aufenthaltsbedingungen, sondern die kulturelle und ethnische Zugehörigkeit als Gründe für Gewalttaten genannt (ebd.). Die diskursive Konstruktion junger muslimischer Männer als «Andere» wird zusätzlich durch politische, polizeiliche und integrationsfördernde Maßnahmen forciert. Berichte über die «Integrationsprobleme» junger männlicher Geflüchteter unterstützten diverse Gesetzesverschärfungen in Bezug auf Asyl, Aufenthalt und Familiennachzug (Asylpaket I und II). Sie werden zudem dafür benutzt, um rassistische Angriffe auf Geflüchtete zu legitimieren und «verständlich» zu machen sowie junge Geflüchtete zu sanktionieren. Eine größere Anzeigebereitschaft gegenüber geflüchteten jungen Männern (Rothenberg 2018) sowie verstärktes «Racial Profiling» im öffentlichen Raum lassen die Zahlen in den Kriminalitätsstatistiken ansteigen und lenken die Konzentration auf ein bestimmtes rassifizierendes Täterbild. Die Polizei arbeitet mit rassistischen Kategorien wie Nafris (= Nordafrikanische Intensivtäter), die Politik und Medien, aber vor allem rechte Akteur*innen aufgreifen, um die «kulturelle Andersartigkeit» und «Gefährlichkeit» von bestimmten Gruppen von Migranten zu betonen.

Die Berichterstattung über die Silvesternacht in Köln 2015/16 und die sich anschließenden Auseinandersetzungen erwiesen sich dabei als diskursiver Knotenpunkt, an dem rassistische Sicherheits- und integrationspolitische Diskurse mit klischeehaf-

ten Annahmen über muslimische Männlichkeit und bevölkerungspolitischen Diskursen zu Geschlecht und Sexualität zusammenwirken. In den Debatten um und nach Köln verstärkte sich eine Wir-gegen-die-Dichotomie, in der vermeintlich westliche Werte wie das Selbstbestimmungsrecht von Frauen gegen «die Fremden» verteidigt werden (Hark/Villa 2017: 36). Die Abgrenzung zu den «Anderen» und die Hervorhebung spezifischer «kultureller Werte» dienen dazu, sich der eigenen deutschen oder europäischen Identität zu vergewissern. Viele der Bilder des antimuslimischen Rassismus stehen in der Tradition des europäischen Kolonialismus (vgl. Attia 2009). Der Westen kann sich so durch Abgrenzung ein idealisiertes Selbstbild schaffen und so tun, als seien die eigenen Vorstellungen «schon immer dagewesene Norm» gewesen (ebd.). Über die Identifizierung von vermeintlichen Gewalttätern als «nordafrikanisch und arabisch aussehend» wird eine besondere Bedrohung heraufbeschworen (Keskinkılıç 2017: 69). Man stellt einen Zusammenhang zwischen den Tätern (bzw. ihren Taten) und ihrer kulturellen Zugehörigkeit her, die wiederum mit Sexismus und Gewalt assoziiert wird.

Einen besonderen Stellenwert nehmen in der Debatte Sexualität- und Gendernormen als Marker für «Kultur» ein. Mediale Darstellungen können dabei zurückgreifen auf Bilder des «feministischen Orientalismus» (vgl. Dietze 2014), wie ihn zum Beispiel die Frauenzeitschrift *Emma* oder die Aktivistinnen von FEMEN vertreten. Dieser thematisiert sexualisierte Gewalt und Sexismus über den Umweg von Rassismus und arbeitet mit der Vorstellung von einem «orientalischen Patriarchat» als der schlimmsten, ältesten oder eigentlichen Form männlicher Herrschaft (ebd.: 19). Der «Femonationalismus» (vgl. Farris 2017) baut auf den unreflektierten Vorstellungen eines bürgerlichen Feminismus auf, der mit essenzialisierten Vorstellungen von Geschlecht arbeitet und Rassismus, Klassismus und weitere gleichzeitig wirkende Herrschaftsverhältnisse ausblendet. Intersektionale feministische Ansätze kritisieren das und lehnen diese Sichtweise als herrschaftsstabilisierend ab (vgl. Umut u. a. 2007).

Rechte Bewegungen und insbesondere die AfD profitieren von dieser rassistischen Identitätspolitik. Teilen diskriminierter Gruppen wird über ein gemeinsames äußeres Feindbild (meist Muslime) und nationalistische Appelle so etwas wie «Zugehörigkeitsgefühl» und «Schutz» vermittelt, was bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse stabilisiert (vgl. zum Homonationalismus Puar 2007). Die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Köln geschaffenen Bilder von «nordafrikanischen» jungen Geflüchteten, vor denen weiße «deutsche Frauen» Angst haben sollen, bilden die Basis für eine verstärkte Not- und Abwehrpolitik, die mit der Forderung nach Grenzschließung einhergeht und rechte Frauen an «männliche deutsche Beschützer» appellieren lässt (vgl. Röpke 2018).

Die AfD und rechte Bürgerbewegungen machten sich nach Köln gezielt die starke Mobilisierungsfähigkeit des Themas «sexuelle Übergriffe von Geflüchteten» zunutze. Rechte soziale Medien verbreiten im Dauerfeuer Nachrichten über angebliche Übergriffe von Geflüchteten auf «deutsche Frauen» und das Wort «Rapefugees» taucht

vermehrt auf rechten Internetseiten auf.¹ Die Website «rapefugees.net» verbreitet zum Beispiel eine Deutschlandkarte mit Statistiken über sexualisierte Übergriffe von Geflüchteten, die vor allem im Westen Deutschlands passiert sein sollen. Journalistische Nachforschungen widerlegten einen Großteil der angegebenen Taten und fanden heraus: Etliche der auf der Seite genannten gerichtlichen Verurteilungen beziehen sich auf Delikte, die sich in Flüchtlingsunterkünften ereigneten und gegen Kinder anderer Geflüchteter gerichtet waren (ebd.). Geflüchtete Kinder und Frauen finden jedoch als Opfergruppe kaum mediale Aufmerksamkeit, obwohl etwa die Gruppe «Women in Exile» seit vielen Jahren auf die spezielle Bedrohungssituation für Frauen und Kindern in Sammelunterkünften hinweist.²

Wie im Kölner Fall wurden auch später bei den festgenommenen Mordverdächtigen in Kandel, Cottbus, Köthen und Chemnitz in der Berichterstattung immer der Aufenthaltsstatus und das Herkunftsland mitthematisiert und Abschiebemöglichkeiten verhandelt. Der Mord in Kandel wurde zum Beispiel unmittelbar mit der Frage nach den Bedingungen des Aufenthaltsrechts von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und Maßnahmen der medizinischen Altersprüfung verknüpft (Leubecher 2017). Die Kategorie UMF (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) aus der Asylgesetzgebung wird von den Medien als Täter-Framing übernommen. Die häufigen medialen Darstellungen von jungen Geflüchteten als Gewalttäter und Asylbetrüger stehen im Gegensatz zu den Darstellungen von Ärzt*innen, welchen UMF eine erhöhte traumatische Belastung und Schutzbedürftigkeit sowie eine hohe Resilienzfähigkeit³ bescheinigen (Bühning 2016). Die forensischen Methoden, die auf UMF ausgerichtet sind, reichen in kolonialer Tradition von Pathologisierung bis hin zu Knochenuntersuchungen. Sie sprechen diesen Jugendlichen vor allem das Selbstbestimmungsrecht und ihre Schutzbedürftigkeit ab. Geflüchtete Jugendliche werden als unglaubwürdig und kontrollbedürftig dargestellt. Mit dem sogenannten Asylpaket II wurde der Familiennachzug auch für UMF, die nur subsidiären Schutz erhalten, ausgesetzt (Ludwig 2018). Stattdessen bekommen sie in der Regel einen deutschen Vormund.

Während rassistische Gewalt gegen geflüchtete Jugendliche weitestgehend unskandalisiert bleibt, wird jedes als negativ eingeschätzte Verhalten von Geflüchteten öffentlich verhandelt. Dieser rassifizierende Blick auf Gewalt beeinflusst wesentliche Entscheidungen auf der politischen Ebene mit und normalisiert einen rassistischen Diskurs, der festlegt, wer «Opfer» und wer «Täter» ist.

In Bautzen stand im September 2016 eine Gruppe von 15 bis 20 jungen Geflüchteten rund 80 gewaltbereiten Rechten gegenüber, welche sie durch die Stadt

1 Vgl. z. B. Stimmen die Meldungen über vergewaltigende Flüchtlinge? Faktencheck, in: Spiegel Online, 6.1.2018, unter: www.spiegel.de/spiegel/stimmen-die-meldungen-ueber-vergewaltigende-fluechtlinge-a-1186254.html.

2 Vgl. hierzu den Pressespiegel von Women in Exile unter: www.women-in-exile.net/pressespiegel/.

3 Resilienz = psychische Widerstandskraft; Fähigkeit, schwierige Lebenssituationen und traumatische Erfahrungen ohne anhaltende Beeinträchtigung zu überstehen.

jagten. Die örtliche Polizei machte unmittelbar die geflüchteten Jugendlichen dafür verantwortlich,⁴ die Medien sprachen von «Ausschreitungen».⁵ Die sanktionierenden Maßnahmen richteten sich gegen die UMF, denen eine nächtliche Ausgangssperre sowie Alkoholverbot auferlegt wurde, während die rechte Gewalt in dieser Nacht weder thematisiert noch strafrechtlich verfolgt wurde. Dieser kontinuierliche Gebrauch abwertender Bilder und Zuschreibungen in Bezug auf «orientalische Männer» sind Teil einer rassistischen Praxis, die sich auf ein rassistisches «Alltagswissen» (Hall 2000) stützt. Sie zieht sich durch die Darstellungen bürgerlicher Medien ebenso wie durch AfD-Posts. In diesem «Alltagswissen» werden Handlungen nur entlang angenommener Eigenschaften und Werte der «Anderen» kategorisiert. Die eigene Gewalt gegen die «Anderen» wird dagegen als «Notwehr» betrachtet und legitimiert.

Rasant nehmen rassistische Übergriffe zu (VBRG 2019), überall schießen rechte «Bürgerinitiativen», «Bürgerwehren» und «Schutztrupps» aus dem Boden. Während von Deutschen ausgehende rassistische und rechte Angriffe oftmals als «Auseinandersetzungen» verharmlost werden, entwickelt sich das Bild junger männlicher Migranten vom lüsternen «Sexmob» (Höll 2017) zum mordenden «Messermigranten». Diese Formulierung wurde von der AfD eingeführt und bekam durch die hohe Mobilisierungsfähigkeit verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit. Trotz widersprechender Daten des Bundeskriminalamts⁶ beschwört der AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier auf Twitter eine akute Gefahrensituation in Deutschland herauf. In Bezug auf Chemnitz schrieb er: «Heute ist es Bürgerpflicht, die todbringende Messermigration zu stoppen!» (zit. nach: Stange 2018). Der Aufruf, das «deutsche Volk» zu schützen, wird damit untermauert. Zu Opfern stilisiert werden nun zunehmend wie in Chemnitz und Köthen auch deutsche Männer, die versuchen, sexualisierte Übergriffe von jungen männlichen Migranten abzuwehren.

#MeeToo⁷ nur für weiße Deutsche: Die Mobilisierbarkeit sexueller Übergriffe

In dem Versuch, die #MeeToo-Bewegung zu rassifizieren, greift die Identitäre Bewegung (IB) auf die femonationalistische Strategie zurück, nur bestimmte Opfer- und Tätergruppen zu benennen. Die Identitären ließen in ihrer Kampagne 120db⁸ nur «deutsche Frauen» zu Wort kommen, die sich von «migrantischen Tätern» bedroht

4 Vgl. Polizeichef: Gewalt in Bautzen ging von Flüchtlingen aus, in: Süddeutsche Zeitung.de, 15.9.2016, unter: www.sueddeutsche.de/politik/migration-polizeichef-gewalt-in-bautzen-ging-von-fluechtlingen-aus-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-160915-99-467143.

5 Ausschreitungen in Bautzen. Polizei: Flüchtlinge begannen Angriff, in: n-tv.de, 15.9.2016, unter: www.n-tv.de/politik/Polizei-Fluechtlinge-begannen-Angriff-article18650376.html.

6 «Messergewalt in Deutschland», in: Deutschlandfunk.de, 28.8.2018, unter: www.deutschlandfunk.de/nachgefragt-messergewalt-in-deutschland.2852.de.html?dram:article_id=426662.

7 Die Aktivistin Tamara Burke erfand 2006 den Hashtag #MeeToo, um auf sexuelle Gewalt gegen afroamerikanische Frauen aufmerksam zu machen. 2017 benutzte die Schauspielerin Alyssa Milano nach Vergewaltigungsvorfällen gegen den Hollywood-Filmproduzenten Harvey Weinstein #MeToo erneut. Im Anschluss wurden allein im Mai 2018 12,7 Millionen Inhalte mit dem Hashtag getweetet.

8 «Frauen wehrt euch! 120 Dezibel», YouTube, 30.1.2018, unter: www.youtube.com/watch?v=FSXphiFknyQ.

fühlen. Dabei benennen die IB-Frauen nicht generell Sexismus, schon gar nicht den aus den eigenen Reihen (Lauer 2018). Vielmehr werden in einem Mobilisierungsvideo normalisierte und generalisierende heteronormative Bilder von «unversehrten weißen Frauenkörpern» gezeigt und mit den Worten «Grenzen» und «Sicherheit» verknüpft. Dieser Assoziationskette liegt der Diskurs um die Kölner Silvesternacht zugrunde, der besagt, dass die Sicherung der nationalen und europäischen Außengrenzen sowie Abschiebung und «Rückführungen» eine Möglichkeit seien, «deutsche Frauen» vor sexualisierter Gewalt und einer drohenden «Islamisierung» zu schützen.

In diesem Sinne führten die Identitären am Muttertag 2017 unter dem Motto «Wir müssen reden!» eine Aktion in Mecklenburg-Vorpommern durch, bei der sie Rosen und Pfefferspray verteilten⁹ sowie Flyer, auf denen drei Frauen zu sehen waren. Eine Person hält ein Schild mit «2006» und repräsentiert den «unversehrten Normalzustand», die Person in der Mitte hält das Schild «2016» hoch und ist überzogen mit Spuren körperlicher Gewalt, und eine Person in Burka hält das Schild mit dem Jahresverweis «2026».¹⁰ Die Übergriffe von Köln, repräsentiert durch das Bild mit der Bezeichnung 2016, werden in einen unmittelbaren Zusammenhang mit einer befürchteten «Islamisierung» gestellt.

Auch Leyla Bilge sprach im Februar 2018 auf dem Berliner «Marsch der Frauen» vor einer «schleichenden Einführung der Scharia».¹¹ Sie tritt als «konvertierte Ex-Muslima» als Zeugin der angeblich besonderen patriarchalen Gewalt in muslimischen Ländern auf. Die seit 2018 verstärkt stattfindenden Frauen- und «Trauermärsche» der AfD schließen unmittelbar an diese rassistische Praxis an, nur die Gewalt «der Anderen» zu benennen. Seit Köln findet eine Normalisierung von rassistischen und sexistischen Haltungen statt. Es werden ausschließlich «die arabischen Männer» oder «die Geflüchteten» für die Sexismuserfahrungen der «deutschen Frauen» verantwortlich gemacht (vgl. Madjlessi-Roudi 2018). Die immer wieder bemühte Rede von der «Natürlichkeit» patriarchaler Gewalt von Muslimen und die Auslagerung von (Hetero)Sexismus in «den Orient» dienen, wie Keskinilic (2017) anführt, der Entlastung im Umgang mit dem eigenen Sexismus. Gleichzeitig fallen sexuelle Übergriffe weißer Männer und die vermehrten Angriffe auf «muslimische Frauen» fast komplett aus dem öffentlichen Diskurs heraus (ebd.: 65 ff.).

Die Unsichtbarkeit geflüchteter Frauen und ihrer Erfahrung mit Gewalt, Rassismus und Sexismus führt dazu, dass in Fällen von Mord an Migrant*innen meist nur unzureichend und viel zu spät ermittelt wird. Ein Beispiel ist der Fall von Rita Awour Ojunge, die aus einer Flüchtlingsunterkunft in Hohenleipsch (Brandenburg) ver-

9 Blog der Identitären: Schützt unsere Frauen! – Sichert unsere Grenzen!, 15.5.2017, unter: <https://blog.identitaere-bewegung.de/schuetzt-unsere-frauen-sichert-unsere-grenzen/>.

10 IB Laden. Der Materialshop der Identitären, Flugblatt: «Schützt unsere Frauen», unter: <https://ibladen.de/flugblaetter/46/flugblatt-schuetzt-unsere-frauen>.

11 Zit. nach: «Frauenmarsch» stößt auf Widerstand, in: n-tv, 17.2.2018, unter: www.n-tv.de/politik/Frauenmarsch-stoesst-auf-Widerstand-article20291938.html.

schwand und später in einem Wald tot aufgefunden wurde. Über Wochen unternahm die Polizei trotz einer Vermisstenanzeige nichts, um die Frau zu finden. Hinweise von Familienmitgliedern, Freund*innen und Mitbewohner*innen wurden nicht ernst genommen oder ignoriert. «Women in Exile» (2019) fragen, ob das auch so passiert wäre, wenn es sich um eine weiße Frau gehandelt hätte, und kritisieren das nicht vorhandene öffentliche Interesse für diesen Fall.

Sexualisierte Gewalt und (Hetero)Sexismus innerhalb der Dominanzgesellschaft bleiben ebenfalls weitgehend unsichtbar. Von «deutschen» Tätern ausgehende Übergriffe werden selten in der Presse skandalisiert oder zu Mobilisierungen genutzt. Beziehungen zwischen deutschen Männern und migrantischen Frauen, queere Beziehungskonstellationen und Trans*perspektiven kommen in dem Diskurs um sexuelle Gewalt überhaupt nicht vor. Nach Kandel oder Köthen herrscht das Bild vor, dass jede Beziehung zwischen deutschen Frauen und geflüchteten Männern nur eine von ungleichen Werten, Geschlechterbildern, Gewalt und Besitzvorstellungen sein kann. Der Mord in Kandel entfaltete über Jahre hinweg Mobilisierungskraft. Immer wieder fielen Kader der Identitären und AfD-Anhänger*innen in den Ort ein, bauten Bedrohungsszenarien auf und versuchten, bürgerliche Proteste zu vereinnahmen.¹² Die Themen sexuelle und Beziehungsgewalt verbinden dabei Bürgerliche und Rechtsradikale miteinander und legitimieren rechte Positionen für die Mitte.

Das eigene koloniale Erbe sowie die gegenwärtige rassistische Gewalt auf politischer Ebene wie auf der Straße werden über die Skandalisierung von «Angriffen auf deutsche Frauen» und ihre «Beschützer» normalisiert. Sie erscheinen als natürlicher Protest gegen eine als illegitim empfundene Migrationspolitik. Der Höhepunkt dieser Entwicklung zeigte sich in Chemnitz, wo nach einem Mord im Sommer 2018 wochenlang mehrere Tausend Menschen rechten Aufrufen zu Demonstrationen folgten und Rechte auf der Straße alle angriffen, die sie als «nicht-deutsch» klassifizierten (Gallersdörfer 2018). Berg u. a. (2018) verweisen darauf, dass keine anderen Taten so hohe Mobilisierungskraft haben wie die, in denen sexualisierte Gewalt vorkommt. Dabei spielt es keine Rolle, inwieweit die erhobenen Vorwürfe der Wahrheit entsprechen. Beim «Trauermarsch» in Chemnitz kam es zum Beispiel zu einer Vermischung von realen mit fiktiven Taten. Es wurden Bilder von angeblichen Opfern von «Migrationsgewalt» gezeigt, welche aus ganz anderen Kontexten stammten und beliebig zusammengestellt waren (ebd.).

Dennoch zeigen die Aufmärsche in Chemnitz, Kandel oder Cottbus die Wirkmächtigkeit dessen, was als toxische Männlichkeit beschrieben werden kann. Besonders auffällig waren hier die Schulterschlüsse von bürgerlichen mit radikalen und gewaltaffinen Kräften von rechts. In den genannten Städten gab es bereits vorher starke

12 Kandel, ein Jahr danach: Die rechte Szene terrorisiert den ganzen Ort, in: Focus online, 27.12.2018, unter: www.focus.de/politik/deutschland/fluechling-toetete-15-jaehrige-kandel-ein-jahr-danach-die-rechte-szene-terrorisiert-den-ganzen-ort_id_10114673.html.

rechte militante Strukturen und Kontakte zu größeren rechten Netzwerken sowie zur Hooliganszene, was rassistische Gewalt verstärkt. Cottbus als Brennpunkt rassistischer Gewalt in Brandenburg wurde medial durch einen Angriff eines jungen männlichen Geflüchteten auf ein älteres Ehepaar mit einem Messer im Blechenkarré bekannt. Rechte Angriffe auf geflüchtete Jugendliche waren der Tat vorausgegangen und stiegen danach massiv an und waren begleitet von einem verstärktem «Racial Profiling» seitens der Polizei und einem omnipräsenten Alltagsrassismus. Geflüchtete berichten von rassistischer Ausgrenzung bei der Wohnungssuche und in den Behörden. Diese Formen von Gewalt werden jedoch in den Medien nicht benannt und treten somit in den Hintergrund. Sebastian Kurtenbach¹³ sieht ein Muster darin, wenn einerseits einzelne Gewalttaten von Geflüchteten immer auf die gesamte Gruppe zurückgeführt und ethnisiert werden und andererseits gleichzeitig rassistisch motivierte Gewalt, die von Deutschen ausgeht, entpolitisiert und verharmlost wird. Der Begriff «besorgte Bürger» steht dabei symbolisch für die Relativierung von rassistischem und faschistischem Handeln. Rassistische Übergriffe werden als «Streitigkeiten zwischen Jugendlichen» abgetan und selten skandalisiert. Die hinter dieser Logik steckende Vorstellung von Etabliertenvorrechten geht mit der Definitionshoheit von Gewalt einher.

Die Relativierung rassistischer Gewalt wurde besonders in den Diskussionen um die «Hetzjagd» in Chemnitz sichtbar. Michael Kretschmer (CDU-Ministerpräsident Sachsens) verharmloste die Gewalt mit den Worten: «Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd und keine Pogrome.»¹⁴ Der damalige Chef des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen stellte die «Echtheit» eines Videos infrage, mit dem die rechen Hetzjagden auf der Straße dokumentiert worden waren. Mit der Aussage von Horst Seehofer, dass «Migration die Mutter aller Probleme» sei, wurde erneut impliziert, dass die Anwesenheit von Migrant*innen Rassismus provoziere. Dabei sind es Notstands- und Krisendarstellungen in den Medien – wenn permanent Migration als Ursache von Kriminalität, sozialer Ungleichheit, Rassismus und Terrorgefahr und damit als Bedrohung der nationalen Einheit präsentiert wird –, die das Gefühl eines Ausnahmezustands, einer Entnormalisierung verbreiten.

Ostdeutsche, die nationale Einheit und intersektionale Gegenbewegungen

In den meisten Erklärungsansätzen zur hohen Mobilisierungskraft der Rechten in Chemnitz, Cottbus und Köthen wird weder auf die oben beschriebenen identitätspolitischen Strategien der AfD noch auf Rassismus als ganz Deutschland strukturierendes Herrschaftsverhältnis Bezug genommen. Stattdessen wird darüber disku-

13 Das stille Einverständnis legitimiert die Gewalt, in: Mediendienst Integration, 26.1.2018, unter: <https://mediendienst-integration.de/artikel/cottbus-wurzen-bautzen-sachsen-rechtsextremismus-rechtspopulismus-afd-pegida-soziologe-sebastian-kurtenbach>.

14 «Es gab keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome», in: welt.de, 5.9.2018, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article181424984/Kretschmer-zu-Chemnitz-Gab-keinen-Mob-keine-Hetzjagd-keine-Pogrome.html.

tiert, warum der Osten «anders» ist. Diese Ostdebatten traten in den letzten Jahren immer dann auf, wenn rechte Gewalttaten in den neuen Bundesländern bekannt wurden. Sie überlagerten die Auseinandersetzung über die Ursachen rechter Gewalt und rassistischer Handlungen. Mittels Darstellungen von Ostdeutschland als «Dunkeldeutschland» oder «brauner Osten» wird rechte Gewalt in den Osten verschoben, an eine spezifische ostdeutsche Erfahrung gekoppelt und als rein ostdeutsches Problem verhandelt (vgl. Heft 2018: 358). In Zeitungsberichten und Talkshows werden verschiedene Erklärungsmuster angeführt, die entweder das DDR-System oder die Nachwendeerfahrung als Ausgangspunkt rassistischer «Wut» bestimmen. Mit dem Label «zurückgeblieben» oder «hängengeblieben» werden der Osten und mit ihm rechte und rassistische Gewalt in die Vergangenheit verrückt und damit außerhalb des Westens und des zeitlichen «Jetzt» verortet (ebd.: 361). Durch die Auslagerung rechter Gewalt in den Osten wird der Westen zum «Normalfall». Es wird die eigene Rolle beim Erstarken rechter Gewalt geleugnet, rechte Strukturen im Westen werden dadurch unsichtbar gemacht (vgl. Quent 2016). Wann immer über rechte Gewalt im Osten gesprochen wird, droht dies mit einer Relativierung der rechten Gewalt im Westen einherzugehen.

Der Mainstream-Blick der Westdeutschen auf den Osten trägt außerdem dazu bei, die dortigen rassistischen Verhältnisse zu festigen, anstatt sie zu beseitigen. Wie Angelika Nguyen (2018) in der Diskussion um den Vergleich ostdeutscher mit migrantischer Erfahrung (Schulz 2018) aufzeigt, fehlt es der medialen Diskussion an der Kenntnisnahme unterschiedlicher ostdeutscher Perspektiven und Erfahrungswerte. Adressiert wird meist eine weiße ostdeutsche Mehrheitsgesellschaft, die gleichzeitig als Opfer der Verhältnisse dargestellt wird. So kann der Auseinandersetzung mit dem eigenen Rassismus aus dem Weg gegangen werden. Wenig Beachtung finden zudem linke und migrantische Kämpfe im Osten, die oftmals kriminalisiert und von Ressourcen abgeschnitten werden. In Reaktion auf Chemnitz widmeten sich Politik und Medien dem «Zuhören besorgter Bürger» und boten so rassistischen «Meinungen» viel Platz und Raum, anstatt dem offensichtlich erstarkten Rassismus und Neonazismus in Ost und West nachzugehen. In Bautzen kam es bei einer solchen Bürgerversammlung zu einem Tribunal gegen die Aktivistin und Bloggerin Annalena Schmidt, die sich gegen rechte Strukturen einsetzt und deshalb Morddrohungen erhält. Ihr wurde in der Kirche vor 800 johlenden Zuhörer*innen von einer Bautzener Bürgerin entgegengeschmettert: «Gehen Sie wieder weg!», während Bauunternehmer und AfD-Großspender Jörg Drews («Hentschke Bau») im Ort hofiert und gefeiert wird.¹⁵

15 Ostsachsen TV: Bautzen wir müssen reden. Zurück zur Sachlichkeit. Kompletter Abend, YouTube, 8.2.2019, unter: www.youtube.com/watch?v=msjYev0ulN8; DNN: Soviel haben sächsische Unternehmen an die AfD gespendet, in: Leipziger Volkszeitung, 16.1.2019, unter: www.lvz.de/Region/Mittelddeutschland/Diese-saechsischen-Unternehmen-waren-2017-Grossspender-der-AfD.

Wie Kathleen Heft darstellt, hat die Rede vom «braunen Osten» auch eine vergeschlechte Dimension. Häufig wird der ostdeutsche Mann als doppelter Verlierer charakterisiert: einerseits als Verlierer der Einheit und andererseits als Verlierer der Emanzipation. Er wird als frustriert und abgehängt, als wütend und grundlos besorgt beschrieben und als Opfer von sozialistischen Geschlechterpolitiken. «Der Ostmann» wird in den medialen Debatten als Looser und patriarchaler Hinterwäldler dargestellt, der zu autoritären Tendenzen neigt (Heft 2018: 361 f.). Über rechte Gewaltausbrüche hole er sich seine verloren gegangene Männlichkeit zurück. Dem Osten wird von der AfD die Rolle des Retters der nationalen Einheit zugeschrieben. Er soll, wie die AfD es auf Wahlplakaten forderte, «die Wende vollenden», indem er eine rassistische Migrationspolitik der Abschottung unterstützt. Mit dem brandenburgischen AfD-Landes- und Fraktionschef Andreas Kalbitz und seinem Thüringer Kollegen Björn Höcke inszeniert sich eine hegemoniale westdeutsche Männlichkeit als Norm, an die sich alle anderen anpassen sollen. Die AfD macht sich den Diskurs um den braunen Osten zu eigen, indem sie die Erfahrung der Abwertung der Ostdeutschen durch den Westen instrumentalisiert. Das Identifikationsangebot, über Nationalismus zur «Einheit» zu kommen, wiederholte die AfD auf ihren Wahlplakaten in den neuen Bundesländern mit Sprüchen wie «Wende 2.0». Damit rückte sie eine «dominanzdeutsche» Perspektive in den Vordergrund. Die Revolution von 1989 wird dabei zu einer völkischen umgedeutet.

Andere Perspektiven wahrzunehmen und sichtbar zu machen ist deshalb von grundlegender Wichtigkeit. Wie Berichte von People of Color und Schwarzen Menschen in Deutschland zeigen, gab es dieses Angebot der nationalen Aufwertung an weiße «Ostdeutsche» schon einmal in der Wendezeit. Lucía Muriel, Nivedita Prasad, Katja Kinder, Peggy Piesche und Nasrin Bassiri stellen in dem Film «Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen»¹⁶ unmittelbare Bezüge zu rassistischen Zuständen in der Wendezeit her. Auch hier ging die «nationalen Einheit» einher mit massiver rassistischer Gewalt und Morden. Nivedita Prasad beschreibt, wie viele weiße Ostdeutsche als «innere Andere» Schwarze Menschen, Menschen of Color und Migrant*innen als «äußere Andere» an den Rand der Gesellschaft gedrängt haben, indem sie sich dem rassistischen Teil- und-herrsche-Prinzip unterworfen haben (ebd.). Auf der #Unteilbar-Demonstration in Dresden im August 2019 verwies Peggy Piesche darauf, dass der Osten schon immer vielfältig war, und warnte Menschen in Ostdeutschland davor, das trügerische Angebot der AfD anzunehmen, Geflüchteten die Schuld an der eigenen ökonomisch schlechteren Situation zu geben.¹⁷ Sie verwies zudem darauf, dass es vor allem Frauen

16 Verwobene Geschichte*n: «Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen» Women of Color und ihre Perspektiven auf den Mauerfall, Video unter: www.verwobenegeschichten.de/themen/film-die-mauer-ist-uns-auf-den-kopf-gefallen/.

17 «Bündnis Unteilbar, Fridays for Future, Paritätär, Peggy Piesche – Herausforderungen für die Gesellschaft», YouTube, 29.8.2019, unter: www.youtube.com/watch?v=148dQY5y1Fc.

waren, die nach der Wende ihre Jobs verloren und deren Rechte (wie etwa das Abtreibungsrecht) eingeschränkt wurden, und dass es die internationalen Kämpfe von Frauen seien, aus denen im Kampf gegen rechts gelernt werden sollte.

Sowohl in der Analyse ostdeutscher Verhältnisse als auch im Finden von Lösungsansätzen bleiben die Stimmen derer, die rassistischen und rechten Angriffen vor Ort ausgesetzt sind, unterrepräsentiert. Die Darstellung von Ostdeutschland als homogene weiße rassistische Gesellschaft macht es so schwierig, verschiedene Ostperspektiven zu denken. Deswegen ist die Sichtbarmachung ostdeutscher Migrationsgeschichten und damit einhergehend von Perspektiven auf die ostdeutsche Dominanzgesellschaft¹⁸ so wichtig. Entsprechende Initiativen wie das «Tribunal NSU-Komplex auflösen»,¹⁹ migrantische Netzwerke wie «We'll Come United» und übergreifende antifaschistische und antirassistische Bündnisse, wie sie bei #Unteilbar als «Solidarität-verteidigen»-Block²⁰ in Sachsen sichtbar wurden, sind maßgebend für ein intersektionales Verständnis von linker Politik und Antifaschismus. Rechter Identitätspolitik kann effektiv mit Erfahrungen aus intersektionaler Analyse und Praxis begegnet werden. Durch das Sichtbarmachen von Hierarchien und Differenzen innerhalb gesellschaftlich geschaffener Gruppen wie «Frauen», «Migranten» oder «Ossis» kann einerseits deren Konstruiertheit aufgezeigt werden und andererseits die Grundlage für neue Bündnisse entstehen. Dabei sollte auch das Verhältnis zwischen Ost- und Westlinken aufgearbeitet (Jänicke/Paul-Siewert 2017) und antifaschistischer Widerstand in Hinblick auf weiße männliche Dominanz reflektiert werden (vgl. Berg u. a. 2018). Kimberly Crenshaw (1991: 1241) hat darauf hingewiesen, dass genau das Ignorieren von Differenzen in identitätspolitischen Kämpfen die Grundlage dafür ist, dass diese Gruppen gegeneinander ausgespielt werden können. Shaheen Wacker (2017) fasst die politische Sprengkraft von intersektionaler Identitätspolitik folgendermaßen zusammen: «Identitätspolitik ist nicht zielführend ohne ein grundsätzliches Verständnis dafür, was Intersektionalität als kollektive Ressource bedeutet. Denn Intersektionalität bildet ein Netzwerk von ineinander verknüpften Erfahrungen, die Schnittmengen bilden und einander mit Lösungsansätzen bereichern. Je mehr die machtkritischen Blicke in ihren Perspektiven variieren, desto präziser ist ihre gemeinsame Analyse, desto handlungsfähiger ihre kollektive Kraft.»

Fazit

Rechte Identitätspolitik arbeitet mit essenzialisierenden Vorstellungen von Kultur und Identität und erklärt bestimmte Differenzen als unüberwindbar. Aufbauend auf bereits bestehenden rassistischen Annahmen und Praxen im Rahmen von Migrationspolitik, «Racial Profiling» und Asylgesetzgebung wirken die Forderungen etwa der

18 Vgl. «Eigensinn im Bruderland», unter: <https://bruderland.de/>.

19 Vgl. www.nsu-tribunal.de/.

20 Vgl. <http://united-solidarity.org/>.

AfD als Weiterführung einer «dominantdeutschen» rassistischen Abwehrpolitik. Der Fokus auf sexualisierter Gewalt, ausgehend von geflüchteten Männern, hat seit den Ereignissen in Köln während der Silvesternacht 2015/16 den Diskurs um Integration und Einwanderung verschärft und wirkt in der Verknüpfung mit kulturellen Zuschreibungen und rechter Identitätspolitik stark mobilisierend. Dabei suchen rechte Kräfte immer häufiger einen Schulterchluss mit Vertreter*innen homonationalistischer und femonationalistischer Positionen, um gegen Geflüchtete (insbesondere Muslime) zu hetzen.

Gewalt, die von deutschen Täter*innen ausgeht, wird gleichzeitig strategisch verschwiegen, verharmlost oder im Rahmen eines imaginierten «Volksschutzes» als Verteidigung legitimiert. Dieser Täter-Opfer-Umkehrung lässt sich nur mit herrschaftskritischen intersektionalen Analysen begegnen, die sowohl die Konstruiertheit als auch die Wirkmächtigkeit sozialer Kategorien thematisieren und ihre situativen Verwobenheiten aufdecken. In diesem Rahmen muss auch die besondere Rolle des Diskurses um rechte Gewalt in Ostdeutschland analysiert werden, der sowohl westdeutsche Verstrickungen als auch innerostdeutsche Differenzen ignoriert. Die Herausforderung für linke Politik zeigt sich gerade im Umgang mit diesen Ambivalenzen in Prozessen pluraler Bündnispolitik und im Umgang mit der eigenen Komplizenschaft.

Literatur

- Attia, Iman (2009): Die «westliche Kultur» und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus, Bielefeld.
- Bax, Daniel (2018): «Das stille Einverständnis legitimiert die Gewalt», in: Mediendienst Integration, 26.1.2018, unter <https://mediendienst-integration.de/artikel/cottbus-wurzen-bautzen-sachsen-rechtsextremismus-rechtspopulismus-afd-pegida-soziologe-sebastian-kur.html>.
- Berg, Anna/Goetz, Judith/Sanders, Eike (2018): Toxische Männlichkeit von Kandel bis Chemnitz. Feministische Interventionen in eine aktuelle Gefahrensituation, APABIZ, 4.9.2018, unter: www.apabiz.de/2018/toxische-maennlichkeit-von-kandel-bis-chemnitz/.
- Bühning, Petra (2016): Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge: Die Integration muss gelingen, in: Deutsches Ärzteblatt, 113(24): A-1148 / B-963 / C-947, unter: www.aerzteblatt.de/archiv/180075/Unbegleitete-Minderjaehrige-Fluechtlinge-Die-Integration-muss-gelingen.
- Crenshaw, Kimberlé Williams (1991): Mapping the Margins. Intersectionality, Identity Politics, and Violence Against Women of Color, in: Stanford Law Review 43(6), S. 1241–1299.
- Dietze, Gabriele (2014): Feministischer Orientalismus und Sexualpolitik – Spuren einer unheimlichen Beziehung, in: Hostettler, Karin/Voegele, Sophie (Hrsg.): Beyond Imperialism – Diesseits der Imperialen Geschlechterordnung, Bielefeld, S. 241–276.

- Farris, Sara R. (2017): *In the Name of Women's Rights. The Rise of Femonationalism*, Durham.
- Gallersdörfer, Margarethe (2018): Chemnitz: Fake News heizen neonazistische Hetzjagden über Social Media an, in: *Berliner Zeitung*, 28.8.2018.
- Hall, Stuart (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Rätzzel, Nora (Hrsg.): *Theorien über Rassismus*, Hamburg, S. 7–16.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2017): Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart, Bielefeld.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit, in: *Feministische Studien* 36(2), S. 357–366.
- Höll, Susanne (2017): Der «Sex-Mob», den es nie gegeben hat, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.2.2017.
- Jäger, Margarete/Wamper, Regina (Hrsg.) (2017): *Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016*, Duisburg, unter: www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf.
- Jänicke, Christin/Paul-Siewert, Benjamin (Hrsg.) (2017): *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung*, Münster.
- Keskinkılıç, Ozan (2017): Der orientalische Mann vor/nach Köln. Zur sexuell-kulturellen Dynamik des antimuslimischen Rassismus in der Fluchtdebatte, in: Yurdakul, Gökce/Römhild, Regina/Schwanhäußer, Anja/Zur Nieden, Birgit (Hrsg.): *Witnessing the Transition: Moments in the Long Summer of Migration*, Berlin, S. 61–73.
- Lauer, Stefan (2018): #120db – Wie Rechtsradikale versuchen, die Sexismus-Debatte zu kapern, in: *Belltower News*, 6.2.2018, unter: www.belltower.news/120db-wie-rechtsradikale-versuchen-die-sexismus-debatte-zu-kapern-46946/.
- Leubecher, Marcel (2017): Wie die Politik bei den «unbegleiteten Minderjährigen» versagt, in: *Die Welt*, 29.12.2017.
- Ludwig, Sebastian (2018): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, in: *Infoportal Diakonie: Wissen Kompakt*, 5.2.2018, unter: www.diakonie.de/wissen-kompakt/unbegleitete-minderjaehrige-fluechtlinge/.
- Madjlessi-Roudi, Sara (2018): Unsäglicher Rassismus. Wie die Köln-Debatte den politischen Diskurs im Land verändert hat, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.): *Durchmarsch von Rechts: Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror*, Manuskripte Neue Folge 17, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 3., überarb. Aufl., Berlin, S. 152–163.
- Maxwell, Peter (2015): Frauen und Kinder zuletzt, in: *Spiegel Online*, 9.9.2015, unter: www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-warum-vor-allem-maenner-nach-deutschland-kommen-a-1051755.html.

- Nguyen, Angelika (2018): Doppelt heimatlos?, in: Zeit Online, 4.6.2018, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/ostdeutschland-heimat-ddr-filme-das-schweigende-klassenzimmer.
- Puar, Jasbir (2007): Terrorist Assemblages. Homonationalism in Queer Times, Durham/London.
- Quent, Matthias (2016): Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern, in: Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska (Hrsg.): Rechtsextremismus und «Nationalsozialistischer Untergrund». Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden, S. 99–117.
- Röpke, Andrea (2018): Heimattreu und aggressiv. Wie die AfD und ihre Anhänger*innen versuchen, den von linken Frauenrechtler*innen geprägten Feminismus zu vereinnahmen und umzudeuten, in: Böll Thema, Ausgabe 2/2018: Feminismus, unter: www.boell.de/de/2018/06/29/heimattreu-und-aggressiv.
- Rothenberg, Christian (2018): Kriminalität sinkt, Unsicherheit steigt. Interview mit Christian Pfeiffer, in: ntv.de, 23.4.2018, unter: www.n-tv.de/politik/Kriminalitaet-sinkt-Unsicherheit-steigt-article20400082.html.
- Schulz, Daniel (2018): Professorin über Identitäten: «Ostdeutsche sind auch Migranten», in: die tageszeitung, 13.5.2018.
- Stange, Max (2018): Die Rhetorik der AfD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.9.2018.
- Umut, Erel u. a. (2007): Intersektionalität oder Simultaneität?! – Zur Verschränkung und Gleichzeitigkeit mehrfacher Machtverhältnisse – Eine Einführung, in: Hartmann, Jutta u. a. (Hrsg.): Heteronormativität. Empirische Studien zu Geschlecht, Sexualität und Macht, Wiesbaden, S. 239–250.
- VBRG – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (2019): 2018 registrierten Opferberatungsstellen eine Zunahme rechter Gewalt auf 1.212 Angriffe allein in Ostdeutschland und Berlin, 2.4.2019, unter: www.verband-brg.de/pm-vbrg-jahresstatistik-2018-rechte-gewalt/.
- Wacker, Shaheen (2017): It's bigger than Identitätspolitik. Shaheen Wacker, Koordinatorin des Black-Lives-Matter-Monats, über die Relevanz von Identitätspolitik, in: Missy Magazine, 21.6.2017, unter: <https://missy-magazine.de/blog/2017/06/21/its-bigger-than-identitaetspolitik/>.
- Women in Exile (2019): Gerechtigkeit für Rita! – Kundgebung für die Rechte von geflüchteten Frauen in Brandenburg und gegen Gewalt an Frauen, Pressemitteilung, 26.8.2019, unter: www.women-in-exile.net/pm-gerechtigkeit-fuer-rita-kundgebung-fuer-die-rechte-von-gefluechteten-frauen-in-brandenburg-und-gegen-gewalt-an-frauen/#more-5696.

Daniel Keil

EUROPA UND DIE (NEUE) RECHTE¹

DIE MEHRDIMENSIONALITÄT DER EUROPA-IMAGINATION (NEU)RECHTER BEWEGUNGEN

Einleitung – theoretische Verortung

Jahrzehntelang galt die Europäische Union (EU) dem größten Teil der politischen Öffentlichkeit – in Deutschland wie auch in Europa – als Garant für Demokratie und Frieden in Europa. Die EU als Erfolgsgeschichte war dabei mit einer Idee des Fortschritts im Sinne von Demokratisierung verknüpft. Damit verbunden war die Entwicklung einer europäischen Identität, die als Ergebnis des Fortschritts die Negativität des Nationalismus überwinden sollte. Trotz aller Defizite wurde die EU als reale Möglichkeit gesehen, «demokratische Verfahren über die Grenzen des Nationalstaats hinaus zu erweitern» (Habermas 2011: 51; vgl. auch Habermas 2015). Der scheinbar stetig voranschreitende Prozess trübte dabei den Blick für Desintegrationstendenzen (vgl. Ryner 2015).

Das Projekt Europa befindet sich inzwischen in einer dramatischen Krise, in der auch Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gefährdet sind. Um diese Krise adäquat erfassen zu können, muss deren politische Konstellation analysiert werden. Begreift man die EU als Staatsapparate-Ensemble (vgl. Wissel 2015) und die konkrete Ausgestaltung sowohl der Apparate als auch ihres Verhältnisses zueinander als materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (vgl. Poulantzas 2002: 160), dann wird klar, dass selbst stabil wirkende Konstellationen immer auch widersprüchlich sind. Mit Gramsci (1996: 1561) kann man «das staatliche Leben [...] als ein stän-

1 Es gibt sehr viele Begriffe, um rechte Akteur*innen zu kategorisieren: Populismus, Rechtsextremismus, Radikale Rechte usw. Auch eine eindeutige Charakterisierung einer Neuen Rechten erweist sich als schwierig, da die Forschung uneinig ist, was darunter zu fassen und was denn so neu an der Neuen Rechten ist (vgl. Weiß 2017). Ich verwende deshalb den Sammelbegriff (neue) Rechte, neu in Klammern und kleingeschrieben, um möglichst das ganze Spektrum in und zwischen den (neu)rechten Parteien Europas zu erfassen. Da mein Fokus auf den Schnittstellen und Gemeinsamkeiten unterschiedlicher (neu)rechter Strömungen liegt, wäre die Verwendung zu enger Kategorisierungen meines Erachtens nicht zielführend.

diges Sich-Bilden und Überwunden-Werden instabiler Gleichgewichte (im Rahmen des Gesetzes) zwischen den Interessen der grundlegenden Gruppe und denen der untergeordneten Gruppen» auffassen. Das Besondere der gegenwärtigen Krisensituation der EU ist daher nicht die Instabilität des politischen Gefüges an sich, sondern die spezifische Form, in der politische Krisenbearbeitungsmöglichkeiten durch «Immunisierung» (Lüggert 2017) auf das dominante Paradigma verengt werden, sodass politische Entscheidungen in gewisser Weise «unpolitisch» (Michelsen/Walter 2013) werden. Diese Situation ist so zu interpretieren, dass die EU sich in einer «tiefen politischen Krise» (Georgi/Kannankulam 2012: 2; zum Begriff politische Krise vgl. Poulantzas 1973 u. 1979; Demirović 2011) befindet und an einem Scheideweg zwischen Zerfall oder vertiefter Integration steht (Offe 2016: 13; Wolff 2015; Brunkhorst u. a. 2015; Kregel 2015).

Mit der politischen Krise der EU einher geht eine ideologische Krise des dominanten neoliberalen Projekts und damit auch eine Krise europäischer Identität. Das Ende der Verbindung von Fortschritt und EU-Integration setzt nicht nur politische Desintegrationstendenzen frei, die sich unter anderem europaweit in drastischen Neuordnungen der Parteiensysteme (vgl. z. B. Kriesi u. a. 2015; Mair 2013) ausdrücken, was die Arena der politischen Auseinandersetzungen verändert. Es impliziert auch, dass Zukunftsnarrative des Projekts EU nicht mehr funktionieren (vgl. Krastev 2017; Bauman 2015: 49; Wissel 2015). Einerseits bedeutet dies eine Festschreibung der politischen Institutionen der EU auf eine bestimmte Form der Politik, wodurch es anderen gesellschaftlichen Interessenaggregationen² tendenziell verunmöglicht wird, einen institutionellen Ausdruck zu finden. Andererseits öffnen sich die gesellschaftlichen Arenen für Auseinandersetzungen, die eben auch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, ihre Aggregationen und intellektuellen Vereinheitlichungen neu ordnen. Diese Aggregationen sind als Hegemonieprojekte zu verstehen, in denen sich verschiedene Strategien verdichten und deren Vereinheitlichung insbesondere durch Intellektuelle (im Sinne Gramscis) betrieben wird³ (vgl. Buckel u. a. 2014: 45 ff.).

Da die politische Krise sich in Form einer Hegemoniekrise (vgl. Oberndorfer 2016, 2012) äußert, tritt zu der Erschütterung der gesellschaftlichen Interessenaggregationen eine zunehmend autoritär werdende Ausrichtung der Politik hinzu. Politische Krise ist daher so zu verstehen, dass die materiellen Institutionalisierungen die ihnen zugrunde liegenden widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr so

2 In einer pluralen Gesellschaft haben Menschen individuelle Interessen, die sich aus vielfältigen Faktoren ergeben. Dass sich Menschen zusammenschließen, die ähnliche Interessen haben, geschieht nicht automatisch, sondern ist als komplexer Prozess zu verstehen. Die Zusammenführung (Aggregation) von ähnlichen Interessen zur Artikulation einer gesellschaftlichen Gruppe ist daher ein wichtiger Teil gesellschaftlicher Kämpfe.

3 In Hegemonieprojekten aggregieren sich verschiedene Strategien, die der gleichen Rationalität folgen; hierbei sind unterschiedliche Akteur*innen nicht notwendigerweise bewusst vereint, vielmehr werden unterschiedliche Strategien und Vorstellungen, die aber der gleichen Rationalität folgen, durch Intellektuelle vereinheitlicht und in kohärente Vorstellungen übersetzt (vgl. Buckel u. a. 2014).

prozessieren können, dass gelingende Synthesis folgt. Vielmehr wird die gesellschaftliche Synthesis durch Verstärkung gesellschaftlicher Gewaltmittel und -maßnahmen repressiver. «In der Tat entsprechen die Anfänge des Faschisierungsprozesses einer Radikalisierung der bürgerlichen Parteien in Richtung auf bestimmte Formen des Ausnahmestaats.» (Poulantzas 1973: 74) Das heißt, wenn man den gesellschaftlichen Rechtsruck auf die (neu)rechten Akteur*innen beschränkt, dann gerät ein wichtiger Bestandteil der autoritären Dynamik der Gesellschaft aus dem Blick. «The ‹fascist potential› today thus lies not only within right-populist or neo-fascist parties, but in the broader recomposition of state-society relations, facilitated by the pre-emptive steps towards the right by the social democratic parties.» (Kipfer/Saberi 2016: 327)

Zudem muss beachtet werden, dass sich die räumliche Konstitution mit den Entwicklungen der EU verändert hat. Das bedeutet, dass sich die Arenen gesellschaftlicher Kämpfe europäisiert haben, allerdings nicht in dem Sinne, dass neben der nationalen Scale noch eine europäische hinzugetreten wäre, sondern vielmehr so, dass multiskalare Bezugspunkte⁴ entstanden sind, die nicht dualistisch zu verstehen sind (vgl. Wissel/Wolff 2017; Wissel 2015). Mit der räumlichen Reorganisation der Politikfelder ändern sich auch die Beziehungen und Perspektiven der Akteur*innen auf diese(n) Felder(n).

Die (neue) Rechte, Europa und die Krise der EU

In diesem Kontext sind die (neu)rechten Strategien zu sehen. Insbesondere der Verlust des alten Narrativs von der EU als Sicherung von «Frieden und Wohlstand» (vgl. Brasche 2017: 337) nutzen (neu)rechte Akteur*innen, indem sie ein Gegennarrativ zur EU entwickeln, das nicht einfach anti-europäisch⁵ ist, sondern ein völkisches Europabild. So kommen «die Vertreter des europäischen Ungeistes als europäische Bewegung» daher (Guérot 2017: 42). Der Erfolg von sozialen Bewegungen⁶ hängt wesentlich auch davon ab, ob sie in der Lage sind, ein unterschiedliche Fraktionen vereinendes Gegennarrativ zu entwickeln (vgl. Flesher Forminaya 2017: 4). Europa als zu bestimmende Idee ist ein solch vereinigendes Element, was neue Wirk-

4 In der kritischen Geografie wurde der Begriff Scales –räumliche Maßstabebenen – entwickelt, um die räumliche Konstitution von Gesellschaft und die gesellschaftliche Konstitution des Raumes zu erfassen. Raum ist keine vorgesellschaftliche Kategorie. In diesen Auseinandersetzungen wurde analysiert, dass die kapitalistische Vergesellschaftung nicht nur verschiedene Räumlichkeiten produziert (Stichwort: ungleiche Entwicklung), sondern sich an einem Ort unterschiedliche räumliche Bezugsebenen materialisieren können. Im Fordismus war dabei die nationale Maßstabebene die dominante, wobei die Transnationalisierungsprozesse dazu geführt haben, dass diese Dominanz gebröckelt ist. Daraus entstanden ist ein räumliches Netzwerk verschiedener Maßstabebenen (national, global, international, regional usw.), deren Verhältnis sich an verschiedenen Orten verschieden ausdrücken kann. Multiskalar fasst diese räumliche Vielschichtigkeit in einem Begriff zusammen. Aus dieser Perspektive sind die Ansätze, die eine neue Spaltungslinie zwischen dem Nationalen und dem Globalen konstatieren, zumindest als unterkomplex zu bezeichnen.

5 So wie es Leggewies Buchtitel «Anti-Europäer» suggerieren könnte (2016).

6 Es ist umstritten, ob man von einer sozialen Bewegung von rechts sprechen kann (vgl. Butterwegge 1993; Schedler 2016). Nichtsdestotrotz halte ich es für erkenntnisfördernd, manche theoretische Überlegungen der Forschung über soziale Bewegungen einzubeziehen.

samkeit in der politischen Krise der EU erlangt. Am augenscheinlichsten tritt dies bei dem Slogan «Defend Europe» der Identitären Bewegung⁷ zutage, aber auch bei Pegida gab es unter anderem mit der sogenannten Prager Erklärung zur «Festung Europa» (2016) eine europäische Vernetzung ebenso wie bei offen auftretenden Nationalsozialist*innen – so bei der Demonstration «Europa erwache» im April 2018 in Dortmund. Ähnliches findet sich auch auf der Ebene der Parteien wie beispielsweise bei der Alternative für Deutschland (AfD) – im Parteiprogramm 2016 oder in Höckes Forderung nach einer «Festung Europa» (2018) – und bei Regierungsparteien wie dem Fidesz in Ungarn, dessen Vorsitzender Viktor Orbán drohte, es wäre ein Leichtes, zur Europaparlamentswahl 2019 eine «pan-European anti-immigration formation» (2018) zu initiieren.

Auch wenn die unterschiedlichen (neu)rechten Fraktionen kein einheitliches Europabild vertreten, so lassen sich viele vereinheitlichende Elemente herausarbeiten. Dieses, mitunter nur angedeutete, Europabild soll der EU eine völkische europäische Identität entgegensetzen und damit bzw. mit deren Versatzstücken die gesellschaftlichen Konfliktfelder semantisch neu ordnen. Vor allem dienen diese ideologischen Elemente eines völkischen Europas dazu, das Ringen um Wahrheit auf solchen Konfliktfeldern durch die «mobilisierende Kraft der Mythen» (Lenk 1994: 283) zu ersetzen. Das Neue ist dabei nicht, dass (neu)rechte Akteur*innen ein Europeanarrativ entwickeln – Europa ist schon lange ein wichtiges Element eines rechten «Ökumenismus» (vgl. Griffin 2008: 175 f.) –, sondern dessen potenzielle Wirkmächtigkeit in der politischen Krise der EU. Die grundlegende These besteht darin, dass in den skizzierten Transformationen des politisch-institutionellen Gefüges die «ideologische» Ebene eine wichtige Rolle in der Reaggregation gesellschaftlicher Interessengruppen- und -fraktionen spielt und hierbei die (neu)rechten Europavorstellungen von Bedeutung sind. Im Folgenden werden die meines Erachtens nach wichtigsten Dimensionen und Elemente des völkischen Europabildes aus Texterzeugnissen der (neuen) Rechten herausgearbeitet. Dieses induktive Herausarbeiten von Kategorien ist die Grundlage für eine empirische Untersuchung zur Bedeutung und Wirkung dieser Elemente in den gesellschaftlichen Konflikten, insbesondere auf dem Feld der Migrationspolitik. Das Folgende ist daher als Vorarbeit zu einem größeren Forschungsprojekt zu sehen.

Europa – als Idee wie auch als existierendes politisch-institutionelles Ensemble – spielt derzeit eine zentrale Rolle im (neu)rechten Versuch, ein gegenhegemoniales Narrativ zu etablieren. Generell besteht (neu)rechtes Denken darin, gesellschaftliche Kämpfe mittels einer mythisierenden Interpretation der historischen Situation semantisch neu zu strukturieren (vgl. Lenk 1994, Müller 1995); dabei dient Europa gegenwärtig als zentrale «Projektionsfläche» (Virchow 2017).

7 Die Identitäre Bewegung existiert, abgesehen von Vorläuferorganisationen, seit 2012 und ist so etwas wie der jugendlich-popkulturell-aktionistische Arm der (neuen) Rechten. Sie arbeiten mit Memes, popkulturellen Bezügen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen, die medial geschickt aufgebauscht werden (vgl. Bruns u. a. 2017).

So wie es kein einheitliches hegemoniales Europabild gibt, sondern verschiedene konkurrierende Vorstellungen, die Teil der Auseinandersetzungen um Hegemonie sind, so gibt es auch kein einheitliches rechtes Europabild. (Neu)Rechte Europabilder verändern sich, wie andere auch, mit den Entwicklungen der Europäischen Union, und das Verhältnis der (neu)rechten Akteur*innen zur EU ist auch nicht immer gleich (vgl. Zinell 2007). Vielleicht gerade weil sich der Begriff Europa relativ beliebig füllen lässt, ist er der zentrale in der internationalen Vernetzung (neu)rechter Akteur*innen.⁸ Dies zeigt sich einerseits in der Parole «Europa verteidigen», aber auch in den vielen internationalen Treffen und Kongressen zu Europa.⁹

Das Europeanarrativ besteht hauptsächlich darin, eine gemeinsame europäische Identität zu konstruieren, die zuerst aus Feindbildkonstruktionen besteht. Hierbei spielt «der Islam» eine gewichtige Rolle, verknüpft mit einer Ablehnung der EU, die in eine Ablehnung «des Westens» eingebettet ist. Dagegen wird ein mythisches Europabild gesetzt, das in seiner Unbestimmtheit Anknüpfungspunkte für alle Elemente neurechter Ideologie bietet. Dies ist zentral für die Vernetzung sowohl (neu)rechter Akteur*innen untereinander in Europa als auch mit Teilen des Konservatismus. Trotz dieser Unbestimmtheit ist Europa dabei weit mehr als nur ein austauschbarer Umweg des Nationalismus, Europa markiert, angezeigt durch die vielfältigen europäischen Vernetzungen auf unterschiedlichen Ebenen, das Entstehen eines transnationalen Nationalismus, der in spezifischer Weise die ideologische Krise der EU zum Ausgang für einen Angriff auf die gegenwärtige Ordnung auswählt.

Im Folgenden werden die Dimensionen des Europabildes (neu)rechter Akteur*innen ausgehend von den Feindbestimmungen gegenüber der EU getrennt betrachtet. Zunächst wird die (neu)rechte Agitation gegen die EU als totalitaristischem Herrschaftsmodell skizziert, dann die Bestimmung der EU als kosmopolitisch oder «globalistisch», drittens die Bedeutung des Verhältnisses von EU und Migration, viertens die geschlechtliche Dimension und fünftens die Frage nach der Vergangenheit(spolitik). Im Anschluss daran werden kurz einige Elemente des (neu)rechten Gegenbilds dargestellt.

8 Mittlerweile gibt es auch eine US-amerikanische Gruppe namens «Identity Europe».

9 Allein im Jahr 2018 gab es viele europäische Treffen und Konferenzen, wie beispielsweise den Kongress der «Verteidiger Europas» im Februar in Linz, ein Casa-Pound-Treffen unter dem Titel «Which Europe?» in London im März, eine Europa-Konferenz in Ungarn, ein Treffen der Identitären in Dresden im August unter dem Motto «Europa Nostra», um nur ein paar zu nennen.

Der Kampf gegen die EU

«Diese EU ist die verderbliche Krankheit Europas im 21. Jahrhundert.» (André Poggenburg)¹⁰

Die EU ist in mehreren Dimensionen das Feindbild (neu)rechter Akteur*innen, allerdings ist es zu simpel, die verschiedenen Formen der strikten Gegnerschaft zur EU als «anti-europäisch» zu qualifizieren. Auch der Begriff Euro-Skeptizismus wird bei der Klassifizierung von Parteien häufig für unterschiedliche Phänomene verwendet, sodass er an analytischer Kraft verliert. Wassenberg schlägt stattdessen den Begriff «Alter-Europeanism» (2016: 33 f.) vor, um die verschiedenen Arten der Opposition gegen Europa als Manifestationen gegen spezifische Repräsentationen von Europa zu begreifen. Die EU spielt eine spezifische Rolle im ideologischen Gerüst der (neuen) Rechten, da, wie Frank Decker (2017: 47) feststellt, die «sonst so abstrakte Globalisierung mit ihr einen konkreten Schuldigen» findet.

Zwar ist das Verständnis dessen, was die EU oder das der EU entgegengesetzte Europa sein soll, in den verschiedenen Fraktionen der (neuen) Rechten umstritten und es gibt auch immer wieder Anpassungen der rechten Europavorstellungen an veränderte Verhältnisse, doch lassen sich gleichwohl einige allgemeine Grundmuster herausarbeiten.

Dimension 1: die EU als Herrschaftsmodell (als Totalitarismus/Sozialismus)

In dieser Dimension kann man zweierlei erkennen: zum einen, wie sich ein grundlegendes Motiv (neu)rechter Europavorstellung durch Veränderung erhalten hat, zum anderen sieht man hier Vernetzungsmöglichkeiten von (neu)rechten und neoliberalen Akteur*innen.

Das grundlegende Motiv der (neu)rechten Europavorstellungen bestand und besteht darin, ein «echtes» Europa¹¹ sowohl gegen den Westen (die USA) als auch gegen die Sowjetunion abzugrenzen (vgl. z. B. Eichberg¹² 1974; Faye¹³ 1991 [1985]). Nach

10 André Poggenburg war bis 2018 AfD-Fraktionschef im sachsen-anhaltischen Landtag, nach seinem Partei Austritt Chef einer eigenen Partei (Aufbruch Deutscher Patrioten), aus der er nach eigener Aussage auf dem Kongress «Verteidiger Europas» im August 2019 ebenfalls ausgetreten ist. Zitat: twitter.com/PoggenburgAndre/status/970762094802096130 (letzter Zugriff: 16.10.2019).

11 Europa als Gegensatz zur EU sei immer «eine rechte Idee» gewesen, behauptet Benedikt Kaiser (2016: 43), Lektor des (neu)rechten Antaios-Verlags und wichtige Figur in (neu)rechten Netzwerken. Diese Behauptung soll zweierlei leisten: Einmal soll linker Europakritik der Boden entzogen werden, zum anderen soll sie im rechten Lager legitimieren, Europa so stark zu machen.

12 Henning Eichberg war im deutschsprachigen Raum in den 1970er Jahren einer der wichtigsten Vertreter einer nationalrevolutionären Strategie und Theorie. Er propagierte den Ethnopluralismus ebenso wie er eine Synthese von rechten Akteuren und nationalistischen Linken anstrebte. Nicht zuletzt entwickelte er eine spezifische Europa-Vorstellung, deren Versatzstücke bis heute in (neu)rechten Diskursen zu finden sind. Zu Eichberg vgl. z. B. Globisch 2011: 207 ff.

13 Guillaume Faye galt lange als zweiter Theoretiker der Nouvelle Droite nach Alain de Benoist. Nach seinem Zerwürfnis mit Benoist zog er sich kurze Zeit in den Beruf zurück, um dann wiederum als Theoretiker eines «Archäofuturismus» in Erscheinung zu treten. Für den französischen Forscher Stéphane François (2019) ist er einer der maßgeblichen Theoretiker des Nativismus, dessen Werke zunehmenden Einfluss auf (neu)rechte Kreise gewinnen.

dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der neuen Qualität der europäischen Integration ab 1992 durch den Maastricht-Vertrag hat sich der Antikommunismus auf die EU verlagert. Die EU sei ein Elitenprojekt (Menzel/Stein¹⁴ 2013: 85), zentralistisch, bürokratisch und technokratisch (ebd.; Benoist¹⁵ 2003: 50), dessen Ziel es sei, «einen europäischen Superstaat zu etablieren, dem die Prinzipien der Gewaltenteilung und demokratischen Teilhabe völlig fremd sind» (Weidel¹⁶ 2018). Die EU wird in diesen Bestimmungen zu einem sozialistischen Projekt, zu einer «Brüsseler Demokratie» (Jürgen Elsässer,¹⁷ zit. nach: Schilk 2017: 116), Macrons Europavorschläge werden zu «sozialistischen, planwirtschaftlichen Ansätzen» (Weidel 2018), die EU selbst zu einer «EudSSR» (z. B. Hans-Olaf Henkel, zit. nach: Häusler/Roeser 2015: 44). Der Antikommunismus, immer schon ein zentrales ideologisches Motiv der (neuen) Rechten, grundiert damit die semantische Verkettung der EU mit Totalitarismus, was jeweils aus unterschiedlichen (neu)rechten Perspektiven gefüllt werden kann und somit ein verbindendes Moment verschiedener (neu)rechter Fraktionen darstellt.

Dimension 2: die EU als kosmopolitisch/der Westen/Globalisierung

Während sich der Antikommunismus auf die EU verlagert hat, zieht sich die Ablehnung «des Westens» kontinuierlich durch (neu)rechte Texte. Die EU sei eine «Zwischenstation auf dem Weg zu einer Weltgesellschaft» (Menzel/Stein 2013: 86), die europäische Kultur sei «vom westlichen, kosmopolitischen System vergiftet» (Faye 2006: 31). Hier hat der (neu)rechte Pseudo-Antikapitalismus seinen Grund, der vor allem als ein Antiliberalismus zu verstehen ist. Als «Hauptgegner» (ebd.: 45) gelten die USA als Prototyp des westlichen Liberalismus. Darauf fußt die Ablehnung der Globalisierung als «Globalismus» und «One-World-Propaganda»¹⁸ und damit auch die Ablehnung jeglichen Universalismus. Der Kapitalismus wird oftmals als Werkzeug einer unbestimmten Gruppe betrachtet, die die Herrschaft über die Welt erlangen will: «Der Kapitalismus hat eine künstliche Welt geschaffen, für die der Mensch nicht gemacht ist. Außerdem wird das gemeine Volk von einer kleinen Kaste ausgebeutet, die alle Mächte für sich monopolisiert und nach der weltweiten Hegemonie greift. [...] Diese Kritik trifft freilich auch eins zu eins auf den Kommunismus zu.»

14 Felix Menzel gründete die (neu)rechte Jugendzeitung *Blaue Narzisse* und gehört zum erweiterten jungkonservativen/(neu)rechten Netzwerk (vgl. Kellersohn 2016a: 441). Philip Stein ist Leiter des rechten Projekts «Ein Prozent für unser Land», Verleger/Besitzer des Jungeuropa-Verlages und pflegt internationale Kontakte unter anderem zur neofaschistischen Casa-Pound-Bewegung.

15 Alain de Benoist ist der zentrale Autor der französischen Nouvelle Droite, dessen Bücher und Artikel die (neue) Rechte europaweit beeinflusst haben (vgl. J.-Y. Camus 2019).

16 Alice Weidel ist seit 2017 Kovorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion.

17 Jürgen Elsässer hat den Weg von der radikalen, frühen antideutschen Linken hin zur verschwörungsideologischen Rechten genommen. Er ist der Protagonist des Magazins *Compact*, einer wichtigen Publikation im (neu) rechten Spektrum (zu Elsässer vgl. Schilk 2017).

18 So z. B. die Identitäre Bewegung in der Rubrik Forderungen auf ihrer Homepage: www.identitaere-bewegung.de/category/politische-forderungen/ (letzter Zugriff: 30.8.2018).

(Venner¹⁹ 2017: 45 f.) Abgelehnt werden mit dem Universalismus auch Menschenrechte und Humanismus, die als Gefahr für die europäische Kultur verstanden werden (z. B. Friberg²⁰ 2017: 16).

Die scheinbar einander entgegenstehenden Bestimmungen der EU als sozialistischer Superstaat und Teil eines globalistischen Universalismus werden im (neu) rechten Denken synthetisiert: «Ganz allgemein ist es sinnvoll, sich dies als Allianz zwischen dem globalen Kapitalismus, dem globalen Marxismus zusammen mit etwas vorzustellen, das man als globalen Autoritarismus bezeichnen könnte, womit ungewählte Individuen gemeint sind, die auf eine Weltregierung hinarbeiten.» (Fjordman²¹ 2011: 165)

Das erinnert meines Erachtens nicht nur zufällig an den alten antisemitischen Topos des Juden als Kapitalist, Kommunist und Weltverschwörer. Dieser Topos ist ein elementarer Bestandteil der völkischen Bearbeitung der Welt.

Dimension 3: EU und Migration/Islam

Widersprüchliche Aussagen gibt es ebenfalls in der Dimension der Migrationspolitik. Auch wenn sich die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 als «Gelegenheitsstruktur» (Häusler 2016) für (neu)rechte Akteur*innen gezeigt hat, ist das grundlegende Motiv ein altes, das neue Wirkmächtigkeit erlangt hat. Insbesondere die Ablehnung eines «Multikulturalismus» ist als einigendes Band vieler (neu)rechter und konservativer Fraktionen zu sehen. «Multikulturalismus» als Chiffre vereint in sich die Ablehnung einer vermeintlichen linken Hegemonie mit neorassistisch-kulturalistischen Vorstellungen von Identität und Kultur. Es ist zudem ein europäisiertes Kampffeld: Die gesellschaftlichen Konflikte um Migrationspolitik sind gleichzeitig innerhalb der Nationalstaaten, zwischen ihnen sowie zwischen ihnen und der EU und innerhalb der EU zu verorten. Die politische Krise der EU zeigt sich sehr deutlich an den Konflikten um die Migrationspolitik, die nicht erst 2015 entstanden sind, seitdem aber sich weiter verschärft haben (vgl. Keil 2016). Die Struktur des Politikfeldes wird seit 1992 bestimmt von der Etablierung der Politik der «managed migration» (vgl. Kannankulam 2014). Von zentraler Bedeutung ist dabei die Aufteilung in «nützliche» Migra-

19 Dominique Venner war Mitglied der französischen rechtsterroristischen Organisation de l'armée secrète (OAS), die sich im Kontext des Algerienkrieges bildete, und später von paneuropäischen rechten Gruppen. Er erschoss sich öffentlich in der Pariser Kathedrale Notre-Dame im Jahr 2013 aus Protest gegen die gesetzliche Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe und ist nicht zuletzt durch seinen Selbstmord zu einer wichtigen Bezugsfigur des (neu)rechten Netzwerks geworden.

20 Daniel Friberg ist eine wichtige Netzwerkfigur in der internationalen Rechten. Er ist Mitgründer des Verlags ArktoS, «ein mehrsprachiges Verlagshaus, das wichtige Autoren des (neu-)rechten Lagers – von Alain de Benoist über Alexander Dugin bis zu Moeller van den Bruck – in Übersetzungen zugänglich macht» (Wölk 2016: 13; vgl. Teitelbaum 2019).

21 Fjordman ist ein norwegischer (neu)rechter Blogger, dessen Einträge Anders Brevik beeinflusst haben. Eine Auswahl seiner Blogbeiträge wurde im Antaios-Verlag in deutscher Sprache unter dem paradigmatischen Titel «Europa Verteidigen» herausgegeben (Fjordman 2011).

tion und Fluchtmigration²² sowie die Behandlung von Fluchtmigration vor allem als Sicherheitsproblem (vgl. Fekete 2018), da die Entwicklung einer europäischen Migrationspolitik nur zusammen mit der Entwicklung einer europäischen Grenzkontrollpolitik zu analysieren ist. Die Wahrnehmung von Migrant*innen vorrangig als Sicherheitsproblem war und ist dabei ein Teil der Schaffung einer europäischen Identität durch Markierung eines «globalen Fremden» (Cetti 2014), was sich mit der Diskussion um die Einrichtung von extraterritorialen Lagern für Geflüchtete weiter verschärfen dürfte (vgl. Buckel/Pichl 2018).

An diese Struktur – Krise, Versicherheitlichung, Ausschluss – knüpfen (neu)rechte Akteur*innen in mehrfacher Weise und auf verschiedenen Ebenen an. Bevor kurz die zentralen Motive genannt werden, muss erwähnt werden, dass hier ein wichtiges Vernetzungsfeld liegt, sowohl auf der Ebene von Parteien (mit und ohne Regierungsbeteiligung) als auch bei Kongressen, Treffen, Tagungen, Demonstrationen oder bei der Formulierung von europäischen Erklärungen und Manifesten. In der Abgrenzung gegenüber einem Anderen wird eine europäische Identität konstruiert, die einerseits anknüpfen kann an die genannten Aspekte der europäischen Migrationspolitik, andererseits gleichzeitig ein Gegennarrativ zum Europa der EU entwickelt. Im Zentrum steht dabei, was die Identitären in der Parole «Defend Europe» ausdrücken. Migrant*innen werden nicht nur im nationalstaatlichen Rahmen verortet, sondern auch als Gegensatz zu einem spezifisch gedachten Europa. Das geschieht wiederum auf mehreren Ebenen: Erstens wird Migration zum Hauptproblem stilisiert, das im Prinzip alle anderen gesellschaftlichen Probleme verursacht (z. B. bei R. Camus²³ 2017: 103 ff.), wobei gleichzeitig Migration mit Kriminalität und Illegalität verknüpft wird. Zweitens wird ein Gegensatz von Europa und Islam konstruiert und drittens daraus der Kampf gegen «Multikulturalismus» begründet.

Im Politikfeld Migrationspolitik werden diese drei Ebenen von rechts bespielt, und verschiedene Versatzstücke davon gelangen bis in Regierungspolitiken, nicht nur von explizit rechten Parteien, sondern auch von konservativen.²⁴ Diese verschiedenen Ebenen kommen zusammen in der Formel vom «Großen Austausch» (R. Ca-

22 Diese prinzipielle Aufteilung hat sicherlich noch mehr Abstufungen, die sich um die Frage der Legitimität von Migration drehen. Hier gibt es gesellschaftlich verschiedene Antworten. Das Politikfeld selbst wird dabei einerseits von der Richtlinie zum Aufenthalt von «Drittstaatenangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung» (Richtlinie2009/50/EG des Rates), andererseits von der Errichtung des europäischen Grenzregimes markiert, durch das verschiedene Zonen rechtlicher Stratifizierung (vgl. Buckel 2013) geschaffen werden, die Migrant*innen unterschiedliche Rechtsstatus zuweist.

23 Renaud Camus kann als «Le Pens heimlicher Vordenker» (Wiegel 2015) betrachtet werden. Die Idee des «Großen Austauschs» entwickelte er bei einer Recherchereise durch mittelalterliche Kleinstädte im Südwesten Frankreichs, als er dort auf verschleierte Frauen traf (vgl. ebd.). Weniger bekannt ist, dass er sich schon weit früher antisemitisch äußerte: Er sei «irritiert» darüber, dass die «französische Kultur und Zivilisation als hauptsächlichliche Meinungsträger [...] in sehr vielen Fällen mehrheitlich Juden, Franzosen der ersten oder zweiten Generation», habe und Juden die französische Debatte über Immigration bestimmten» (zit. nach: Weigel 2009: 124).

24 Zur Verwendung von Termini wie «Asyltourismus» oder «Anti-Abschiebe-Industrie» durch CSU-Politiker vgl. Rechte Kampfbegriffe zu Migration, unter: www.taz.de/!5513699/.

mus 2017). Diese inzwischen ubiquitäre Formel ist eine Verdichtung des völkischen Weltbildes und zentraler ideologischer Knotenpunkt. Die Aussage besteht in der Behauptung, die einheimischen Bevölkerungen Europas würden durch Migrant*innen ersetzt. Dieser Topos ist nicht neu. Bei Pegida tauchte er auf als «Umvolkung», ein Terminus, der die nationalsozialistischen Germanisierungspläne in Osteuropa bezeichnete und heute als Kampfbegriff gegen Migration verwendet wird (vgl. Knopp 2017: 92). Bei Pierre Krebs²⁵ (1982: 25 f.) hieß es schon viel früher: «Diese bloße Schein-Demokratie verbirgt in sich in Wirklichkeit den barbarischsten und perverstesten Totalitarismus, der im Namen der Freiheit alle Völker der Menschheit in der Panmixie (Rassenmischung) auslöscht.» Und der Topos lässt sich noch bis Adolf Hitler zurückverfolgen, der angesichts der Besetzung des Rheinlands durch französische Truppen nach dem Ersten Weltkrieg, denen zum Teil Soldaten aus den afrikanischen Kolonien angehörten, schrieb, dass es «Juden waren und sind», die hinter der Besetzung stünden, «immer mit dem gleichen Hintergedanken und klarem Ziele, durch die dadurch zwangsläufig eintretende Bastardisierung die ihnen verhasste weiße Rasse zu zerstören, von ihrer kulturellen und politischen Höhe zu stürzen und selber zu ihren Herren aufzusteigen» (Hitler 1936: 357).

In der gegenwärtigen Situation wird die politische Krise der EU als «Asylkrise» (Stein 2015) gedeutet und mit dem Topos des «Großen Austauschs» werden alle politischen und sozialen Probleme mit Migration verknüpft. «Das eigentliche Problem ist die Masseneinwanderung, der Große Austausch der Völker und die Auflösung der Zivilisation, die erzwungene Koexistenz zwischen der Zivilisation der Alteingesessenen und der Zivilisation der Zugewanderten, der Eroberungskampf um Ressourcen und Lebensraum.» (R. Camus 2017: 105) Damit verbindet sich eine Untergangsfantasie: Europa sei unrettbar verloren, wenn jetzt nicht gehandelt werde (z. B. Müller²⁶ 2017: 99 f.). Der befürchtete Untergang Europas wird häufig als «Islamisierung» verhandelt, als Gegensatz von Okzident und Orient. Eine solche Aktualisierung eines antimuslimischen Rassismus ist eine wichtige Abgrenzungsbestimmung (neu)rechts gedachter europäischer Identität und zugleich Bindeglied zwischen verschiedenen (neu)rechten und konservativen Fraktionen und knüpft an die Grenzregimepolitik Europas an. Die (neu)rechte Schlussfolgerung daraus lautet, «Europa als Festung zu denken und zu leben, und zwar als uneinnehmbare Festung» (Höcke 2018).

Der Topos des «Großen Austauschs» aktualisiert alte (neu)rechte Topoi wie den des «Volkstods», den zunächst vor allem neonazistische Gruppen und Parteien wie die NPD²⁷ in einem antifeministischen Kontext verwendet haben (vgl. Botsch/Kop-

25 Pierre Krebs war Gründer des «extrem rechten Thule-Seminars» und vertrat neben Eichberg als einer der ersten das Konzept des Ethnopluralismus in Deutschland (Globisch 2011: 212).

26 Mario Müller ist ein Kader der Identitären Bewegung.

27 Die «Anti-Volkstod-Kampagne» hat auch historische Vorbilder. Die paranoide Idee des «Volkstods» gab es schon in den 1920er Jahren, prominent vertreten durch den Nationalbolschewisten Ernst Niekisch in seiner Zeitschrift *Widerstand* (vgl. Pittwald 2000: 152 ff.).

ke 2018; Esen 2016; Pfeiffer 2016). Zugleich verdichtet sich in diesem Topos der Antifeminismus und Rassismus verschiedener (neu)rechter Strömungen. Für den Identitären Martin Sellner fasst er «Teilaspekte eines Geschehens, das für unser Volk und für ganz Europa die unüberbietbare Katastrophe darstellt» (Sellner 2016: 193), zusammen. Das beschworene katastrophische Unheil ist ein immer wieder aktualisierter traditioneller Bestandteil (neu)rechter Propaganda (vgl. Adorno 2019). Beides – Austausch und Katastrophe – verknüpft, hat Eingang gefunden in die Politik (neu)rechter Parteien in Europa.²⁸ Gauland (2018) sagte in der Eröffnungsrede zum Parteitag der AfD 2018: «Die Migrationsfrage ist die Schicksalsfrage Europas», und warnte: «Ein solcher Bevölkerungsaustausch ist irreversibel».

Aus diesem Bedrohungsszenario entspringt ein Handlungsdruck, denn wenn von «Schicksalsfrage» die Rede ist oder davon, zur «letzten Generation» zu gehören, «die diese ultimative Katastrophe abwenden kann» (Sellner 2016: 210), dann muss etwas getan werden. So ist der Weg zur Gewalt legitimiert und es ist kein Zufall, dass der globale Rechtsterrorismus sich ebenfalls legitimatorisch auf das Motiv des «Großen Austauschs» beruft. So betitelte der Attentäter von Christchurch sein Manifest «The Great Replacement», in dem er von der Verdrängung des europäischen Volkes («The European People») spricht, bevor er den globalen Ausdruck «White Genocide» verwendet. Europa bzw. das europäische Volk dienen in allen Fällen als mythische Referenzfolien, auf deren Grundlage die Legitimationen für ein gewalttätiges Vorgehen entwickelt werden.

In Europa bzw. in der EU beinhaltet das rassistische Motiv eine spezifische Ablehnung der EU. Beispielhaft ist dafür der norwegische Blogger Fjordman (2011: 152): «Der Multikulturalismus war das Projekt einer Koalition aus verschiedenen Gruppen, die das gemeinsame Ziel vereinte, die westlichen Nationalstaaten zu untergraben.» Oder: «Stalin tat dasselbe, auch er verpflanzte große Bevölkerungsgruppen, um das Volk zu destabilisieren und uneins zu machen. Die EU hat viel von Stalin gelernt.» (Ebd.: 153) Und weiter: Der Islam sei nur «eine Sekundärinfektion» (ebd.: 173), das eigentliche Problem, das «kulturelle AIDS» (ebd.), sei die Willensnation oder anders ausgedrückt: der Liberalismus.

Hieraus sind zwei Dinge hervorzuheben: erstens die EU als linkstotalitäres Projekt, dessen vornehmliches Ziel die Zerstörung der europäischen Völker sei – etwas, das in der Ablehnung von «Multikulti» und der Behauptung einer linken oder «kulturmarxistischen» (Breivik) Herrschaft der Political Correctness ebenfalls zu beobachten ist –, und zweitens die Zentralität der völkischen Homogenität und Identität. So können sozialökonomische und/oder politische Problem- und Konfliktlagen auf iden-

28 «Als Agitationsschwerpunkt der sogenannten Neuen Rechten dient er [der «große Austausch»; D.K.] mittlerweile als Bindeglied zwischen dem breit gefächerten und heterogenen Lager des weißen Ethnonationalismus. Populistische Politiker wie Viktor Orbán, Norbert Hofer, Donald Trump oder Alexander Gauland haben in ihren Äußerungen den Mythos aufgegriffen oder Anspielungen auf ihn gemacht.» (Winkler/Goetz 2019)

titäre Zuschreibungen reduziert werden. Grundlegend kommt hier zum Vorschein, dass die völkische Homogenität im Zentrum (neu)rechten Denkens steht. Im Antikommunismus, Antisemitismus und Rassismus kommen die wesentlichen negativen Bestimmungen einer völkischen europäischen Identität zusammen. Dies alles ist in Versatzstücken weit über den harten Kern des (neu)rechten Diskurses hinaus in den politischen Mainstream eingegangen.

Dimension 4: Geschlecht

Eng verknüpft mit dem Komplex der Migration ist die Dimension des Geschlechts und der Sexualität. Im Kern geht es dabei um die Propagierung traditioneller hierarchischer Geschlechterrollen, die Ablehnung von Homosexualität und die Ablehnung insbesondere von Gender Studies.²⁹ Hierzu finden sich ebenfalls europäische Vernetzungen (vgl. Kemper 2016). Der im «Antigenderismus» aktualisierte Antifeminismus (vgl. Schutzbach 2016) ist dabei ein alter Bestandteil konservativen und völkischen Denkens, der auch in den Europeanarrativen erneuert wird. Grundlegend wird von einer natürlichen/biologischen Ungleichheit von Mann und Frau ausgegangen (vgl. Friberg 2017; Benoist 2003), womit jegliche Aktivität gegen diese Ungleichheit als unnatürliche «Gleichmacherei» (Schutzbach 2016: 586f.) und damit als Zersetzung der natürlichen Ordnung verstanden wird. Insbesondere im Motiv des «Großen Austauschs» (und seinen Spielarten) ist der Antifeminismus vermittelt. Erstens in dem demografischen Motiv, die «Fruchtbarkeitsziffern» der «außereuropäischen, eingewanderten Bevölkerungsteile» (Faye 1991: 49) seien höher als die der europäischen Bevölkerung, zweitens in der Konsequenz, dass die «für die Zukunft eines Landes entscheidende Generation der unter 35-Jährigen bereits in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht mehr mehrheitlich deutsch sein» werde (Müller 2017: 100; vgl. auch Schmidt 2015). Dies liege nicht nur an der Zuwanderung, sondern umgekehrt habe eine «Dekadenz die Selbstbehauptungskräfte zumindestens der westeuropäischen Völker erlahmen lassen» (Höcke 2018), eine «kulturelle Autoaggressivität» habe «weinerliche» junge Männer hervorgebracht, die nicht in der Lage seien, ihre Frauen zu beschützen (ebd.). Die «Kolonisierung Europas» stehe in Zusammenhang mit der «Kastration» des europäischen Mannes» (Faye 2006: 22).

Der Mythos europäischer Ursprünglichkeit umfasst auch ein Geschlechterbild, das die Frau in der Rolle der Hüterin des Volkserbes als Mutter sieht, die dem Mann unterstellt ist, der als Krieger das europäische Erbe auf dem Schlachtfeld verteidigt. Besonders deutlich wird das in der Bildsprache unzähliger (neu)rechter Tumblr-Blogs

29 Gerade die Gender Studies sind ein gemeinsamer Feind der unterschiedlichen rechten Fraktionen. In Ungarn sollen sie verboten werden (vgl. Verseck, Keno: Warum Ungarn das Fach Gender Studies an den Unis abschafft, in: Der Spiegel, 21.8.2018, unter: www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/ungarn-gender-studies-soll-an-unis-verschwinden-warum-a-1223688.html); im AfD-Parteiprogramm (2016) sind ähnliche Forderungen zu finden und bei Pegida hat dies ebenfalls einen wichtigen Stellenwert (vgl. Keil 2015).

mit Europabezug, in denen Frauen entweder in Tracht oder bäuerlicher Kleidung mit (blonden) Kindern zu sehen sind oder lasziv (halb)nackt, «dem Mann untergeordnet oder ergeben [...] Sie winken den tapferen Verteidigern der Festung Europa als Belohnung, und um sie – ihre Reinheit – zu schützen, ist der Kampf gegen alles Fremde – und Bedrohliche – überhaupt nur nötig.» (Ullrich 2018) Der Mann als wehrhaft und die schutzbedürftige Frau als Idealbild schließen zudem queere, homosexuelle³⁰ und transsexuelle Lebensweisen aus. Emanzipation und sexuelle Selbstbestimmung erscheinen hier, wie im völkischen Nationalismus der 1920er Jahre, als zersetzend und mitverantwortlich für den «Volkstod» (Ernst Niekisch).

Dimension 5: europäische Geschichte/Vergangenheit

Eine Dimension, die in den öffentlichen Debatten etwas untergeht, ist die Vergangenheitsvorstellung (neu)rechter Akteur*innen, die deren Verständnis der Gegenwart prägt und die in der Narration eines mythischen Europas eine gewichtige Rolle spielt. Die (mythischen) Geschichtsvorstellungen skizzieren ein Europa, das in der (neu) rechten Ideologie durch den «Großen Austausch» zerstört werden wird. Das beinhaltet erstens die Abgrenzung zur hegemonialen Geschichtsschreibung, zweitens die Hervorhebung und völkische Interpretation historischer Ereignisse (wie die Schlacht von Tours/Karl Martell) und drittens die politische Zielrichtung, die mythische Vergangenheit in der Zukunft wiederzufinden und in die Gegenwart zu holen.

Ad 1) Die Abgrenzung zur hegemonialen Geschichtsschreibung, die in der Entwicklung einer europäischen Identität eine wichtige Rolle spielt, hat verschiedene räumliche Dimensionen. Zum einen bezieht sie sich in der deutschen Rechten vor allem auf die Bedeutung des Nationalsozialismus und von Auschwitz für das deutsche Selbstverständnis. Zum Zweiten hat die Bedeutung des Nationalsozialismus auch eine europäische Dimension, da die deutsche Vergangenheitspolitik sich in den europäischen Institutionen gewissermaßen (wenn auch nicht linear) fortsetzt. Die Erzählung von EU-Europa als Friedensprojekt nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts versucht daraus eine Identität zu stiften – Auschwitz als negativer Gründungsmythos Deutschlands wie auch der EU (vgl. Keil 2015). Der Kampf gegen die hegemoniale Geschichtsschreibung ist zentral davon geprägt, die Bedeutung des Nationalsozialismus und von Auschwitz herunterzuspielen und gleichzeitig eine vermeintlich vergessene Geschichte von «dreitausend Jahren Europa» (Höcke 2015) hervorzuheben (siehe ad 2). Der Kampf gegen «den letzten Mythos» Auschwitz (Sieferle 2017: 63) bedeutet zugleich den Kampf um die Errichtung eines neuen Mythos Europa, das als ein «Geheimnis» gedacht wird, das «über Jahrtausende bei uns geblieben» (Müller 2017: 80) sei.

30 Homosexualität kann, wie Judith Goetz in ihrem Beitrag in diesem Band zeigt, unter bestimmten Bedingungen auch geduldet werden, nämlich dann, wenn sie das Kriterium der Wehrhaftigkeit erfüllt. Nichtsdestotrotz bleibt das Geschlechterbild (neu)rechter Akteure grundlegend binär-hierarchisch.

Ad 2) Auch in der Betonung historischer Ereignisse und Personen sind Verschiebungen zu beobachten, die mit dem Wandel hegemonialer Identitäts- und Geschichtserzählungen zusammenhängen. Während die französische Nouvelle Droite um Benoist vor 2000 das karolingische Reich und Karl den Großen in den Mittelpunkt gestellt hat (vgl. Zinell 2007: 400f.), um mit Karl dem Großen eine für Frankreich und Deutschland gleichermaßen geltende Historie zu begründen (vgl. Larat 2000), spielt dieser heute keine große Rolle mehr. Insbesondere die Identitäre Bewegung erklärt in kruden Mischungen aus völkischer Interpretation historischer Ereignisse und kulturindustriellen Motiven verschiedene Ereignisse, wie die Schlacht von Tours und Karl Martell³¹, zu europäischen Gründungsmythen (vgl. Generation 732 2013; Müller 2017: 180f. u. 285).

Häufig bleiben die Bezüge schwammig, es ist von einer nicht näher bestimmten «dreitausendjährigen europäischen Geschichte» (Kaiser³² 2017a: 14; Höcke 2015) die Rede, womit vor allem die Bedeutung des 20. Jahrhunderts und der europäischen Einigungsgeschichte negiert werden soll. Gleichzeitig versteckt sich hinter solchen schwammigen Formulierungen eine Referenz auf die vorchristliche Geschichte Europas. Schon Eichberg versuchte, ein europäisches Gegenbewusstsein in einer «Grammatik der Indoeuropäer» zu finden, einer Struktur, die nicht allgemein-menschlich, sondern ethnisch-spezifisch europäisch sei (Eichberg 1975: 4). Dieser Rückgriff auf das Indoeuropäische (oder Indogermanische) ist sowohl in der französischen Nouvelle Droite und der Identitären Bewegung als auch in der deutschen (neuen) Rechten anzutreffen (vgl. Zinell 2007; J.-Y. Camus 2017) und war ebenfalls wichtiger Bestandteil in der Konstruktion des arischen Mythos (vgl. Poliakov 1993: 209ff.). Verbunden ist dies mit der Annahme einer «direkten, ununterbrochenen Abstammungslinie von den Indogermanen [...], die als historisches Volk, als Träger eines Systems der gesellschaftlichen Organisation und als Übermittler kultureller Werte und Mythen gelten» (J.-Y. Camus 2017: 234). Alle völkischen Gruppierungen gehen von dieser wesensmäßigen Verknüpfung von Kultur und (völklicher) Identität aus. Die Rede von «europäischen Werten» und «europäischer Kultur» meint bei (völkischen) Rechten daher immer diesen Zusammenhang, aus dem dann abgeleitet wird, dass Migration genau diese historische Verbindung und damit unwiederbringlich auch die europäische Kultur zerstöre.³³

31 In der Schlacht von Tours und Poitiers im Jahr 732 schlug eine Armee von Franken und Burgundern unter Führung von Karl Martell maurische Truppen zurück. Insbesondere Karl Martell wird von (neu)rechten Akteuren als «Retter des Abendlandes» stilisiert (Generation 732). Die historische Forschung konstatiert dagegen, dass die Schlacht zumindest nach den zeitgenössischen Quellen keine besondere Bedeutung hatte (vgl. Nonn 1990).

32 Benedikt Kaiser arbeitet als Lektor des Antaios-Verlags und gab zuletzt das Buch «Marx von rechts» mit heraus. Er kommt aus der Chemnitzer Kameradschaftsszene und versucht als Autor unter anderem in der Zeitschrift *Sezession* linke Themen rechts zu wenden, wobei hier keine wirkliche Auseinandersetzung stattfindet, sondern rechte Diskurspiraterie betrieben wird (zu Kaiser vgl. Müller 2018).

33 Hier deutet sich zugleich ein Konflikt an, der die (neu)rechten Fraktionen durchzieht: Wie positioniert man sich zum Christentum und seinem Einfluss auf Europa, wie interpretiert man das Schlagwort von der jüdisch-christlichen Prägung usw.?

Ad 3) Das zentrale Moment (neu)rechter völkischer Politik ist die Mythisierung der Politik und damit die Behauptung ewig-natürlicher Organisationsverhältnisse, die nur «von außen» – und durch Stützpunkte des feindlichen Außen im Inneren – zerstört werden können. Die Mythisierung beinhaltet zugleich eine spezifische Politik der Zeit, die in sich das (scheinbare) Paradox der faschistischen Gleichzeitigkeit von Antimoderne und Moderne mythisch bearbeitet. Dies kann als spezifische Auffassung des Verhältnisses von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verstanden werden. Wie oben gerade skizziert, wird ein Ursprung angenommen, ein ursprüngliches Volk, dessen Kultur sich durch die Jahrtausende tradiert hat. Gleichzeitig aber, und das ist der genuin faschistische Gedanke der Palingenese³⁴ (vgl. Griffin 2005), bedürfe es einer «europäischen Wiedergeburt» (Krebs 1982); es gelte, «Grundlagen für eine Renaissance [zu] schaffen, in der die europäische Zivilisation erneut aufblühen kann» (Fjordman 2011: 24); «unsere Wiedergeburt» müsse «in erster Linie eine kulturelle und spirituelle» (R. Camus 2017: 135) sein. Ein spezifisches Moment der Krise sei der «Gegenwartismus» (Fjordman 2011: 19) der Europäer, mit dem zu brechen sei. «Das materielle Wachstum machte die Sorge allgemein, die Angst, in einer stets unsicheren Gegenwart, in einer Welt ohne Vergangenheit und Zukunft zu leben.» (Benoist 2003: 16) Das Versprechen liegt darin, die in der modernen Welt verlorene Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in der Wiedererschaffung des Ursprünglichen wiederherzustellen. Die individuellen Leidenserfahrungen werden damit zurückgeführt auf das Auseinanderbrechen der mythischen Zeit.

Die kollektive Identität wird so zum Zentrum der Krisenbearbeitung, die als Sakralisierung von Gewalt funktioniert. Gewalt ist ein wesentlicher Bestandteil der konformistischen Rebellion und der Mythisierung von Politik. In der «Heiligsprechung» der natürlich-organischen Gemeinschaft, die überzeitlich gedacht wird, liegt die Bekämpfung all dessen, was als feindlich imaginiert wird. Die Imagination «Europa verteidigen», die Heroisierung ritterlicher Männlichkeit sowie die apokalyptischen Vorstellungen eines «Großen Austauschs» sind in den mythischen Zeitvorstellungen so eingelassen, dass jetzt die Zeit zum Handeln gekommen sei, um die völkische Einheit zu retten.³⁵ Daher trifft auch auf die (neue) Rechte der Gegenwart zu, was Esposito (2011: 333) zum historischen Faschismus schreibt: «Es ist sinnvoll, den Faschismus als synkretistische, mannigfache, ja, selbst widersprüchliche «Lehren» vereinigende und Hoffnungen weckende Ideologie zu verstehen. In den mythischen Zeitordnungsmodellen des Faschismus fanden unterschiedlichste Zeitgenossen ihre eigenen Wün-

34 Palingenese bedeutet Wiedergeburt. Faschistische Bewegungen streben immer eine Wiedergeburt des Volkes oder der Nation an, das heißt, dass die durch die Moderne zerstörten natürlichen Verhältnisse nicht durch Bewahrung (wie im Konservatismus) gerettet werden können, sondern durch eine Zerstörung der Moderne hindurch neu erschaffen werden müssen.

35 Zur Bedeutung der Sakralisierung von Politik im Faschismus vgl. Gentile 2000.

sche und Vorstellungen wieder. Gemeinsam war ihnen der Drang, die Gegenwart durch die Herbeiführung einer anderen Zukunft zu überwinden.»

Gegenbilder: europäische Neuordnung gegen die EU

In den negativen Bestimmungen, die bisher skizziert wurden, werden Konturen eines völkischen Europabildes oder -narrativs sichtbar, die flankiert werden von einigen Bemerkungen (neu)rechter Autor*innen zu einem zukünftigen Europa. Auch hier ist das nicht einheitlich, allerdings lassen sich einige Kategorisierungen vornehmen. Die Entwicklung (neu)rechter Europeanarrative basiert auf der Delegitimation der EU und der Demokratie. Dabei bleiben die Vorstellungen davon, wie denn Europa aussehen sollte, in der Regel relativ unbestimmt. Virchow (2017: 153f.) nennt als häufigste Modelle: das Europa der Vaterländer, Europa als Reich, Europa der Regionen und Eurasismus. Diese Vorstellungen sind nicht strikt voneinander abgrenzbar (vgl. ebd.) und in der Grundstruktur haben sie Gemeinsamkeiten: Ablehnung des Westens/der EU und der USA, Antikommunismus und eine Vorstellung einer ursprünglichen europäischen Identität, die es wiederzufinden gelte.

Die Frage nach einem Ordnungsmodell für Europa ist auch eine strategische. Hierbei wird ein Gegennarrativ zur EU diskutiert, das sich nicht nur auf die Gegnerschaft zur EU reduziert, sondern sich anschickt, die europäischen Strukturen zur Vernetzung zu nutzen, was sich wiederum in den Positionierungen niederschlägt. Die (neue) Rechte berücksichtigt dabei in ihrer Praxis und in ihrem Denken, dass viele politische Konfliktfelder europäisch strukturiert sind. Benedikt Kaiser (2017b: 84f.) beispielsweise fordert «eine neue Rechte, die europäisch denkt und mehr als nur einen nationalsoveränistisch-populistischen Anti-Brüssel-Block formieren möchte, die die Idee des einigen Europas neu und innovativ, aber rückgebunden auch an Tradition und Herkunft betrachtet». Europa soll eine «neue Nation» (Faye 2006: 42) werden, die völkisch bestimmt ist. Hierbei sollen allerdings die regionalen und nationalen Identitäten nicht verschwinden, sondern in die europäische Identität eingebettet werden. Sich «als Europäer zu fühlen und dabei voll und ganz Italiener, Tscheche oder Deutscher zu bleiben: das ist eine Herausforderung» (Sellner 2015).

Mittlerweile gehen manche (Neu)Rechte davon aus, dass die nationalstaatliche Souveränität am Ende sei und deshalb nur europäische Formen in Betracht kämen (vgl. Menzel/Stein 2013: 14). Die rudimentär entworfenen Gegenmodelle zur EU umfassen dabei föderale, bundesstaatliche Vorstellungen bis hin zu Neufassungen des Reichsgedankens (Benoist 2003; Faye 2006; Menzel/Stein 2013). Verbunden ist das mit einem vermeintlichen «Antikapitalismus» von rechts, indem nicht nur die politische Verfasstheit, sondern auch das Verhältnis zur Ökonomie diskutiert wird.³⁶ Die Ideen zur Ökonomie bleiben dabei ähnlich vage wie die zur politischen Verfasstheit.

36 Explizit wird der Zusammenhang Europas mit der sozialen Frage bei Kaiser (2017b: 84f.) hergestellt, der auch an anderer Stelle dafür plädiert, jenseits der kapitalistischen Logik zu denken (vgl. Wölk 2016: 18).

Vielmehr sind es Angriffe auf das Abstrakte des Kapitalismus, dem eine ursprüngliche Kultur gegenübergestellt wird: «Wir wollen hingegen ein ›Katechon Europa‹, das sich der Nivellierung durch den ökonomischen Opportunismus mutig mit der eigenen Kultur entgegenstellt.» (Menzel/Stein 2013: 86) Mit dem Kapital werden vor allem Liberalismus, Menschenrechte und Globalisierung assoziiert: Im «Zeitalter der Globalisierung stellt sich der Liberalismus nicht mehr als Ideologie dar, sondern als ein internationales System zur Produktion und Reproduktion von Menschen und Waren, das vom Hypermoralismus der Menschenrechte überragt ist.» (Benoist 2003: 20) Das wird alles als unnatürlich aufgefasst: «Der Kapitalismus hat eine künstliche Welt geschaffen, für die der Mensch nicht gemacht ist. Außerdem wird das gemeine Volk von einer kleinen Kaste ausgebeutet, die alle Mächte für sich monopolisiert und nach der weltweiten Hegemonie greift.» (Venner 2017: 45 f.) Diese im Kern antisemitische Auffassung ist dann auch schon der Hauptbestandteil der Ökonomievorstellungen. Gegen «das weltweite, unkontrollierte Freihandelssystem» will man einen «europäischen, festländischen, geschützten Innenraum» errichten (Faye 2006: 39) oder zur «ursprünglichen Wirtschaftsauffassung zurückkehren, zum ›ikos-nomos‹, den allgemeinen Gesetzen unseres natürlichen Lebensraums in der Welt» (Benoist 2003: 32).

Auch wenn mit Begriffen wie «Entmarktung» (Benoist 2003) oder «Decroissance»³⁷ (Menzel/Stein 2013) gearbeitet wird, die grundlegende Struktur bleibt doch die Ablehnung des Abstrakten und die mythische Erhöhung eines natürlichen ursprünglichen Zustands der Völker. Um den wiederherzustellen, wird ein Primat der Politik gefordert (vgl. Zinell 2007: 405 ff.) und über die Abkopplung vom Weltmarkt in Form autarker Großräume nachgedacht (Faye 2006; Menzel/Stein 2013). Hierin ist dann auch die (neu)rechte Forderung nach Demokratie (Benoist 2003) zu verorten, die eben auf eine mythische Einheit von Volk und politischer Verfasstheit abzielt, in der die staatlichen Organe einen unmittelbaren Volkswillen ausüben. Europa als «Katechon» bedeutet daher, das ursprüngliche, mythische Europa soll den durch das Abstrakte des Kapitalismus verursachten Kulturzerfall aufhalten. Dass es in der Thematisierung der Ökonomie und der sozialen Frage auch nicht um Gerechtigkeit geht, sondern um eine natürliche Ordnung, in der jedes Mitglied an seinem Platz ist, zeigen nicht zuletzt die Fantasmen der Entwicklung einer neuen Elite (so z. B. bei Sellner 2015) bzw. einer «neuen Aristokratie», eine Idee, die angelehnt ist an die SS³⁸ wie auch an Julius Evolas Träume von einem «multinationalen Orden als Kristallisationszentrum eines europäischen Reiches» (Zinell 2007: 403). Im Zentrum der Gegenmodelle europäischer Ordnung liegt daher vor allem die Formulierung und Aktivierung eines europäischen Mythos, der zur Grundlage politischen Handelns werden soll.

37 «Decroissance» meint «Degrowth» und knüpft an eine nicht zuletzt auch linke Debatte an über die Notwendigkeit, die Ökonomie so umzubauen, dass sie nicht mehr wachstumsorientiert und ressourcenausbeutend funktioniert, sondern die ökologischen Grundlagen erhält.

38 Zur Bedeutung der SS für die Nouvelle Droite vgl. François 2017.

Fazit: Aktivierung des Mythos als Krisenbewältigung

Zusammenfassend lässt sich zunächst feststellen, dass das Agieren (neu)rechter Akteur*innen in der politischen Krise der EU hauptsächlich darin besteht, die Krise selbst auf eine spezifische Weise zu deuten, wonach, in dieser Deutung, die Krise vor allem darin besteht, dass sich eine mythische Substanz der europäischen Völker auflösen droht.³⁹ Die Grundlagen eines völkisch-europäischen Gegennarrativs liegen in tradierten faschistischen Europavorstellungen, die in der Krise aktualisiert werden. Dies dient dazu, Politik zu mythologisieren und verschiedenen Krisenmomenten auf dieser Grundlage eine neue Bedeutung zuzuweisen. Durch strategisches Platzieren einzelner Elemente des völkischen Gegennarrativs können politische Konfliktfelder insgesamt restrukturiert werden. Hierbei wird auch die europäische Dimension der Konfliktfelder selbst wichtig, was sich sowohl in der Vernetzungspraxis als auch der ideologischen Arbeit niederschlägt.

Ein Beispiel für diese Verschiebungen ist die Verknüpfung der sozialen Verwerfungen infolge der Austeritätspolitik mit der Migrationspolitik bzw. mit Geflüchteten und Migrant*innen. Begriffe wie «Anti-Abschiebe-Industrie» oder «Asyltourismus» – so der bayerische Heimatminister und nachmalige Ministerpräsident Söder –, die Behauptungen, die Nicht-Schließung der Grenzen 2015 sei ein Rechtsbruch gewesen (dagegen: Thym 2018; Pichl 2016) und die Bundesregierung, oder nur Angela Merkel, hätten sich «in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben» (Sloterdijk 2016), sind als Teil der semantischen Struktur des Politikfeldes zu verstehen, durch die der Begriff der Migration generell an die Bedeutung «illegal» geknüpft wird. Zugleich scheint darin eine Grundannahme des «Großen Austauschs» auf: «Industrie» beispielsweise deutet auf eine hohe Organisation und große Macht derjenigen hin, die der Migration nicht ablehnend gegenüberstehen. Am Ende steht die Frage, wer das denn sei, und diese Frage ist Teil des öffentlichen Diskurses geworden: «Eines Tages wird man nachlesen können, wer die Flüchtlingsströme gelenkt hat.» (Ebd.)

Die Krise der Migrationspolitik bietet den (neu)Rechten eine Gelegenheitsstruktur, die apokalyptische Idee des Endes der traditionellen europäischen Kultur zu einem Diskurselement zu machen, aus dem die Notwendigkeit eines gewalttätigen Aufstandes abgeleitet werden kann. Hierbei geht es nicht allein darum, eine alte mythische Vergangenheit zu reaktivieren, sondern vielmehr eine Wiedergeburt (Griffin 2005) eines mythischen Zustandes zu propagieren, der selbst auf der Grundlage der Moderne steht. Die Sakralisierung des Volkes oder der Nation zu einer naturgegebenen Einheit, die unhintergebar sei, reduziert alle gesellschaftlichen Widersprüche und lässt sie in der politischen Krise der EU in einem Dualismus von Volk und Nichtvolk

39 Dass es dabei um die Aktivierung eines Mythos geht, wird auch offen ausgesprochen. Guillaume Faye sagt beispielsweise, «ob objektiv wahr oder falsch, ist ganz egal: Ehtnozentrismus ist die psychologische Voraussetzung für das Überleben eines Volkes (oder sogar einer Nation) in der Geschichte» (zit. nach: J.-Y. Camus 2017: 237).

kulminieren. Die apokalyptische Stilisierung der Situation zu einem «Vorbürgerkrieg» (Kubitschek, zit. nach: Kellershohn 2016b) nimmt die Krise der Migrationspolitik als Ressource für einen palingenetischen Mythos, der Europa im Zentrum hat. Bauten die völkischen Gruppen der 1920er Jahre den palingenetischen Mythos auf der Bilderwelt des Ersten Weltkriegs auf – auf der Vorstellung, dass mithilfe der Technik die Nation aus den Trümmern wiederauferstehen wird –, so ist der Pathos des «Europa verteidigen»-Slogans auf der Frage der Migration aufgebaut, um einen Krieg auszumalen, den (neu)rechte Akteur*innen gern führen würden, nicht zuletzt um dem Bild eines männlichen Heroismus wieder näherzukommen. Letztendlich bedeutet die Aktualisierung des Europa-Mythos in der Krise nichts anderes als die Legitimation von mythisch aufgeladener Gewalt. Die (neu)rechte Krisenbewältigung besteht daher darin, die Krise zu perpetuieren.

Quellen

- AfD (2016): Programm für Deutschland – Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Stuttgart, unter: https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf (letzter Zugriff: 3.2.2020).
- Benoist, Alain (2003): *Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert*, erw. Aufl., Berlin.
- Camus, Renaud (2017): *Revolte gegen den Großen Austausch*, zusammengestellt und übers. von Martin Lichtmesz, 2. Aufl., Schnellroda.
- Eichberg, Henning (1974): *Nation Europa – Europa der Völker. Eine Kritik und Alternative zum bürgerlichen Europakonzept*, in: *Burschenschaftliche Blätter*, 89. Jg., Nr. 8, S. 206–209.
- Eichberg, Henning (1975): *Nation Europa – Europa der Völker. Eine Kritik und Alternative zum bürgerlichen Europakonzept II*, in: *Burschenschaftliche Blätter* 90. Jg., Nr. 1, S. 3–7.
- Faye, Guillaume (1991): *Rede an die europäische Nation. Ein Appell gegen die Bevormundung Europas*, Tübingen [das Original erschien 1985].
- Faye, Guillaume (2006): *Wofür wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstandes. Das Metapolitische Hand- und Wörterbuch der kulturellen Revolution zur Neugeburt Europas*, Kassel.
- Fjordman (2011): *Europa Verteidigen. Zehn Texte*, hrsg. von Martin Lichtmesz und Manfred Kleine-Hartlage, Schnellroda.
- Friberg, Daniel (2017): *Die Rückkehr der echten Rechten. Handbuch für die wahre Opposition*, Berlin.
- Gauland, Alexander (2018): *Eröffnungsrede auf dem AfD-Parteitag in Augsburg am 30.6.2018*, unter: www.youtube.com/watch?v=Ur4WIZnYNFo (letzter Zugriff: 16.10.2018).

- Generation 732 (2013): Karl Martell: Retter des Abendlandes, unter: <https://generation732.wordpress.com/2013/07/21/karl-martell-retter-des-abendlandes/> (letzter Zugriff: 5.8.2018).
- Hitler, Adolf (1936): Mein Kampf, München.
- Höcke, Björn (2015): Rede zur Demonstration in Erfurt, 23.9.2015, unter: <http://afd-thueringen.de/reden/> (letzter Zugriff: 10.11.2015).
- Höcke, Björn (2018): Rede auf dem Kyffhäuser-Treffen des Flügels der AfD, unter: www.youtube.com/watch?v=ADXYbRHnXvs (letzter Zugriff: 24.8.2018).
- Kaiser, Benedikt (2016): Europa und die Rechte. Zehn Thesen zu einem Neubeginn, in: Sezession 74, S. 42–45.
- Kaiser, Benedikt (2017a): Wer war Dominique Venner?, in: Venner, Dominique: Für eine positive Kritik. Das Ende der alten Rechten, Dresden, S. 7–14.
- Kaiser, Benedikt (2017b): Querfront, Schnellroda.
- Krebs, Pierre (1982): Die europäische Wiedergeburt. Aufruf zur Selbstbesinnung, Tübingen.
- Menzel, Felix/Stein, Philip (2013): Junges Europa, Chemnitz.
- Müller, Mario Alexander (2017): Kontrakultur, Schnellroda.
- Orban, Victor (2018): Prime Minister Viktor Orbán's speech at a conference held in memory of Helmut Kohl, Budapest, 16.6.2018, unter: www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-a-conference-held-in-memory-of-helmut-kohl (letzter Zugriff: 29.8.2018).
- Prager Erklärung (2016), unter: www.dresden-lexikon.de/Politik/Prager-Erklarung.pdf (letzter Zugriff 30.10.2016).
- Sellner, Martin (2015): Der Geist des Lagers, unter: <https://sezession.de/51101/der-geist-des-lagers-auf-der-sommeruniversitaet-der-identitaeren/> (letzter Zugriff: 23.8.2018).
- Sellner, Martin (2016): Der Große Austausch in Theorie und Praxis – ein Nachwort von Martin Sellner, in: Camus, Renaud: Revolte gegen den großen Austausch, Schnellroda, S. 191–221.
- Schmidt, Thomas (2015): Bevölkerungsaustausch in Europa: Ursachen – Stand – Perspektiven, in: Sezession 67, S. 28–33.
- Sieferle, Rolf Peter (2017): Finis Germania, Schnellroda.
- Sloterdijk, Peter (2016): Es gibt keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung, Interview in: Cicero, Januar 2016, unter: www.cicero.de/innenpolitik/peter-sloterdijk-ueber-merkel-und-die-fluechtlingskrise-es-gibt-keine-moralische (letzter Zugriff: 3.1.2018).
- Stein, Dieter (Hrsg.) (2015): Die Asylkrise. Beiträge zu einem europäischen Verhängnis, Berlin.
- Venner, Dominique (2017): Für eine positive Kritik. Das Ende der alten Rechten, Dresden.

Weidel, Alice (2018): Rede im Bundestag zum 55. Jahrestag des Élysée-Vertrages, in: Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 9. Sitzung, Berlin, 22.1.2018, S. 699 f., unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19009.pdf> (letzter Zugriff: 30.8.2018).

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, Berlin.
- Bauman, Zygmunt (2015): Europa. Ein unvollendetes Abenteuer, Hamburg.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2018): Der «Volkstod». Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, in: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg, S. 63–90.
- Brasche, Ulrich (2017): Europäische Integration. Wirtschaft, Euro-Krise, Erweiterung und Perspektiven. 4., vollständig überarb. Aufl., Oldenburg.
- Brunkhorst, Hauke/Gaitanides, Charlotte/Grözinger, Gerd (Hrsg.) (2015): Europe at a Crossroad. From Currency Union to Political and Economic Governance?, Baden-Baden.
- Bruns, Julian/Glösel, Katrin/Strobl, Natascha (2017): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, 3., aktual. Aufl., Münster.
- Buckel, Sonja (2013): Welcome to Europe – die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das «Staatsprojekt Europa», Bielefeld.
- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld, S. 15–86.
- Buckel, Sonja/Pichl, Max (2018): Europa: Die Politik der Lager, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2018, S. 9–12.
- Butterwegge, Christoph (1993): Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2/1993, S. 17–24.
- Camus, Jean-Yves (2017): Die Identitäre Bewegung oder die Konstruktion eines Mythos europäischer Ursprünge, in: Hentges, Gudrun/Nottbohm, Kristina/Platzer, Hans-Wolfgang (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise. Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden, S. 233–248.
- Camus, Jean-Yves (2019): Alain de Benoist and the New Right, in: Sedgwick, Mark (Hrsg.): Key Thinkers of the Radical Right. Behind the New Threat to Liberal Democracy, Oxford, S. 75–90.
- Cetti, Fran (2014): Europe and the «Global Alien»: The Centrality of the Forced Migrant to a Pan-European Identity, in: Radeljić, Branislav (Hrsg.): Debating European Identity: bright ideas, dim prospects, Oxford u. a., S. 115–144.

- Decker, Frank (2017): Populismus und Extremismus in Europa – eine Gefahr für die Demokratie?, in: Bömmel, Winfried/König, Helmut/Sicking, Manfred (Hrsg.): Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und soziopsychologische Perspektiven, Bielefeld, S. 43–61.
- Demirović, Alex (2011): Ökonomische Krise – Krise der Politik?, in: ders./Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 63–78.
- Esen, Ellen (2016): Rechtsextremistinnen heute – aktuelle Entwicklungen und Fallbeispiele, in: Braun, Stefan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 287–318.
- Esposito, Fernando (2011): Mythische Moderne. Aviatik, Faschismus und die Sehnsucht nach Ordnung in Deutschland und Italien, München.
- Fekete, Liz (2018): Europe's Fault Lines. Racism and the Rise of the Right, London.
- Flesher Forminaya, Cristina (2017): European anti-austerity and pro-democracy protests in the wake of the global financial crisis, in: Social Movement Studies 16:1, S. 1–20.
- François, Stéphane (2017): Die Nouvelle Droite und der Nationalsozialismus. Zur Wiederaufnahme einer historiographischen Debatte, in: Hentges, Gudrun/Nottbohm, Kristina/Platzer, Hans-Wolfgang (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise. Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden, S. 209–232.
- François, Stéphane (2019): Guillaume Faye and Archeofuturism, in: Sedgwick, Mark (Hrsg.): Key Thinkers of the Radical Right. Behind the New Threat to Liberal Democracy, Oxford, S. 91–101.
- Gentile, Emilio (2000): Die Sakralisierung der Politik, in: Maier, Hans (Hrsg.): Wege in die Gewalt. Die modernen politischen Religionen, Frankfurt a. M., S. 166–182.
- Georgi, Fabian/Kannankulam, John (2012): Das Staatsprojekt Europa in der Krise, in: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Staatsprojekt-Europa-Okt-2012.pdf (letzter Zugriff: 29.8.2018).
- Globisch, Claudia (2011): «Deutschland uns Deutschen, Türkei den Türken, Israel raus aus Palästina». Ethnopluralismus und sein Verhältnis zum Antisemitismus, in: dies./Puffeska, Agnieszka/Weiß, Volker (Hrsg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden, S. 203–226.
- Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg.
- Griffin, Roger (2005): Völkischer Nationalismus als Wegbereiter und Fortsetzer des Faschismus. Ein angelsächsischer Blick auf ein nicht nur deutsches Phänomen, in: Kauffmann, Heiko/Kellershohn, Helmut/Jobst, Paul (Hrsg.): Völkische Bande: Dekadenz und Wiedergeburt; Analysen rechter Ideologie, Münster, S. 20–48.
- Griffin, Roger (2008): Europe for the Europeans. Fascist Myths of the European New Order 1922-1992, in: ders.: A Fascist Century. Essays, hrsg. von Matthew Feldman, Houndsmills u. a., S. 132–180.

- Guérot, Ulrike (2017): *Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde*, Berlin.
- Habermas, Jürgen (2011): *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (2015): *Democracy in Europe: Why the Development of the EU into a Transnational Democracy Is Necessary and How It Is Possible*, in: *European Law Journal*, 21:4, S. 546–557.
- Häusler, Alexander (2016): *Die AfD als rechtspopulistischer Profiteur der Flüchtlingsdebatte*, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, Gießen, S. 167–178.
- Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2015): *Die rechten «Mut»-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland*, Hamburg.
- Kannankulam, John (2014): *Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Migrationspolitik*, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hrsg.): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld, S. 93–112.
- Keil, Daniel (2015): *Territorium, Tradition und nationale Identität. Eine staatstheoretische Perspektive auf den Wandel nationaler Identität in der europäischen Integration*, Münster.
- Keil, Daniel (2016): *Die politische Krise der EU, Migrationspolitik und das Erstarren der neuen Rechten*, in: SPW, *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 4/2016, S. 44–49.
- Kellershohn, Helmut (2016a): *Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt*, in: Braun, Stefan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden, S. 439–468.
- Kellershohn, Helmut (2016b): *Vorbürgerkrieg*, in: Gießelmann, Bente u. a. (Hrsg.): *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*, Schwalbach/Ts., S. 326–339.
- Kemper, Andreas (2016): *Antiemanzipatorische Netzwerke und die Geschlechter- und Familienpolitik der Alternative für Deutschland*, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden, S. 81–98.
- Kipfer, Stefan/Saberi, Parastou (2016): *The Times and Spaces of Right Populism: From Paris to Toronto*, in: Panitch, Leo/Albo, Greg (Hrsg.): *The Politics of the Right*, London, S. 312–332.
- Knopp, Philipp (2017): *Abstand halten. Zur Deutung gesellschaftlicher Krisen im Diskurs Pegidas*, in: Heim, Tino (Hrsg.): *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, Wiesbaden, S. 79–110.
- Krahl, Hans-Jürgen (1977): *Konstitution und Klassenkampf*, Frankfurt a. M.
- Krastev, Ivan (2017): *Europadämmerung. Ein Essay*, Berlin.

- Kregel, Jan (2015): Europe at the Crossroads: Financial Fragility and the Survival of the Single Currency, in: Policy Note 1/2015, Levy Economics Institute of Bard College, unter: www.levyinstitute.org/pubs/pn_15_1.pdf (letzter Zugriff: 12.1.2018).
- Kriesi, Hanspeter/Hutter, Swen/Lorenzini, Jasmine (2015): Restructuring the West European Party Space in the Great Recession: continuity and change, unter: http://cise.luiss.it/cise/wp-content/uploads/2016/05/KRIESI-Paper_Restructuring-West_4_final.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2017).
- Larat; Fabrice (2000): Instrumentalisierung des kollektiven Gedächtnisses und europäische Integration, in: Frankreich-Jahrbuch 2000, Wiesbaden, S. 187–201.
- Leggewie, Claus (2016): Anti-Europäer: Breivik, Dugin, al-Suri & Co, Berlin.
- Lenk, Kurt (1994): Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus, Baden-Baden.
- Lüggert, Max (2017): Die Immunisierung der Krisenverarbeitung in der Eurozone, in: Förster, Annette/Lemke, Matthias (Hrsg.): Die Grenzen der Demokratie. Gegenwartsdiagnosen zwischen Politik und Recht, Wiesbaden, S. 111–140.
- Mair, Peter (2013): Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy, London/New York.
- Michelsen, Danny/Walter, Franz (2013): Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Berlin.
- Müller, Jost (1995): Mythen der Rechten: Nation, Ethnie, Kultur, Berlin/Amsterdam.
- Müller, Yves (2018): Marx von rechts gelesen, in: www.antifainfoblatt.de/artikel/marx-von-rechts-gelesen (letzter Zugriff: 30.10.2019).
- Nonn, Ulrich (1990): Die Schlacht bei Poitiers 732. Probleme historischer Urteilsbildung, in: Schieffer, Rudolf (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte des Regnum Francorum. Referate beim Wissenschaftlichen Colloquium zum 75. Geburtstag von Eugen Ewig am 28. Mai 1988 (Beihefte der Francia 22), Sigmaringen 1990, S. 37–56.
- Oberndorfer, Lukas (2012): Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hrsg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster, S. 49–71.
- Oberndorfer, Lukas (2016): Der neue Konstitutionalismus in der Europäischen Union und seine autoritäre Konfiguration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Große Hüttmann, Martin (Hrsg.): Europäische Staatlichkeit. Zwischen Krise und Integration, Wiesbaden, S. 177–202.
- Offe, Claus (2016): Europa in der Falle, Berlin.
- Pfeiffer, Thomas (2016): Gegenöffentlichkeit und Aufbruch im Netz, in: Braun, Stefan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 259–286.
- Pichl, Maximilian (2016): Dublin IV: Europäischer Asylausstieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2016, S. 9–12.

- Pittwald, Michael (2000): Ernst Niekisch – Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium, Köln.
- Poliakov, Léon (1993): Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus, Hamburg.
- Poulantzas, Nicos (1973): Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München.
- Poulantzas, Nicos (1979): The Political Crisis and the Crisis of the State, in: The Poulantzas-Reader, hrsg. von James Martin [2008], S. 294–322.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie, Hamburg.
- Ryner, Magnus (2015): Europe's ordoliberal iron cage: critical political economy, the euro area crisis and its management, in: Journal of European Public Policy, 22(2), S. 275–294.
- Schedler, Jan (2016): Die extreme Rechte als soziale Bewegung. Theoretische Verortung, methodologische Anmerkungen und empirische Erkenntnisse, in: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden, S. 285–324.
- Schilk, Felix (2017): Souveränität statt Komplexität. Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet, Münster.
- Schutzbach, Franziska (2016): Der Heidi-Komplex. Gender, Feminismus und der Ekel vor der «Gleichmacherei», in: Prokla 185, S. 583–597.
- Teitelbaum, Benjamin (2019): Daniel Friberg and Metapolitics in Action, in: Sedgwick, Marc (Hrsg.): Key Thinkers of the Radical Right, Oxford, S. 259–276.
- Thym, Daniel (2018): Der Rechtsbruchmythos und wie man ihn widerlegt, unter: <https://verfassungsblog.de/der-rechtsbruch-mythos-und-wie-man-ihn-widerlegt/> (letzter Zugriff: 29.8.2018).
- Ullrich, Wolfgang 2018: Das identitär-rechtsextreme Europa-Narrativ. Eine Tumblr-Recherche, unter: www.pop-zeitschrift.de/2018/07/25/social-media-julivon-wolfgang-ullrich25-7-2018/ (letzter Zugriff: 30.8.2018).
- Virchow, Fabian (2017): Europa als Projektionsfläche, Handlungsraum und Konfliktfeld. Die extreme Rechte als europäische Akteurin?, in: Hentges, Gudrun/Nottbohm, Kristina/Platzer, Hans-Wolfgang (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise. Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden, S. 149–165.
- Wassenberg, Birte (2016): European Integration and new Anti-Europeanism, in: Moreau, Patrick/dies. (Hrsg.): European Integration and new Anti-Europeanism I. The 2014 Election and the Rise of Euroscepticism in Western Europe, Stuttgart, S. 27–38.
- Weigel, Bjoern (2009): Renaud Camus, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus Bd. 2/1, Berlin, S. 123–125.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.

- Wiegel, Michaela (2015): Le Pens heimlicher Vordenker, in: FAZ.net, 18.9.2015, unter: www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/renaud-camus-thesen-sind-bei-front-national-salonfaehig-13809272.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3 (letzter Zugriff: 22.10.2019).
- Winkler, Alexander/Goetz, Judith (2019): Mörderischer Mythos, in: jungle world, 17.10.2019, unter: <https://jungle.world/artikel/2019/42/moerderischer-mythos> (letzter Zugriff: 21.10.2019).
- Wissel, Jens (2015): Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union, Münster.
- Wissel, Jens/Wolff, Sebastian (2017): Political Regulation and the Strategic Production of Space: The European Union as a Post-Fordist State Spatial Project, in: Antipode, 49:1, S. 231–248.
- Wölk, Volkmar 2016: Zur Renaissance der europäischen konservativen Revolution, Analysen Nr. 31, hrsg. von der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen31_KonservRevolution.pdf (letzter Zugriff: 3.2.2020).
- Wolff, Sarah (2015): Migration and Refugee Governance in the Mediterranean: Europe and International Organisations at a Crossroads, IAI Working Papers 15, unter: <https://qmro.qmul.ac.uk/xmlui/bitstream/handle/123456789/9485/Wolff%20Migration%20and%20Refugee%20Governance%202015%20Published.pdf?sequence=1> (letzter Zugriff: 12.1.2018).
- Zinell, Adelheid (2007): Europa-Konzeptionen der Neuen Rechten, Frankfurt a. M. u. a.

Sebastian Sommer

BACK TO THE ROOTS?

VERÄNDERUNGEN DER VERANSTALTUNGSPOLITIK IN DER BUNDESDEUTSCHEN NEONAZISZENE

Die folgenden Ausführungen basieren auf der Überlegung, dass konkrete Protestereignisse – unabhängig vom politischen Spektrum – mehr als nur Trägermedium politischer Inhalte sind, da sie gleichsam von den Teilnehmenden im performativen Vollzug sinnlich-körperlich erfahren werden.¹ Das Erleben der kollektiven (Protest-) Performanzen ist individuell verschieden, sodass jeweils unterschiedliche Aspekte als besonders relevant erscheinen. Eine dieser Ebenen ist die (inszenatorische) Her- und Ausstellung sowie Wahrnehmung von kollektiver Identität als (emotional-affektive) Verbundenheit zwischen zuvor und zumeist auch nach den Protesten unverbundenen Einzelindividuen.

Die zentrale These lautet hierbei, dass es in den vergangenen Jahren zu deutlichen Veränderungen der neonazistischen Veranstaltungspraxis in der BRD gekommen ist, die nicht zuletzt mit einer verstärkten Inszenierung kollektiver Identität sowie intensivierten Angeboten zu deren Erleben einhergehen. Einen Anhaltspunkt zum gestiegenen Stellenwert der Erfahrung identitärer Zusammengehörigkeit liefert ein Blick auf die Werbung für das NPD-nahe Festival «Tage der nationalen Bewegung» 2019 im thüringischen Themar. Neben dem Titel und den Veranstaltenden sowie Sponsor*innen waren auf dem digitalen Werbebanner nur drei Worte zu lesen: «Politik | Musik | Gemeinschaft». Die Erfahrung von (identitär geprägter) Kollektivität wird so zum Werbeversprechen.

1 Der zugrunde liegende Vortrag beim «Gesprächskreis rechts» der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 15. Juni 2019 in Koblenz basierte nicht auf einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit. Er verstand sich vielmehr als wohl informierter Anstoß zur Analyse der sich gegenwärtig verändernden Versammlungspraxis der extremen Rechten in Deutschland unter dem Blickwinkel des protestwissenschaftlichen Konzepts der kollektiven Identität (verknüpft mit einer kulturwissenschaftlich orientierten Analyse des emotional-affektiven Identität-Erlebens). Ein besonderer Dank gebührt an dieser Stelle Fabian Virchow, dessen Forschungen einen erheblichen Teil der theoretischen Grundlage bilden.

Neonazis in der Krise?

Doch wie ist die allgemeine Situation der bundesdeutschen Neonaziszene gegenwärtig einzuschätzen? Seit einigen Jahren ist (nicht nur) in der BRD ein umfassender gesellschaftlicher und politischer «Rechtsruck» zu beobachten, der weniger ein plötzlich auftretendes Phänomen beschreibt, sondern vielmehr als Diskursverschiebung hinsichtlich der gesteigerten öffentlichen Sagbarkeit von (bereits zuvor empirisch nachweisbaren) Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie als generell erhöhte Sichtbarkeit diskriminierender Einstellungsmuster und ihrer Träger*innen in der Öffentlichkeit zu verstehen ist. Dies spiegelt sich zunehmend in der politischen Entscheidungsfindung wider. Dennoch scheint es, als ob ausgesprochen neofaschistische Akteur*innen kaum von diesen Entwicklungen profitieren bzw. trotz massiver inhaltlicher Überschneidungen vor allem mit der AfD als «moderner rechtsradikaler Partei» (Amadeu Antonio Stiftung 2019: 10 ff.) nicht in der Lage sind, maßgeblich Einfluss darauf zu gewinnen. Ein Ausdruck hiervon sind die (Wahl-)Erfolge der AfD, die von massiven Stimmen- sowie Mitgliederverlusten neonazistischer Parteien, allen voran der NPD, begleitet werden, welche insbesondere auf finanzieller Ebene potenziell existenzbedrohend sein können. Ein weiteres Beispiel sind die (Mobilisierungs-)Erfolge von Versammlungen im (vorgeblichen) Spektrum des völkisch-autoritären Populismus (z. B. Pegida in Dresden oder «Zukunft Heimat» in Cottbus), an denen Akteur*innen der extremen Rechten in der Regel zwar offen teilnehmen (können), ohne jedoch dass sich die Dynamik auf dezidiert neonazistische Demonstrationen überträgt. Stattdessen hat deren Mobilisierungskraft (vor allem in Bezug auf die Teilnehmendenzahlen) insgesamt in den vergangenen Jahren nachgelassen. Während somit zusehends Elemente extrem rechter Ideologie im öffentlichen Diskurs präsent sind, scheint ein gewisser (zivil-)gesellschaftlicher Cordon sanitaire gegenüber offen auftretenden Neonazis (zumindest nominell) weiter zu bestehen.

Im Angesicht entsprechender Entwicklungen zeichnet sich eine doppelte Reaktion neonazistischer Akteur*innen ab. Einerseits werden die sich neu ergebenden Möglichkeiten zur öffentlichen Dar- sowie Ausstellung (von Versatzstücken) der eigenen Identität (z. B. in Form von Ausgrenzungsideologien) genutzt, soweit das nicht explizit neonazistische Formate zulassen. Andererseits scheint sich die eigene politische Arbeit zunehmend an der öffentlichen Ausstellung und gefühlten Stärkung der kollektiven Identität als «Nationalsozialist*innen» und damit an der Abgrenzung zum völkisch-autoritären Populismus (besonders in Parteiform) zu orientieren, was mit einem generellen Bedeutungsverlust parlamentarischer Arbeit als politischem Betätigungsfeld einhergeht. Beispiele hierfür sind die wachsende Anziehungskraft des «Dritten Wegs», der sich als «Bewegungspartei» von «nationalrevolutionären Sozialist*innen» explizit von «Wahlparteien» abgrenzt, sowie die «Schutzzone»-Kampagne der NPD, welche momentan die bundesweite Parteiarbeit bestimmt und mit ihrer Inszenierung bürger-

wehrähnlicher Strukturen im öffentlichen Raum die Bedeutung des «Kampfes um die Straße» gegenüber dem «Kampf um die Parlamente» betont.²

Veränderung der Versammlungspraxis

Diese Verschiebungen wirken sich auch auf die neonazistische Versammlungspraxis aus, die sich laut dem Magazin *der rechte rand* in den vergangenen Jahren «deutlich in Richtung subkultureller Aktionsfelder orientiert» hat (Steiner 2019: 12). Damit haben Rechtsrock- und/oder Kampfsportangebote wichtige Funktionen des seit den 1990er Jahren zentralen Aktionsfeldes der Aufmärsche übernommen, deren Anzahl sowie Mobilisierungskraft bundesweit zurückgeht. So finden in der BRD kaum noch Neonazi-Demonstrationen mit vierstelliger Teilnehmendenzahl statt (in 2019 allein der «Trauermarsch» im Februar in Dresden – Stand: August 2019). Demgegenüber weisen subkulturelle Veranstaltungen eine deutlich höhere Mobilisierungskraft (teilweise über 1.000 Teilnehmende) auf oder konnten sich wie das neonazistische Kampfsportturnier «Kampf der Nibelungen»³ von klandestin organisierten Kleinstformaten mit kaum dreistelliger Besucherzahl zu (szene-)öffentlich beworbenen Großveranstaltungen mit europaweiter Ausstrahlung entwickeln. Letzteres beschreibt dabei einen seit einigen Jahren zu beobachtenden Trend im subkulturellen Bereich, sodass zunehmend offen beworbene, entsprechend angemeldete und leicht zugängliche (Groß-)Events wie mehrtägige (Polit-)Festivals neben die in der Regel geheim organisierten und oftmals nur einem begrenzten Publikumskreis zugänglichen Veranstaltungsformate treten. Neben veränderten Mobilisierungsdynamiken spricht Steiner drei weitere Dimensionen politischer Arbeit der extremen Rechten an, die statt von Versammlungen zusehends von entsprechenden subkulturellen Events übernommen werden: Verbreitung der Ideologie (bzw. Herstellung von öffentlicher Sichtbarkeit), Finanzierung sowie Szenevernetzung. Für die ersten beiden scheint die Einschätzung augenscheinlich zuzutreffen, wobei zu fragen wäre, inwieweit sich die momentan gesteigerte überregionale öffentliche (Medien-)Aufmerksamkeit mit einem zunehmenden «Gewöhnungseffekt» wieder abschwächt und ob die erwirtschafteten Einnahmen als ernstzunehmende Finanzierungsquelle dienen können. Auch der Aspekt der Ideologieverbreitung lässt sich im Rahmen subkultureller Events nicht bezweifeln, sodass die (politischen) Musikbeiträge oftmals mit Reden ergänzt werden und neben Konsumangeboten auch Informationsstände von Parteien oder Vereinen vor Ort sind. Die Breite der an Organisation und Durchführung (z. B. Reden, Bands oder Stände) beteiligten nationalen wie internationalen Strukturen ist zugleich Ausdruck der statt-

2 Zum Viersäulenkonzept der NPD vgl. Schulze 2009.

3 Kampfsportangebote sind ein Wachstumsbereich innerhalb der extremen Rechten, sodass zunehmend eigenständige öffentliche Turniere ausgetragen (z. B. «Tiwaz» in Sachsen 2018 und 2019) oder entsprechende Angebote in bestehende Events integriert werden (u. a. «Jugend im Sturm»-Festival der Partei «Der Dritte Weg» in den Jahren 2018 und 2019).

findenden Vernetzung – von den Anknüpfungsmöglichkeiten für bisher wenig angebundene Neonazis ganz zu schweigen. Die Frage, ob und inwieweit diese Ablösungstendenzen auch im Bereich der Evozierung und des Erlebens von kollektiver Identität in den konkreten Protestperformanzen zu beobachten sind, bildet die Grundlage der nachfolgenden Betrachtungen.⁴

Konzept der kollektiven Identität – eine Einführung

Das protestwissenschaftliche Konzept der kollektiven Identität beschreibt ein breites Forschungsfeld mit einer Vielzahl von Ansätzen,⁵ die sich mit der Frage beschäftigen, wie (individuelle) Akteur*innen kollektiv handlungsfähig werden. Eine grobe Antwort darauf kann lauten: über eine geteilte Bedeutung innerhalb der diskursiven wie praktischen Sinnproduktion. Dabei zielen Gruppenphänomene (der Vergemeinschaftung) auf die Schaffung einer «eigenen Kultur» in Abgrenzung zur (gesellschaftspolitischen wie alltagswirklichen) Umwelt. Handlungsfähigkeit wird so durch die Formierung eigenständiger Gruppeninteressen im Rahmen geteilter Weltdeutungen (*frames*) hergestellt. Gleichzeitig stellt kollektive Identität ein gemeinsames, das heißt von allen anerkanntes und mobilisierendes Narrativ zur Verfügung, das kognitive sowie emotionale Selbst- und Fremdkategorisierungen zu einer identitätsstiftenden Erzählung verbindet. Dabei umfasst «Erzählung» nicht allein diskursiv vermitteltes und kognitiv «gespeichertes» Wissen, sondern ebenso körperliche Erfahrungen oder sinnlich-affektive Wahrnehmungen. Ein solches Narrativ wird durch (gemeinsame) Erfahrungen bzw. die individuelle Erfahrung von Kollektivität im Alltag (z. B. in Form von Szenekollektivitäten) sowie im Außeralltäglichen (z. B. bei Protestaktionen) gestärkt.

Für die (bundesdeutsche) Neonaziszene bildet der positive Bezug zum historischen Nationalsozialismus einen entscheidenden Kernpunkt des geteilten Narrativs im Sinne einer kollektiven Identität als «Nationalsozialist*innen» bzw. «nationale Sozialist*innen».⁶ Das Konzept der kollektiven Identität kann vor allem helfen, das (Bewegungs-)Handeln von Kollektivakteur*innen zu verstehen, die nur über eine geringe (Binnen-)Institutionalisierung oder wenig feste Strukturen verfügen. Während einige Gruppierungen innerhalb der (bundesdeutschen) extremen Rechten entsprechende Merkmale (z. B. als Partei oder Vereinigung) zweifelsfrei aufweisen, ist die Neonaziszene insgesamt eher als (loses) Netzwerk zu begreifen, dessen Angehörige

4 Den Zusammenhang zwischen Organisation und performativer Aufführung sowie dem Erleben kollektiver Identität beschreibt Virchow (2007: 148) mit Blick auf das Pressefest der *Deutschen Stimme* in Mücka 2004: «How these events are organized and performed contributes to the collective identity of the far-rightist movement in Germany.»

5 Für eine Übersicht der unterschiedlichen Forschungszugänge vgl. Daphi 2011.

6 Inwieweit sich dieser Bezug im subkulturellen Bereich fort schreibt, zeigen auf der Seite der Teilnehmenden unter anderem Kleidungsstücke oder Tätowierungen mit offenen oder verdeckten NS-Bezügen sowie Handlungen oder Gesten aus dem Kontext des historischen Nationalsozialismus. Auf der Seite der Veranstaltungen deuten sich entsprechende Bezüge zum Beispiel bei Namen wie dem «Schild und Schwert»-Festival an, das 2019 auf den offiziellen T-Shirts als «SS Festival» beworben wurde.

dennoch auf entsprechenden Veranstaltungen kollektiv als (Volks-)Gemeinschaft («deutsche» Nationalsozialist*innen) auftreten.

Neonazistische Demonstrationspolitik

Zum besseren Verständnis der Veränderungen extrem rechter Veranstaltungspraxis bedarf es einer kurzen historischen Einordnung zur Nutzung demonstrativer Aktionsformen in der bundesdeutschen Neonaziszene nach 1945. Insgesamt waren (organisierte) Neonazi-Versammlungen (mit teilweise Tausenden Teilnehmenden) stets Teil der politischen Arbeit. Aufgrund des organisatorischen Aufwandes sowie der oftmals stattfindenden Einschränkungen handelt es sich jedoch größtenteils um unregelmäßige Einzelereignisse.⁷ Diese Situation änderte sich erst Anfang der 1990er Jahre maßgeblich, da die gesellschaftspolitischen Umstände zu einem Erstarren und einem zunehmend selbstbewussten öffentlichen Auftreten extrem rechter Akteur*innen (insbesondere, aber nicht ausschließlich in Ostdeutschland) beitrugen, was mit der Möglichkeit zur vereinfachten Umsetzung deutlich größerer Versammlungen einherging. Beispiele hierfür sind die Demonstrationen zum Todestag von Rudolf Heß, an der sich beispielsweise 1992 bis zu 2.500 Neonazis beteiligten, oder die bundesweiten rechten Proteste gegen die sogenannte Wehrmachtausstellung, die 1997 in München rund 5.000 Teilnehmende mobilisierten. Letztere wirkte als Katalysator einer neuen neonazistischen «Demonstrationspolitik», wodurch sich Versammlungen zu einem zentralen Teil der politischen Arbeit entwickelten und sowohl deren Anzahl wie auch Mobilisierungspotenzial in den folgenden Jahren zunahm (vgl. Virchow 2007: 153 f.). Dennoch beschreibt «Demonstrationspolitik» mehr als nur verstärkte Planung und Durchführung demonstrativer Ereignisse, die immer Teil der Aktivitäten der (extremen) Rechten waren. Es handelt sich um den «Einsatz der Aktionsform ‹Demonstration› zu Zwecken, die über das öffentliche Zeigen einer politischen Meinung hinausgehen, also etwa der Einschüchterung des politischen Gegners dienen oder *das identitätsstiftende Moment in den Vordergrund stellen*, das für die Konstituierung als politische Bewegung zentral ist» (Virchow 2011: 115; Herv. d. Autors).

Dabei sind zwei zentrale Wirkungsfelder neofaschistischer Versammlungen zu unterscheiden.⁸ Da ist zunächst die auf gesellschaftspolitische Wahrnehmung und damit nach außen gerichtete Dimension. Über demonstrative Anlässe soll Aufmerksamkeit für «die (nationale) Sache» generiert werden und sollen sich die Ausführenden als politisch anzuerkennende Akteur*innen der «nationalen Opposition» darstellen können. Gleichzeitig drücken Demonstrationen Handlungsfähigkeit aus, insbeson-

7 Ein Beispiel sind die sogenannten Deutschlandtreffen der NPD 1977 bis 1979 in Frankfurt a. M., an denen bis zu 5.000 Neonazis teilnahmen, die jedoch mit einem zahlenmäßig größeren sowie teilweise militanten Gegenprotest konfrontiert waren, wodurch dieser Versuch der Etablierung einer regelmäßigen Demonstrationsveranstaltung scheiterte.

8 Folgende Überlegungen orientieren sich maßgeblich an den von Virchow entwickelten Kategorien, die jedoch neu zusammengefasst wurden; vgl. Virchow 2006, 2007 u. 2011.

dere wenn es sich gegenüber äußeren Einwirkungen wie Verboten durchzusetzen gilt. Daneben sind neofaschistische Versammlungen ein Versuch zur sozialräumlichen Kontrolle bzw. der (temporären) Inszenierung sowie Ausstellung von Dominanz. Das zweite Wirkungsfeld neonazistischer Demonstrationspolitik ist demgegenüber nach innen (d. h. auf die Szene und ihre Akteur*innen) gerichtet und betrifft Aspekte des Zusammenhalts, des Wachstums und der Dynamik der Bewegung. Dabei sind wiederum zwei Ebenen zu unterscheiden: erstens die strukturelle Dimension in Form der (nationalen) Vernetzung, der Rekrutierung, Initialisierung und Sozialisierung von Interessierten, der Anbindung (parteilich) ungebundener Strukturen sowie der Versammlung als Qualifikationsfeld für (zukünftige) Führungspersonen; zweitens die für die folgenden Ausführungen zentrale, affektiv-emotionale bzw. identitätsstiftende Dimension, welche die Identifizierung mit dem Narrativ der nationalsozialistischen Bewegung – sowohl in der Gegenwart (z. B. durch das Auftreten als Demonstration) als auch in der Anbindung an den historischen Nationalsozialismus – sowie das Training und die Ausstellung «soldatischer Männlichkeit» als identitätsstiftendes Idealbild (z. B. durch Marschordnungen, Trommeln, Fackeln oder einheitliche Kleidung) umfasst. Alle Wirkungsfelder sind bei neonazistischen Versammlungen auf die eine oder andere Weise vorhanden und eng miteinander verknüpft, sodass sie sich gegenseitig beeinflussen (können).

Eine explizite Demonstrationspolitik umfasst dabei die bewusste Evozierung entsprechender (Kollektiv-)Erfahrungen als zentrales Element des Versammlungserlebens in der Inszenierung und performativen Durchführung. Dementsprechend geht Demonstrationspolitik über die vernetzende Versammlung zur Ausstellung von Meinungen hinaus und zielt auf die Herstellung von «Emotionskollektiven» (Virchow) als Form des emotional-affektiven Erlebens einer geteilten kollektiven Identität. Inwieweit diese Veränderungen auch in der neofaschistischen Szene diskutiert wurden, zeigt eine Nachbetrachtung der Münchner Proteste in der Zeitschrift *Einheit und Kampf* der Jungen Nationaldemokraten (JN): «München hat ein neues Selbstbewusstsein geschaffen, das sich auf jeden einzelnen Teilnehmer ausgewirkt hat und noch größere Bahnen ziehen wird.» (Zit. nach: Virchow 2011: 111) Durch die Betonung der individuellen Erfahrung eines «neuen Selbstbewusstseins» in der gemeinsamen Aktion belegt das Zitat den Stellenwert, den das temporäre Erleben innerhalb des kollektiven Ereignisses bei der Neubewertung der Aktionsform als strategisches Mittel zur (performativen) Evozierung einer Bewegungsidentität einnahm. Dieser Aspekt ist in vielen Analysen der gegenwärtigen Versammlungspraxis in der extremen Rechten (in der BRD) vergleichsweise unterrepräsentiert,⁹ da die affektiven Aspekte kollektiver Identitätsbildung der Betrachtung von außen nur begrenzt (oder eher spekulativ) zu-

9 Ausnahmen sind im bundesdeutschen Kontext die angesprochenen Forschungen von Virchow (siehe Literaturverzeichnis) und im internationalen Bereich u. a. Hilary Pilkingtons Analyseband zu «Passions and Politics in the English Defence League» (Manchester 2016).

gänglich sind (z. B. im Gegensatz zu inhaltlichen Analysen). Dementsprechend sind die folgenden, nicht auf Teilnahme oder anderweitigen Interaktionen beruhenden Überlegungen als Versuch zur theoretischen Identifizierung möglicher Ansatzpunkte für Analysen affektiver Dynamiken innerhalb neofaschistischer Versammlungen zu verstehen.

Aufführungen der Volksgemeinschaft I – Demonstrationen

Vor dem Hintergrund einer sich ab Mitte der 1990er Jahre etablierenden Demonstrationspolitik beschreibt Virchow die Herstellung kollektiver Identität im nationalsozialistischen «Emotionskollektiv» der Versammlungen bis Mitte der 2000er Jahre: «The narrative reports, as well as the rallies themselves, are places of emotionality: they express pride about being white and pride about fighting for a racially pure Germany; rage and fury about (what they mistakenly assume to be the) privileges of immigrants and asylum seekers; distrust of the police and state authorities, who are viewed as part of a Jewish conspiracy; satisfaction at having been able to stage a successful political action; and amusement about clueless attempts of counterprotesters to foil far-right activities.» (Virchow 2007: 157)

Doch entspricht diese Beschreibung (noch) den Erfahrungen auf neonazistischen Demonstrationen heute? Schon der Blick auf die (versammlungs-)rechtliche Dimension lässt Zweifel aufkommen. So bedeutet die Anmeldung von Versammlungen immer eine Zusammenarbeit mit einem (nominell) abgelehnten Staat und dessen Repräsentant*innen sowie die Akzeptanz entsprechender juristischer Rahmenbedingungen wie Versammlungsaufgaben. Insbesondere der Bezug zu einer dezidiert nationalsozialistischen Identität wird so erheblich eingeschränkt, was einer Störung der über symbolische Repräsentation erfahrbaren historischen Traditionslinie gleichkommt. Inwieweit dies als Einschränkung erfahren wird, zeigen zahlreiche Ersatzhandlungen, mit denen versucht wird, die Verbote zu umgehen (z. B. T-Shirts mit der Aufschrift «HKNKRZ» statt verbotener Swastika-Abbildungen). Gleichzeitig können (zumindest größere) Aufmärsche der extremen Rechten gegenwärtig kaum ohne Gegenproteste und damit einhergehende Polizeiaktivitäten abgehalten werden, wenn sie nicht sogar ganz verhindert oder verkürzt werden (vgl. Klare/Sturm 2016: 185). Somit ist eine eigenständige, das heißt im weitesten Sinne souveräne, Durchführung kaum möglich, was nicht zuletzt die Erfahrung einer durchsetzungsfähigen soldatischen Männlichkeit beeinträchtigt. Diese Entwicklung wird durch das weitestgehende Fehlen von Auseinandersetzungen mit den politischen Gegner*innen oder der Polizei begleitet, was zu einer vorwiegend diskursiven Kreation einer «Aura der Gewalt» (Virchow 2011: 117) führt.

Die skizzierten Erkenntnisse begründen die Vermutung, dass an angemeldeten Neonazi-Demonstrationen Teilnehmende diese (spätestens seit Mitte der 2000er Jahre) selten(-er) im Sinne von «Emotionskollektiven» als Produkt einer «successful political action» (ebd.) und oftmals eher als politische Notwendigkeit (ideologisch verkürt

als «Widerstand») erfahren. Denn zentrale Elemente des emotional-affektiven Erlebens (aufgrund äußerer Limitierungen der kollektiven Performanz) konnten nicht bzw. nur teilweise in das Erleben einfließen, selbst wenn diese in der Inszenierung angelegt sein sollten.¹⁰ Insbesondere die neonazistische Kollektividentität kann zwar (in einem juristisch begrenzten Maß) diskursiv behauptet, jedoch kaum (umfanglich) ausgestellt und damit erfahren werden. Gleiches gilt für die Wahrnehmung einer souveränen Vormachtstellung, sodass nicht zuletzt die Erfahrungen mit dem Gegenprotest eher von Frustration als von «amusement» (ebd.) geprägt sein dürften. Gestützt werden diese Beobachtungen einer begrenzten emotional-affektiven Erfahrbarkeit der kollektiven nationalsozialistischen Identität im Kontext angemeldeter Versammlungen nicht zuletzt durch zahlreiche Demonstrationsberichte, in denen Unzufriedenheit darüber artikuliert wird.

Aufführungen der Volksgemeinschaft II – Subkulturelle (Groß-)Veranstaltungen

Demgegenüber scheinen (sub-)kulturelle Events durch den Wegfall vieler der skizzierten Hemmnisse in Bezug auf die performative Herausbildung eines neofaschistischen «Emotionskollektivs» gekennzeichnet zu sein, wodurch sie das Potenzial besitzen, das emotional-affektive Wirkungsfeld der Demonstrationspolitik als Veranstaltungspolitik zu erneuern. Dazu einige Überlegungen. So ist die Intensität der polizeilichen Kontrollmaßnahmen und damit die zu erwartende wie real zu erfahrende (individuelle) Repression deutlich geringer, sodass es neben Vorkontrollen¹¹ kaum zu einer Verfolgung (potenzieller) Straftaten kommt.¹² Insbesondere die Verwendung verbotener Symbolik scheint nach den polizeilichen Kontrollen nahezu ungestört möglich zu sein, sodass beispielsweise strafrechtlich relevante Tätowierungen von den Teilnehmenden nur beim Einlass und nicht mehr über den gesamten Versammlungsverlauf unkenntlich gemacht werden.

«Zwischen den Musikeinlagen waren immer wieder mutmaßliche Sieg-Heil-Rufe zu vernehmen. [...] Schließlich wurde die Plane zum Festzelt von den Ordnern pedantisch zugehalten – zeitgleich reckten sich dahinter vermutlich hunderte Arme in die Luft.» (Schulz 2019 zum «Back to the Roots»-Festival in Ostritz) Gleichzeitig ist ein

10 Demgegenüber scheinen gerade (mobilisierungsstarke) Versammlungen des völkisch-autoritären Populismus (z. B. Pegida) die Erfahrung eines völkisch geprägten «Emotionskollektivs» zumindest punktuell und unter Umständen in einem größeren Maße als offen neonazistische Versammlungen zu ermöglichen. So herrscht bei entsprechenden Veranstaltungen in der Regel eine hohe Akzeptanz offen neonazistischer Teilnehmender und eines Großteils der (nicht verbotenen) Symbole vor. Gleichzeitig ist der Gegenprotest oftmals klein(er) und daher weniger wahrnehmbar, was im Zusammenhang mit einer polizeilichen Zurückhaltung zu Erfahrungen völkischer Dominanz führen konnte und kann.

11 Hierbei handelt es sich um einen wichtigen ordnungspolitischen Einflussfaktor auf das Veranstaltungserleben, sodass zum Beispiel ausgiebige Vorkontrollen beim «Schild und Schwert»-Festival im Juni 2019 die Ausbildung eines «Emotionskollektivs» empfindlich störten.

12 Ein Beispiel für konsequentes Vorgehen bei (Verdacht auf) Straftaten ist die (kurzzeitige) Verhaftung des Sängers der Rechtsrock-Band «Brutal Attack», Ken McLellan, bei den «Tagen der nationalen Bewegung» 2018 (vgl. Antifaschistisches Infoblatt 2018: 119).

konsequentes ordnungspolitisches Vorgehen gegen Straftaten (bis hin zur Versammlungsauflösung) während des Verlaufs kaum möglich, da selten die erforderlichen Polizeikräfte zur Durchsetzung zur Verfügung stehen.¹³ Dennoch sind (versammlungsrechtliche) Auflagen (sowie deren Durchsetzung) eine der wenigen Möglichkeiten einer ordnungspolitischen Einflussnahme auf entsprechende Veranstaltungen, sobald diese einmal genehmigt worden sind. Auch das Potenzial von Gegenprotest ist vergleichsweise gering, da dieser zumeist nur in deutlicher Entfernung stattfinden kann und damit vorwiegend symbolisch bleibt, sodass er für die Teilnehmenden der Neonazi-Events höchstens punktuell wahrnehmbar ist und das Veranstaltungserleben kaum beeinflusst. Die genannten Punkte führen demgegenüber auf der Seite der Veranstaltenden zu einer relativen Planungssicherheit als Möglichkeit zur weitestgehenden Umsetzung der (inszenatorischen) Vorstellungen, die für Demonstrationen nicht in einem vergleichbaren Maß gegeben ist.

Ein letzter Unterschied zwischen Demonstrationen und subkulturellen Veranstaltungen ist ein oftmals erlaubter Alkoholkonsum. Die Möglichkeit zur (kollektiven) Enthemmung (durch Alkohol) und damit der Abgabe individueller Kontrolle ist Ausdruck eines gewissen Vertrauens in den Veranstaltungsraum und trägt dazu bei, diesen als «eigenen» zu erfahren, wobei die auch in der Neonaziszene diskutierten problematischen Aspekte des Alkoholkonsums zugunsten finanzieller und stimmungsrelevanter Vorteile in Kauf genommen werden. Inwieweit es sich hierbei tatsächlich um eine wichtige Stellschraube lokaler Behörden zur effektiven Einflussnahme auf die Erfahrung der Atmosphäre entsprechender Veranstaltungen handelt, zeigen die Erfahrungen bei umfänglichen Alkoholverboten beispielsweise in Ostritz im April 2018 oder Juni 2019.

Diese Beschreibungen verdeutlichen grob, inwieweit mit den neu aufkommenden subkulturellen (Groß-)Veranstaltungen temporäre Hegemoniezonen neonazistischer Kollektivakteur*innen entstehen können, die von den Veranstaltenden absichtsvoll geplant sind und aus denen sich nicht-rechte Akteur*innen, Staat und Medien weitestgehend zurückziehen müssen.¹⁴ Aufgrund kaum stattfindender Irritationen, geschweige denn Interventionen in den Veranstaltungsablauf scheinen subkulturelle Events im Vergleich zur durchschnittlichen Demonstrationserfahrung das Ausleben sowie die atmosphärische Erfahrung einer geteilten nationalsozialistischen Identität im «Emotionskollektiv» innerhalb des (halb-)öffentlichen Rahmens intensiver zu erlauben. Sie bieten dabei umfangreichere Bezüge zu extrem rechten Lebenswelten (politischer Inhalt, Musik, Austausch und Konsummöglichkeiten erweitert z. B. durch

13 Ein Gegenbeispiel ist das Verbot des Rechtsrockkonzerts «Rock gegen Überfremdung» in Apolda 2018, dessen Auflösung jedoch von neonazistischen Ausschreitungen begleitet war.

14 So sind die polizeilichen Maßnahmen zur Herstellung des nominell öffentlichen Charakters der Veranstaltungen eher gering, sodass vor allem punktuelle Pressespaziergänge stattfinden, bei denen Teilnehmende ebenfalls Angriffen und Bedrohungen ausgesetzt sind.

Sportangebote) an. Dies bleibt in der Regel nicht auf das unmittelbare Veranstaltungsgelände beschränkt, sondern erstreckt sich potenziell über die gesamte jeweilige Ortschaft.¹⁵

Die Stimmung dieser nicht alltäglichen «Gemeinschaftserfahrung» ist sowohl für weniger stark in die Neonazi-Szene Eingebundene wie auch für organisierte Neonazis als geballte Wahrnehmung Tausender Gleichgesinnter kaum auf anderem Wege zu erhalten: «Großveranstaltungen müssen sich an der Atmosphäre messen lassen. Sicherlich, das kollektive Zeigen des Hitlergrußes hinterließ Eindrücke, aber vielmehr beeindruckte es die KonzertteilnehmerInnen, Lieder von «Stahlgewitter» aus «6.000 Kehlen zu hören.» (Antifaschistisches Infoblatt 2018). Das sinnlich-affektive Erleben der (massenhaften) kollektiven Ko-Präsenz als Atmosphäre einer originär neonazistischen Hegemonie ist ein genuines Moment entsprechender Veranstaltungen, das in einer vergleichbaren Intensität nur mit viel Aufwand (z. B. beim klandestin organisierten «Rocktoberfest» im schweizerischen Unterwasser 2016) reproduzierbar ist. Auf diese Weise heben sich entsprechende Veranstaltungen deutlich von anderen subkulturellen Angeboten im Bereich der (extremen) Rechten ab und ermöglichen ein intensiviertes Erleben einer nationalsozialistischen Kollektividentität (auf affektiv-emotionaler Ebene), das auch außerhalb eines politischen Rahmens (z. B. beim Fußball) selten in diesem Umfang herstellbar ist.

Back to the Roots?

Dieser verstärkte Bezug zu Aspekten der kollektiven Identität in Planung, Inszenierung und (kollektiver) Durchführung im Rahmen subkultureller Veranstaltungen wirkt ebenfalls auf politische Versammlungen zurück. So ist in den vergangenen Jahren eine deutliche Verengung des Demonstrationsgeschehens der bundesdeutschen Szene auf originär neonazistische Inhalte wie den «Tag der deutschen Zukunft», (regionale) «Gedenkdemonstrationen» (vor allem Dresden oder Demmin) oder den «Heiß-Marsch» in Berlin¹⁶ festzustellen. Gleichzeitig nimmt der Einsatz von Inszenierungsstrategien zur Evozierung eines Erlebens identitär geprägter «Emotionskollektive» im Demonstrationkontext (wieder) zu. Ausdruck hiervon ist die Demonstration des «Dritten Wegs» am 1. Mai 2019 in Plauen, die nicht nur durch zusätzliche Angebote wie Stände und Tanzvorführungen beim Auftakt ergänzt wurde, sondern deren Inszenierung mit einer starken Vereinheitlichung des Auftretens, einer geordneten Marschformation, Trommeln und Pyrotechnik «an die Choreographien des Nationalsozialismus» erinnerte (Anders u. a. 2019: 9).

15 Dies zeigt sich unter anderem am ersten «Rock gegen Überfremdung»-Festival 2017, dessen Motto «Sturm auf Thamar» auf eine gewissermaßen soldatische Einnahme der Stadt anspielt.

16 «Die Wiederaufnahme der bundesweiten Heiß-Märsche kann als Ausdruck einer Rückbesinnung der Neonaziszene auf das zutiefst bindende Identitätsthema der Verherrlichung des Nationalsozialismus gedeutet werden.» (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin 2018)

In diesem Sinne beschreiben die Veränderungen in der Versammlungspraxis der extremen Rechten in der Bundesrepublik einen Wechsel in der Schwerpunktsetzung politischer Arbeit. Dabei verschiebt sich der Fokus politischer Öffentlichkeitsarbeit weg von der Organisation einer Vielzahl eigenständiger Demonstrationen, in denen kollektive Identität als Nationalsozialist*innen (in Form des Bezugs zum historischen NS und der Erfahrung soldatischer Männlichkeit) mehr symbolisch ausgestellt als real erfahren werden kann, hin zur Durchführung von (sub-)kulturellen (Groß-)Veranstaltungen und Einzelversammlungen, die ein verstärktes (sinnlich-affektives) Erleben dieser Identität erlauben.¹⁷ Dabei kommt es zur Übertragung der zentralen Aspekte einer ideal gedachten, aber praktisch kaum zu realisierenden Demonstrationspolitik auf eine besser gestaltbare Veranstaltungspolitik. Diese neue Form des «Kampfes um die Straße» besteht im Kern in der absichtsvollen Inszenierung sinnlich erfahrbare nationalsozialistischer Hegemoniezone im (halb-)öffentlichen Raum. Es scheint somit gewissermaßen zu einer Rückorientierung «Back to the Roots»¹⁸ als Konzentration auf den identitären Kern der neofaschistischen Bewegung zu kommen. Wenn anfangs eine «Krise» der Neonaziszene in Deutschland vermutet wurde, trifft dies nur teilweise (und vor allem auf finanzielle Aspekte) zu, da der gesellschaftspolitische «Rechtsruck» gleichzeitig Möglichkeitsräume zur Artikulation neofaschistischer Kollektividentitäten über die verborgenen Räume klandestiner organisierter Veranstaltungen hinaus eröffnet. Damit ist die Ankündigung der Gemeinschaftserfahrung auf dem eingangs zitierten Werbebanner der «Tage der nationalen Bewegung» nicht nur ein leeres (Werbe-)Versprechen, sondern beschreibt einen integralen Teil der Veranstaltung als Inszenierung und performative Aufführung eines «Emotionskollektivs».

17 Näher zu untersuchen bliebe, inwieweit sich die Erfahrung kollektiver Identität auf den entsprechenden Veranstaltungen von vergleichbaren Events in der Vergangenheit (z. B. «Rock für Deutschland» in Gera) unterscheidet bzw. auf welche unterschiedlichen Weisen ähnliche Formate als strategisches Instrument der übergreifenden politischen Arbeit genutzt werden.

18 Titel eines von Thorsten Heise veranstalteten Neonazi-Konzerts im März 2019 in Ostritz.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2019): Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin.
- Anders, Alexa u. a. (2019): Termin des Jahres, in: der rechte rand 178, S. 7–9.
- Antifaschistisches Infoblatt (2018): Top oder Flop? Rechte Großkonzerte im öffentlichen Raum, unter: www.antifainfoblatt.de/artikel/rechtsrock-gro%C3%9Fevents-top-oder-flop.
- Daphi, Priska (2011): Soziale Bewegungen und kollektive Identität – Forschungsstand und Forschungslücken, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 4/2011, S. 13–24.
- Klare, Heiko/Sturm, Michael (2016): Aktionsformen und Handlungsangebote der extremen Rechten, in: Virchow, Fabian u. a. (Hrsg.): *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden, S. 181–201.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (2018): Aktualisierte Einschätzung zum Rudolf-Heß-Marsch am 18. August 2018, Berlin, 15.8.2018, unter: www.mbr-berlin.de/aktuelles/einschaetzung-zum-rudolf-hess-marsch-2018/?lang=de.
- Schulz, Tim (2019): Rechtsrock in Ostritz. Erneute Angriffe auf Journalisten, in: *Endstation rechts*, 24.3.2019, unter: www.endstation-rechts.de/news/rechtsrock-in-ostritz-erneute-angriffe-auf-journalisten.html.
- Schulze, Christoph (2009): Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden, S. 92–108.
- Steiner, Felix M. (2019): Zwischen Männlichkeit, Metapolitik und Straßenkampf, in: *der rechte rand* 178, S. 12–13.
- Virchow, Fabian (2006): Dimensionen der «Demonstrationspolitik» der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg, S. 68–101.
- Virchow, Fabian (2007): Performance, Emotion, and Ideology on the Creation of «Collectives of Emotion» and Worldview in the Contemporary German Far Right, in: *Journal of Contemporary Ethnography* 2/2007, S. 147–164.
- Virchow, Fabian (2011): Die «Demonstrationspolitik» der extremen Rechten in der Bundesrepublik und in Brandenburg, in: Kopke, Christoph (Hrsg.): *Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg*, Potsdam, S. 109–128.

Tina Reis

DISKRIMINIERUNGSVERSTÄRKER GOOGLE

RECHTE SUCHMASCHINENOPTIMIERUNG UND LINKE GEGENSTRATEGIEN

18.000 Mal suchen Menschen auf Google jeden Monat im Durchschnitt nach Informationen zu Rassismus oder Antisemitismus, und dies nur in Deutschland. Etwas häufiger, 22.200 Mal, suchen Menschen nach «Sexismus». Bei «Gender» sind es schon über 33.000; die gleiche Zahl erreicht der Suchbegriff «Abtreibung». Nimmt man noch verwandte Suchbegriffe wie «Schwangerschaftsabbruch» oder «Abtreibung Kosten» hinzu, erreicht das Thema locker ein monatliches Suchvolumen von 100.000, und das allein in Deutschland. Darüber hinaus wollen jeden Monat mehr als 3.000 Mal Menschen von Google wissen, was eine Familie ausmacht, 2.900 Mal, woran sie «Hate Speech» erkennen, und 2.400 Mal, wie viele Geschlechter es gibt.¹

Diese Zahlen zeigen, dass eine beträchtliche Anzahl an Menschen Google nutzt, um sich über gesellschaftspolitisch relevante Themen zu informieren. Google besitzt in Deutschland und global ein Marktmonopol bei den Internetsuchmaschinen. Dementsprechend hat der Algorithmus, der entscheidet, welche Webseiten diese Menschen bei einer Google-Suche präsentiert bekommen, eine besonders hohe Relevanz. Einige extrem rechte Webseiten wie die Maskulinisten-Plattform «wikiMANNia» und die Webseite des christlich-fundamentalistischen Vereins «Pro Femina» betreiben gezielt Suchmaschinenoptimierung, um sich in der Google-Suche möglichst weit oben zu platzieren und das Potenzial zu nutzen, das die Suchmaschine ihnen bietet. Dennoch spielt Google in der Debatte, wie neue Medien der extremen Rechten in den letzten Jahren und Jahrzehnten zum Erfolg verholfen haben, und in linken Strategiediskussionen bisher kaum eine Rolle.

Die Online-Strategien der extremen Rechten haben die Radikalisierung von Sympathisant*innen zum Ziel, sie manipulieren und polarisieren Debatten, um

1 Vgl. das Tool kwfinder.com, Daten vom 13.8.2019.

Unentschlossene auf ihre Seite zu ziehen, und sind nicht zuletzt bestrebt, politische Gegner*innen einzuschüchtern (vgl. Ebner 2019). Dafür nutzen sie diverse Social-Media-Plattformen, Online-Foren und Messenger-Dienste. Um ein Bild der Online-Strategien der extremen Rechten zu bekommen, befasst sich der vorliegende Beitrag mit der Funktion von Google als Diskriminierungsverstärker und Plattform für rechte Gruppierungen. Welche Ergebnisse zeigt der Google-Algorithmus zu politischen Themen? Wie nutzen die Betreiber*innen extrem rechter Webseiten Google, um ihre Inhalte zu verbreiten, und wie erfolgreich sind sie damit?

Die US-amerikanische Forscherin Safiya Umoja Noble veröffentlichte 2018 eine der wenigen Studien zu diesem Thema. Sie zeigt, wie der Google-Algorithmus immer wieder rassistische Suchergebnisse hervorbringt. Ein Beispiel ist der Suchbegriff «black girls». Hier zeigte der Algorithmus zum Zeitpunkt von Nobles Forschung hauptsächlich pornografische Webseiten an. Auch die automatische Vervollständigung von Anfragen bei Google in der Suchleiste beim Eintippen reproduzierte immer wieder rassistische Ergebnisse. Bei der Eingabe von «Warum sind Schwarze Frauen so» schlug Google Stereotypen wie «wütend, laut, gemein, attraktiv oder faul» vor (vgl. Noble 2018: 17 ff.). Mittlerweile sehen diese Suchergebnisse schon wieder ganz anders aus. Auf massiven Druck hin entfernt Google einzelne diskriminierende Suchergebnisse, aber auch nicht immer (ebd.: 42 f.). Der Algorithmus selbst ändert sich jedoch auch immer wieder, sodass sich die Suchergebnisse zwischen dem Zeitpunkt von Nobles Forschung bis hin zur Veröffentlichung der Studie gewandelt hatten. Dies thematisiert Noble in ihrer Arbeit und betont, dass es ihr nicht um Einzelfälle geht, die von Google durch punktuelle Eingriffe in den Algorithmus behoben werden können. Stattdessen gilt es zu fragen, wie diese Suchergebnisse immer wieder zustande kommen und welche Struktur dahintersteht (ebd. 82).

Doch wie funktioniert der Algorithmus eigentlich genau? Dazu ist zunächst eine Unterscheidung wichtig. Bei Google gibt es zwei verschiedene Arten von Suchergebnissen: bezahlte Anzeigen, die ganz oben bei den Suchergebnissen gelistet sind und bewusst dezent mit dem Wort «Anzeige» markiert sind, und sogenannte organische Suchergebnisse, die unter den bezahlten Anzeigen gelistet werden. Letztere sind nicht direkt käuflich, sondern unterliegen dem Google eigenen Algorithmus, der auswählen soll, welche Webseiten die Suchintention – die Vorstellungen und Wünsche von Nutzer*innen, die einen bestimmten Suchbegriff eingeben – am besten erfüllen. Dieser Algorithmus ist äußerst komplex. Dennoch ist es möglich, die eigene Webseite so zu gestalten, dass sie im Algorithmus weiter nach oben kommt. Dies ist im Marketing eine ganz eigene Branche und nennt sich Suchmaschinenoptimierung (abgekürzt SEO, vom englischen *search engine optimization*). Und hier findet sich auch schon der Grund, warum die organischen Suchergebnisse indirekt dann doch wieder käuflich sind – denn SEO kostet Zeit und somit Geld. Nicht alle können gleich viel Geld und Energie in ihre Webseiten stecken. In einer Gesellschaft mit ungleicher Ressour-

cnverteilung bedeutet das, marginalisierte Gruppen haben es schwerer, über Google Einfluss auf die politische Meinungsbildung zu nehmen.

Das ist jedoch nur ein Teil der Erklärung. Der Algorithmus basiert im Grunde auf einem Mehrheitsprinzip: Diejenigen Webseiten mit den meisten Klicks kommen nach oben. Google sammelt beständig Daten darüber, wie sich Nutzer*innen sowohl bei der Google-Suche als auch auf den Webseiten selbst verhalten. Auf welches Suchergebnis klicken die meisten? Scrollen sie auf den Webseiten nach unten, lesen also die Inhalte, und klicken sich auf der Webseite noch zu anderen Unterseiten weiter? Dann haben sie dort vermutlich gefunden, was sie suchten, und die Daten gehen als positive Signale in den Algorithmus ein. Oder werfen sie lediglich einen kurzen Blick auf die Seite und springen sofort wieder ab, um sich ein anderes Ergebnis anzusehen? Dann haben sie das Gesuchte wohl nicht gefunden und die Daten zählen im Algorithmus negativ. Die Webseiten mit den meisten positiven Signalen rücken im Ranking weiter nach oben. Weitere Faktoren sind Ladegeschwindigkeit, wie oft eine Seite in den sozialen Medien geteilt wurde, wie oft sie verlinkt wird und vieles mehr. Eine Suchmaschine, die so funktioniert, bringt in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft Rassismus nach oben.

Anhand von «Google Trends», einem Tool von Google, lässt sich das Suchverhalten von Google-Nutzer*innen im Zeitverlauf analysieren. Beispielsweise zeigte es im August 2019 an, dass Nutzer*innen, die Begriffe aus dem Themenfeld «Flüchtlinge» gesucht haben, auch häufig Begriffe aus dem Themenfeld «Verbrechen» eingegeben hatten.² Ein Jahr zuvor, im August 2018, waren die Themen Vergewaltigung und Kriminalität sogar die Themen, bei denen das Suchvolumen im Zusammenhang mit «Flüchtlingen» am stärksten zugenommen hatte.³ Diese Daten fließen in die Autovervollständigung von Suchbegriffen ein, das heißt die Begriffe, die Google vorschlägt, sobald Nutzer*innen anfangen zu tippen. Hier wird mitunter «Flüchtlinge Kriminalität» vorgeschlagen – und damit die rassistische Verknüpfung erst hergestellt und/oder bestärkt. Wer diesen Suchbegriff googelt, landet überdurchschnittlich oft auf einer rechten Seite. Das liegt daran, dass die vermeintlich erhöhte Kriminalität von Geflüchteten eine zentrale Argumentationsfigur der extremen Rechten ist, mit der sie ihren Rassismus und ihre Forderung nach Grenzkontrollen und der Verhinderung von Flucht und Migration begründen. Dementsprechend schreiben sie auch viele Texte zu dem Thema und füllen damit ihre Webseiten. Google bestimmt die Relevanz einer Webseite für einen bestimmten Suchbegriff vor allem danach, wie viele Inhalte zu dem Thema es darauf gibt. In dieser Logik sind dann extrem rechte Webseiten die «Autorität» für diesen Suchbegriff.

Ein anderes Beispiel, das das Problem verdeutlicht, sind die unterschiedlichen Suchergebnisse für die Begriffe «Schwangerschaftsabbruch» und «Abtreibung». Bei Erste-

2 Vgl. Google Trends, Daten vom 13.8.2019.

3 Vgl. ebd., Daten vom 12.8.2018.

rem finden sich weitaus mehr neutrale Informationsangebote und feministische Webseiten, während bei Letzterem auch viele Webseiten von Abtreibungsgegner*innen auftauchen. Feministische Webseiten verwenden (aus gutem Grund) nicht das Wort Abtreibung, da es einen gewaltvolleren Vorgang impliziert, als es der Realität entspricht. Die unterschiedlichen Begriffswelten haben jedoch den Effekt, dass Nutzer*innen je nach Suchbegriff auch nur auf bestimmten Webseiten landen. Begriffe, die links oder feministisch geprägt sind, wie «Schwangerschaftsabbruch» oder «Geflüchtete» haben dabei ein geringeres Suchvolumen als Begriffe, die auch rechte Webseiten benutzen. Rechte haben hier also einen klaren Vorteil, weil sie sich der Begriffe bedienen, die entweder mehrheitsgesellschaftlich sowieso durchgesetzt sind und/oder immer wieder durch die Medien gehen.

Dylan Roof, der am 17. Juni 2015 neun Afro-Amerikaner*innen in einer Kirche in Charleston, South Carolina/USA, ermordete, gab an, dass er sich unter anderem durch Google-Suchen nach «black on white crime» in seinem Rassismus radikalisiert habe (vgl. Noble 2018: 111). Auch wenn rassistische Massenmorde nicht durch Google ausgelöst werden, sondern Zeichen eines gesellschaftlich tief verwurzelten Rassismus sind, sollte die Rolle, die Google bei der Radikalisierung von Menschen spielt, nicht unterschätzt werden. Die Google-Ergebnisse wirken wie ein Verstärker, der die rassistischen Bilder bestätigt, die Menschen schon im Kopf haben, wenn sie eine Google-Suche starten. Über Google finden sie die vermeintliche Legitimation für ihre Ansichten, festigen sich in ihren Argumentationen und finden womöglich Kontakt zu extrem rechten Netzwerken und Plattformen.

Zugespielt wird dieser Umstand dadurch, dass es bei Google tatsächlich eine große Relevanz hat, welche Webseite auf welcher Position in den Suchergebnissen steht, da Nutzer*innen die Gewohnheit und Erwartung haben, schnell eine Antwort auf ihre Fragen zu finden, und eher nicht viele verschiedene Webseiten miteinander vergleichen wollen. Im Schnitt klicken 58 Prozent der Nutzer*innen auf die ersten drei Webseiten in der Liste; die Webseiten ganz unten auf der ersten Seite werden kaum mehr beachtet, ganz zu schweigen von denjenigen, die auf der zweiten und den folgenden Seiten stehen. Die Konkurrenz um die ersten drei Plätze ist dementsprechend groß.

Doch hat es wirklich eine so große Auswirkung, welche Webseiten den Nutzer*innen präsentiert werden? Wie stark können Suchergebnisse die politische Meinungsbildung tatsächlich beeinflussen? Dazu gibt es bisher kaum systematische Forschung. Eine Studie des US-amerikanischen Pew Research Institute von 2012 gibt jedoch einen alarmierenden Hinweis darauf, wie viel Vertrauen Menschen Suchmaschinen entgegenbringen: 73 Prozent der Befragten waren demnach der Überzeugung, Suchmaschinen würden akkurate und vertrauenswürdige Informationen anzeigen. 66 Prozent glaubten, dass Suchmaschinen eine faire und unparteiische Informationsquelle seien (Purcell u. a. 2019). Weitere Forschung ist dringend notwendig, um aktuelle Zahlen zu erhalten und um die Rolle von Suchmaschinen als Wissensquelle besser zu verstehen. Wenn Nutzer*innen die Webseiten, die ihnen Google empfiehlt, für

vertrauenswürdig halten, weil sie sich auf Google verlassen und den hinter den Suchergebnissen liegenden Algorithmus nicht hinterfragen, ist dies politisch extrem problematisch. Hinzu kommt, dass Google ja nicht nur eine Liste an Webseiten anzeigt, sondern zunehmend Antworten direkt schon in den Suchergebnissen mitliefert. Dies geschieht zum Beispiel in Definitionskästen, die auf eine Suchanfrage hin ganz oben auf der Seite auftauchen, oder mit «Andere Nutzer suchten auch ...»-Angeboten, die Antworten auf häufig gesuchte Fragen direkt in den Suchergebnissen anzeigen. Diese Informationen werden von Google nicht etwa redaktionell ausgewählt und auf Richtigkeit überprüft, sondern ebenfalls vom Algorithmus aus Webseiten gezogen, die dafür als vermeintlich relevant eingestuft wurden oder bei denen das Nutzerverhalten besonders positiv ausfiel. Mitunter werden hier extrem rechte Webseiten ausgewählt oder aber extrem rechte Argumentationsstrategien aufgegriffen und verstärkt.

Auf die Google-Suche nach «Genderismus», einem antifeministischen Kampfbegriff, zeigte Google bis vor kurzem etwa eine Wikipedia-Definition von Gender Mainstreaming an. Dass Gender Mainstreaming eine der Methoden ist, mithilfe derer Feminist*innen Menschen den «Genderismus» aufzwingen wollen, ist eine antifeministische Verschwörungstheorie. Diese greift Google hier auf und lässt bei Nutzer*innen den Eindruck entstehen, der Wikipedia-Eintrag zu Genderismus bestünde aus einer Definition von Gender Mainstreaming. Klickt man auf den Link wikipedia.org/wiki/Genderismus, der als Quelle angezeigt wird, stellt man fest, dass dieser Eintrag tatsächlich gar nicht existiert.

In den Ergebnissen für «Andere Nutzer suchten auch ...» tauchen immer wieder rechte Webseiten auf, zum Beispiel die Webseite des christlich-fundamentalistischen Vereins «Pro Femina». Die radikalen Abtreibungsgegner*innen verfolgen seit Jahren eine gezielte SEO-Strategie. Google ist für sie eine zentrale Plattform, um ihre Zielgruppe zu erreichen. Indem sie die Webseite auf Suchbegriffe wie «Abtreibung», «Abtreibung Kosten», «Abtreibung Erfahrungen» und viele andere Stichworte hin optimieren, erreichen sie Menschen, die einen Schwangerschaftsabbruch erwägen. Diese versuchen sie mit Falschinformationen über die vermeintlichen Risiken und Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen dazu zu bewegen, die Schwangerschaft auszutragen. Über Telefon, E-Mail und in Filialen vor Ort bieten sie «Beratung» an. Dass diese darauf ausgerichtet ist, dass Frauen auf jeden Fall die Schwangerschaft fortsetzen, verschweigen sie. Für einen straffreien Abbruch ist in Deutschland ein Beratungsschein von einer Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle notwendig. Dass «Pro Femina» keine anerkannte Beratungsstelle ist, teilen sie den Menschen, die mit ihren Fragen zu ihnen kommen, nicht mit. «Pro Femina» spielt damit auf Zeit. Bis Schwangere merken, dass sie von dem Verein keinen Beratungsschein bekommen und eine weitere Beratungsstelle aufsuchen müssen, kann die Frist von zwölf Wochen, in denen ein Abbruch straffrei möglich ist, sehr knapp werden und möglicherweise bereits abgelaufen sein. So können Frauen in die Situation geraten, eine Schwangerschaft durchziehen zu müssen, obwohl sie dies gar nicht wollten.

In den Suchergebnissen erzielen «Pro Femina» und andere Webseiten von Abtreibungsgegner*innen sehr gute Platzierungen, weswegen davon auszugehen ist, dass ihre Strategie erfolgreich ist. Zumal Paragraf 219a in Deutschland einschränkt, wer über Abbrüche informieren darf. So ist es Ärzt*innen gesetzlich untersagt, umfassend über Schwangerschaftsabbrüche aufzuklären – somit scheiden sie von vornherein aus der Konkurrenz um Google-Platzierungen aus. Menschen wollen sich umfassend informieren. Die Ergebnisse der Pew-Research-Studie legen nahe, dass sie diejenigen Webseiten, auf denen sie Informationen finden, insbesondere solche, die bei «Andere Nutzer suchten auch...» auftauchen, möglicherweise als besonders vertrauenswürdig betrachten oder sich von ihnen eine gewisse Neutralität erwarten. Google spielt damit der Täuschungsstrategie etwa von «Pro Femina» in die Hände.

Inwiefern andere rechte Akteur*innen Google gezielt nutzen, ist ebenfalls eine Frage, die genauer untersucht werden sollte. Wenn Rechte in den sozialen Medien bestimmte Begriffe streuen und etablieren, wie zum Beispiel Genderismus, welche Bedeutung hat es dann, dass Menschen, die diese Begriffe dort aufschneiden und googeln, auch auf rechten Webseiten landen? Und mit welchen Gegenstrategien können Feminist*innen und Antifaschist*innen diesen Kreislauf durchbrechen?

Google selbst ist kein Ansprechpartner, wenn es darum geht, menschenfeindliche Begriffe aus den Suchergebnissen zu entfernen. Safiya Umoja Noble (2018: 58) weist darauf hin, dass es aus Sicht des Unternehmens lukrativer ist, sich an Mehrheitsmeinungen zu orientieren, auch wenn diese diskriminierend oder rassistisch sind, denn nur das bringt Gewinn ein. Außerdem geht es nicht nur, wie bereits angesprochen, um einzelne Ergebnisse, sondern um eine Struktur, das Mehrheitsprinzip, das im Google-Algorithmus selbst angelegt ist.

Eine langfristige Lösung dieses Problems kann nur darin bestehen, die Art und Weise, wie wir Informationen im Netz aufbereiten und suchen, grundlegend zu ändern. Doch dies braucht Zeit. Es ist unwahrscheinlich, dass in den nächsten Jahren weniger Menschen Google nutzen werden und somit der Algorithmus weniger Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung haben wird. Eine kurzfristige, pragmatische Lösung ist es deshalb, eine eigene Google-Strategie zu entwickeln und umzusetzen. Ein Ansatzpunkt dafür ist es, Suchbegriffe aufzugreifen, die bisher von rechten Webseiten besetzt oder dominiert sind. Ein Beispiel dafür ist die feministische Webseite «genderdings.de». Hier wurde gezielt Suchmaschinenoptimierung angewandt, mit dem Ergebnis, dass diese Homepage bei Google nun für den Suchbegriff «Genderismus» an erster Stelle steht und damit die oben beschriebene problematische Wikipedia-Definition abgelöst hat. Ein anderes Beispiel ist «fuer-das-leben.de», eine feministische Webseite, die Themen und Begriffe radikaler Abtreibungsgegner*innen aufgreift und ihnen feministische Inhalte gegenüberstellt. Sie erreicht unter anderem bei Suchbegriffen wie «Argumente Abtreibung» eine gute Platzierung und verdrängt dadurch Seiten von Abtreibungsgegner*innen.

Eine solche Online-Strategie kann auch darauf abzielen, Medienkompetenz zu stärken. Denn Google-Suchergebnisse kommt schließlich nicht zuletzt deshalb so viel Bedeutung zu, weil ein großer Teil der Menschen nicht in der Lage ist, sie zu interpretieren, vertrauenswürdige Webseiten zu erkennen und Meinungsäußerungen von Fakten zu unterscheiden. Aufklärung und Sensibilisierung sind notwendig, um diesem Problem zu begegnen. Linke Online-Strategien müssen jedoch unbedingt darüber hinausgehen. Es gilt, nicht in einer Meta-Diskussion zu verharren, während Rechte weiterhin über Online-Plattformen eigene Inhalte in die Öffentlichkeit bringen und die öffentliche Debatte beeinflussen. Es geht darum, Google selbst als Plattform für eigene Inhalte zu nutzen, um breitere Zielgruppen zu erreichen und den Rechten nicht das Feld zu überlassen. Im Zusammenspiel mit einer durchdachten Social-Media-Kampagne kann eine solche Strategie viele Menschen erreichen und dazu beitragen, aufklärerische und emanzipatorische Inhalte im Netz zu verbreiten. Positive Beispiele wie «genderings.de», die auch für viel genutzte Suchbegriffe wie «Feminismus» auf den vordersten Plätzen steht, zeigen, dass dies möglich ist.

Literatur

- Ebner, Julia (2019): Counter-Creativity. Innovative Ways to Counter Far-Right Communication Tactics, in: Fielitz, Maik/Thurston, Nick (Hrsg.): Post-Digital Cultures of the Far Right. Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US, Bielefeld 2019, S. 169–182.
- Noble, Safiya Umoja (2018): Algorithms of Oppression. How Search Engines Reinforce Racism, New York 2018, S. 17–24.
- Purcell, Kristen/Brenner, Joanna/Rainie, Lee (2019): Search Engine Use 2012, Pew Research Center, 13.8.2019, unter: www.pewinternet.org/2012/03/09/search-engine-use-2012/.

Maik Fielitz

POST-DIGITALE KULTUREN DER EXTREMEN RECHTEN

1 Einleitung

Politische Mobilisierung hat sich im Kontext der digitalisierten Gesellschaft fundamental geändert. Digitale Kommunikation bestimmt unseren Alltag und die Formen, wie wir uns (politisch) informieren, streiten und ausdrücken. Hashtags, Instagram-Stories und YouTube-Videos werden heute nicht nur zur Selbstdarstellung eingesetzt, sondern sind auch zentral für kollektives Handeln und politisches Engagement. Proteste werden über digitale Dokumentationen – Bilder, Tweets, Streams – zumindest potenziell global sichtbar und laden über das Teilen und Kommentieren von Nachrichten zum Mitmachen ein. Auf den Plattformen sozialer Medien entstanden neue Formen der Organisation. Aktivist*innen wechseln zwischen der Straße und der Tastatur hin und her – immer mit dem Ziel, in einer «dauererregten» Öffentlichkeit die eigene Botschaft besser sichtbar zu machen. Gerahmt von einer ambivalenten Sprache, Ironie und Insider-Codes werden politische Botschaften in kulturelle Erzeugnisse eingewoben, die durch eine zielgruppenorientierte Wahl der Tonlage angepasst sind. Der Schritt vom Konsumenten zur Produzentin – und somit von der Zuschauerin zum Unterstützer – beträgt nur einen Mausklick.

Diese beschleunigte und allumfassende Veränderung politischer Kommunikation konnte gerade die extreme Rechte zu ihrem Vorteil nutzen. Eine neue Generation von technisch versierten Rechten verstand früh das Manipulationspotenzial des Web 2.0, das durch seine Struktur und Verbreitungslogiken rechtsextremen Narrativen von existenziellen Bedrohungen und der Vertretung eines vermeintlichen Volkswillens in die Hände spielt. Die willentliche Verstärkung von Ängsten und die Verzerrung von Mehrheitsverhältnissen online sollen Vorboten für gesellschaftspolitische Veränderungen sein. Angespornt durch wahlpolitische Erfolge rund um den gesamten Globus entwickelten sich die sozialen Medien zum zentralen Schlachtfeld der Deutung von Nachrichteninhalten, der Rekrutierung von politischem Nachwuchs und der Mobi-

lisierung zu Protest bis hin zu rassistischer Gewalt. Ein Schlüssel, um zu verstehen, warum extrem rechte Akteur*innen über soziale Medien so erfolgreich agieren, ist ihre strategische Verschmelzung mit digitalen Kulturen wie Gaming und Trolling,¹ die es zunehmend schwierig macht, zwischen organisiertem und individuellem Handeln, zwischen privater Äußerung und politischer Botschaft, zwischen Spaß und Ernst zu unterscheiden. Diese spielerische Reformulierung weißer Überlegenheitsvorstellungen, gruppenbezogener Abwertung und autoritärer Gesellschaftsvorstellungen korrespondiert mit einer regressiven Netzkultur, die in weiten Teilen rassistisch, homophob und antifeministisch geprägt ist.

Die US-amerikanische Alt-Right-Bewegung² leistete auf diesem Gebiet Pionierarbeit: Entstanden aus bildbasierten Foren und auf Gamer Servern verbindet die Bewegung weniger eine kohärente Ideologie als eine gemeinsame kulturelle Praxis, die politische Gegner mundtot machen und rechtsextreme Inhalte in den Mainstream spülen soll. Es ist eine Form des Aktivismus, die die von Troll-Kulturen gelebte humoristische Abwertung von Menschen zur Bespaßung einer Community mit der Idee einer Neugeburt der Nation verbindet. So muss die Alt-Right als eine der erfolgreichsten Reformulierungen des Faschismus verstanden werden (May/Feldman 2019). Dass diese Formen des digitalen Aktivismus sich (global) gewaltsam auf die Straße übertragen werden, steht außer Frage. Jüngste Gewaltakte von Christchurch bis El Paso, von Bærum bis Halle zeigen, dass rechter Terror aus heterogenen Online-Communities entsteht, die zielgerichtet von Neonazis unterwandert werden. «Geschichte wird offline geschrieben» ist ein zentrales Meme, das sich im Strom von bildlichen Gewaltdarstellungen verbreitete und das die Wechselwirkung von Online-Kulturen und Offline-Konsequenzen unterstreicht.

In diesem Beitrag vertrete ich die Auffassung, dass die technologischen Möglichkeiten den Rechtsextremismus nachhaltig verändern, indem die (digitale) Kultur der Politik vorgelagert wird. Um dieses Argument plausibel zu machen, werde ich zunächst das Konzept des Post-Digitalen vorstellen, das den Dualismus von digitaler und realer Welt überwindet. In der Folge werde ich drei Formen dieser Veränderung diskutieren: zuerst die Frage, wie die digitalen Kommunikationssysteme die Organisationsfrage in einem neuen Licht erscheinen lassen und sich neue Formen der Mobilisierung ausprägen, die ihren Ursprung auf Plattformen wie Facebook und YouTube haben. In einem zweiten Schritt widme ich mich der Frage, welche Rolle digitale Hasskulturen,

1 Trolling ist ursprünglich eine ironische Praxis von Online-Communities, mit der die Reputation von Menschen und Organisationen hinterfragt oder zerstört wird, indem demütigende Informationen verbreitet wurden. Heute findet es als Strategie in politischen Debatten Anwendung, indem emotionale Provokationen eine Überreaktion beim Gegenüber auslösen sollen, die dazu genutzt wird, ihn oder sie lächerlich zu machen.

2 Alternative Right (Alt-Right) ist eine Bewegung, die einen «weißen Ethnostaat» anstrebt. Ihre Unterstützer*innen agieren vor allem online und provokativ. Programmatisch verbinden sie offenen Rassismus mit einer radikalen Ablehnung des Feminismus, der Bestärkung rigider Geschlechterrollen und der Zurückweisung einer vermeintlichen politischen Korrektheit. Die Alt-Right vereinigt verschiedene Spektren der extremen Rechten von Neonazis bis zu Paläo-Konservativen (vgl. ausführlich IDZ 2019).

die sich auf bildbasierten Foren ausbreiten, spielen, um politischen Einfluss zu gewinnen. Abschließend werde ich die Herausbildung einer internationalen rechtsterroristischen Subkultur über digitale Messenger erörtern, die einer neuen Generation von Rechtsterrorismus Vorschub leistet.

2 Rechtsextremismus im Post-Digitalen

Digitaler Aktivismus wurde viele Jahre lang im Rahmen eines Rückzugs vom Protestgeschehen auf der Straße und von Vereinzelungstendenzen diskutiert. Der «Slacktivist» galt als Symbolbild für die Bequemlichkeit eines Wohlfühl-Aktivismus, der mit wenigen Mausklicks denkt, etwas ändern zu können, doch in Wirklichkeit keinen nennenswerten Einfluss hat (Morozov 2009). Der Übergang von kollektivem zu konnektivem Handeln (Bennett/Segeber 2013) führe aufgrund der individuelleren Zugänge zu politischer Teilhabe zu einer geringeren Bedeutung von Gruppen und Gemeinschaften, was politische Einflussnahmen aus digitalen Plattformen heraus als bedeutungslos oder von kurzweiliger Natur abstempelte. Die Debatten um #MeToo und #MeTwo haben das Gegenteil bewiesen. Die Diskussion um Atomisierungstendenzen hat jedoch Spuren hinterlassen und online ein Vakuum geschaffen, dessen sich Rechtsextreme gern annahmen (Albrecht u. a. 2019: 9). Das digitale Campaigning von rechts und der Aufbau von eigenen Infrastrukturen wurden lange als ein reines Online-Phänomen beschrieben. Jedoch sollte spätestens mit der jüngsten Welle des Rechtsterrorismus (Bogerts/Fielitz 2019b) deutlich geworden sein, dass der Dualismus zwischen virtueller und realer Welt schon längst überholt ist.

Als Ausgangspunkt dieses Beitrags möchte ich mit Bezug auf das Post-Digitale die Verschmelzung von Online- und Offline-Welten begrifflich fassen (Albrecht u. a. 2019: 10 f.). Das Post-Digitale beschreibt einen technischen Zustand, der der «digitalen Revolution» folgte und der durch die unausweichliche Durchdringung jedes Aspekts menschlichen Lebens (in westlichen Industriestaaten zumindest) die Formen, Funktionen und Wirkungen des Digitalen nicht mehr notwendigerweise wahrnehmen lässt (Cramer 2015: 12 f.). Dem Digitalen wurde durch seine Omnipräsenz sein ursprünglich disruptiver Charakter entzogen. Demnach wird es zunehmend obsolet, die Offline-Dimension von politischem Handeln ohne die Online-Dimension zu untersuchen – und umgekehrt. Angesichts der globalen Reichweite und Sichtbarkeit von Messenger und Plattformen ist es ein Trugschluss anzunehmen, dass Protesthandeln auf der Straße aus post-digitaler Sicht einen größeren Einfluss auf politischen Wandel haben *mus*s als digitale Proteste in Form von (Hashtag-)Kampagnen, Petitionen und/oder Hacking. Denn während Protesthandeln ein ephemeres Gemeinschaftserlebnis ist, sind Menschen über digitale Kanäle permanent miteinander verbunden und bilden ganz eigene Gruppenidentitäten aus, die eine eigene Kultur ausbilden.

Die technischen Möglichkeiten verändern daher auch die Ausdrucksweisen und Organisationsformen der extremen Rechten fundamental. Dies ist kein ganz neuer Befund. Rechtsextreme sind immer frühzeitige Anwender (Early Adopter) von neuen

Technologien gewesen und haben es verstanden, sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren: vom Volksempfänger und dem frühen Fernsehen über die ersten vernetzten Mailboxen in den 1980ern (Berlet 2001) bis hin zu Online-Foren wie Stormfront (Bowman-Grieve 2009), das seit den 2000ern zentraler Austauschort von Neonazis auf der ganzen Welt ist. David Duke, früherer Ku-Klux-Klan-Anführer, prophezeite bereits 2007, dass das Internet durch seine Geschwindigkeit zur «intellektuellen Eroberung» weißer Überlegenheitsvorstellungen und «rassistischen Aufklärung» beitragen werde (zit. nach: Daniels 2009: 3). Aufgrund der Popularisierung von Informationen durch soziale Medien wird rechtsextremen Ideologen nun die Möglichkeit gegeben, eine globale Reichweite ihrer Propaganda zu ermöglichen. Mehr noch: Die algorithmisierte Verbreitung von Inhalten erleichtert die Manipulation der Infrastrukturen der Plattformen zu eigenen Zwecken ebenso wie die ihrer Konsument*innen (Marwick/Lewis 2018).

Die virulente Aktivität im digitalen Kontext stellt unser Bild und Verständnis des organisierten Rechtsextremismus zunehmend infrage. Es wird immer schwieriger zu unterscheiden, was wir unter organisiertem Aktivismus verstehen. Einerseits liegt das daran, dass sich Menschen im Online-Kontext mit politischen Bewegungen identifizieren und teilweise auch in ihrem Namen handeln, ohne je eine Autorisierung dafür zu haben oder zu benötigen. Andererseits stellen strategische Überlegungen darauf ab, Zugangshürden zu rechtsextremem Aktivismus ab- und möglichst weite Netzwerke aufzubauen. Im digitalen Kontext gewinnen so Organisationen und Individuen an öffentlicher Präsenz, je mehr Follower*innen – und damit Reichweite – sie haben. Im Kampf um das Bewusstsein der Menschen geht es hier um die kulturelle Prägung von Gesellschaften und ihrer Austauschplattformen. Die wahre Organisationsgröße wird damit weniger wichtig. Die inhaltliche Kuratierung von Nachrichten auf Social-Media-Plattformen spielt diesen Ideen in die Hände: Es werden solche Informationen priorisiert und damit sichtbarer, die inhaltlich Angst hervorrufen und durch ein breites, aktives Unterstützungsnetzwerk geteilt, kommentiert und gelikt werden (Fielitz/Marcks 2019).

2.1 Post-organisatorische Mobilisierungen

Über viele Jahre hinweg wurde die Stärke der extremen Rechten durch die Zahlen der Mitgliedschaft in Organisationen und anhand der Teilnehmendenzahl auf Demonstrationen gemessen. Lassen wir die AfD kurz außen vor, so fällt auf, dass das militante Spektrum der extremen Rechten in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung verloren hat. Zentrale Aufmärsche, Festivals und Bewegungen sind bei Weitem nicht mehr so frequentiert wie in den 2000er Jahren. Gleichwohl sehen wir, wie es spätestens nach dem «Sommer der Migration» 2015 einen massiven Anstieg von rassistischen und rechten Gewalttaten gegeben hat von Menschen, die größtenteils keine oder keine festen Bindungen zu rechtsextremen Organisationen hatten. Vieles hingegen deutet darauf hin, dass sich dieser Typ Gewalttäter*in durch exzessive Nutzung bestimmter

Online-Seiten auszeichnet. Viel mehr als von politischen Parteien oder Bewegungen werden sie von hyperaktiven rechtsextremen Social-Media-Persönlichkeiten und audiovisuellen Inhalten angesprochen, die sich viral verbreiten: YouTuber*innen, die Verschwörungstheorien und Untergangsfantasien verbreiten, Memes, die durch eine krude Form von Humor und Ironie Rassismus normalisieren, oder Influencer*innen, die rechtsextreme Ideologien als einen Lebensstil inszenieren. Hinzu kommt der Aufbau eigener Foren und Mediennetzwerke, die sich weitestgehend der zentralisierten Kontrolle von Organisationen entziehen. Dieses weitverzweigte und in sich widersprüchliche Netzwerk schafft ganz neue Formen des Engagements und des Abgleitens in eine rechte «Gegenkultur».

Im britischen Kontext sprach Joe Mulhall (2018) von der Tendenz zu einer post-organisatorischen extremen Rechten: «Es gibt Tausende von Menschen, die sich aktiv in der Politik der extremen Rechten betätigen, aber nur teilautonom agieren, außerhalb formalisierter Organisationsstrukturen und hinter Bildschirmen und Tastaturen sitzen». Im digitalen Aufmerksamkeitswettbewerb ist ihr Handeln stark an Marketing-Gesichtspunkten orientiert. Ähnlich wie andere «Digital Natives», die durch eigene Online-Formate ihren Unterhalt verdienen, wollen auch rechtsextreme Akteur*innen ihre Inhalte wie eine Marke an ihre Follower*innen verkaufen und zur Teilnahme durch Liken, Kommentieren und Teilen aufrufen. Nicht zufällig sind viele tonangebende Personen auf verschiedenen Plattformen aktiv und jederzeit ansprechbar. Ihr Ziel ist es, durch kreative Formate die Reichweite der Inhalte zu erhöhen. Durch die Verstetigung der Interaktion und die schwindende Trennung zwischen Senderin und Empfänger entsteht so ein eigenes mediales Ökosystem, das politische Mobilisierung mit alltäglicher Kommunikation verbindet und sich den Ambivalenzen und der Sprache digitaler Kulturen anpasst.

Auffällig ist dabei, wie digitaler und analoger Protest miteinander verschmelzen: Aktionsgruppen formieren sich online und verabreden gemeinsame Aktionen auf der Straße; die Auswertung des politischen Geschehens nimmt dann wiederum eine zentrale Funktion in den digitalen Öffentlichkeiten politischer Gruppen ein; Poster und Transparente verweisen auf Emojis und eigens initiierte Hashtags, die politische Inhalte zusammenfassen. Als soziopolitischen Anker versucht sich etwa die Identitäre Bewegung (IB) zu inszenieren, der es nicht so sehr auf eine große Mitgliederzahl ankommt, als auf die ideologische Durchdringung der Gesellschaft (Zuquete 2018).

2.2 Digitale Hasskulturen

Gefragt nach der Bedeutung des Internets für die Rechte, geriet der österreichische IB-Aktivist Martin Sellner ins Schwärmen: «Ich sehe darin einfach so einen Wirbelsturm, ein Chaospotenzial aus Ironie, zum Teil auch Hass, Wut und gleichzeitig aber auch [...] pubertären Gefühlen, das immun geworden ist gegen jedes moralische Dogma. Dieser Wirbelsturm, Tornado wird meiner Meinung nach die politische Correctness massiv beschädigen und zerbrechen» (zit. nach: Lösch Dich 2018). Sellner

ist sich bewusst, dass das anarchische Potenzial digitaler Schwärme schwer zu lenken oder gar zu organisieren ist. Vielmehr geht es um spezifische Synergieeffekte und Gruppenprozesse, die sich wie Schwärme verhalten, und ihren Konsens im Kampf gegen den Feminismus und die «politische Korrektheit», die sich dabei allerdings nicht unbedingt als rechtsextrem verstehen. Über diese «digitalen Hasskulturen» (Ganesh 2018) formieren sich neue, virtuelle Allianzen, die rechtsextreme Ideologien und Gewaltretorik effektiv in die öffentliche Debatte transportieren. Digitale Hasskulturen zeichnen sich durch schwarmförmiges Verhalten von Internetnutzer*innen aus, die häufig von den Rändern digitaler (Sub-)Kulturen wie der Gaming-Szene, der Anime-Kultur oder Incel-Foren mit rechtsextremen Strukturen verschmelzen. Sie greifen Menschen mit abweichenden Meinungen oder Merkmalen an und polarisieren oder unterbinden gesellschaftliche Debatten. Ihre lose Struktur und ihr unerwartetes Auftreten verwischen die Grenze zwischen alltäglichen Äußerungen und rechtsextremer Propaganda (Albrecht/Fielitz 2019).

Die (temporären) Mitglieder solcher Schwärme sind sich oft nicht bewusst, dass sie Teil einer breiteren Dynamik oder Agenda sind. Auf der einen Seite verschwimmen die Grenzen zwischen alltäglicher Meinungsäußerung und politischer Propaganda, auf der anderen Seite werden sie potenziell zu Multiplikator*innen faschistischer Dynamiken (Fielitz/Marcks 2019). Beide Aspekte können durch Memes perfekt veranschaulicht werden: Kreiert und verbreitet über subkulturelle Foren sind sie mit rechtsextremen Botschaften aufgeladen, die schwer zu entziffern sind oder so ambivalent, dass es sinnlos ist, zwischen Provokation und Agitation zu unterscheiden (Bogerts/Fielitz 2019a). Die virale Verbreitung beschleunigt sich durch das Posten von grenzwertigen («edgy») Inhalten, die dem*der Urheber*in einen gewissen Ruhm zuerkennt.

Zu Hause sind solche Hasskulturen auf den bildbasierten Imageboards wie 4Chan, die eine eigene Form der anonymisierten Kommunikation kultivierten. 4Chan entstand aus der frühen Generation ultralibertärer Internetkultur, die sich gegen jede Form der Regulation aussprach. Zum Zeitvertreib wurden Inhalte wie Memes erstellt, die eine beißende Kritik an gesellschaftlichen Zuständen artikulierten und mit der Aufmerksamkeit spielten (Philips/Millner 2017). 4Chan folgt zwei Devisen: «alles ist sagbar» und «nichts ist ernst zu nehmen». So bildete sich über die Zeit eine zynisch-nihilistische Chan-Kultur aus, deren Community sich über das Leid anderer Menschen amüsiert und über das geltungsbedürftige Handeln ihrer User*innen eine Überbietungsdynamik in Gang setzt. Man wird Teil der Community, indem immer derbere Inhalte und schließlich auch die Dokumentation von Taten den Austausch antreiben.

Immer mehr transgressive – also bewusst Grenzen überschreitende – Online-Interaktionen wie Trolling werden von rechtsextremen Kampagnenteilnehmer*innen und -gruppen als politische Praxis aufgegriffen, um eine Gemeinsamkeit mit digitalen Kulturen zu demonstrieren. Als memetische Kriegsführung bezeichnet, nutzen

rechtsextreme Aktivist*innen und Kollektive ein ganzes Arsenal von Instrumenten: Memes, Hacks, Doxing,³ Hashtag-Piraterie und koordinierte Angriffe, die sie Raids nennen, um Angst und Verzweiflung zu verbreiten (Tuters 2019). Diese Taktiken werden in «Medien-Guerilla-Handbüchern» niedergeschrieben und weitergegeben, die Aktivist*innen als Leitfaden für die Online-Kriegsführung dienen (Ebner 2019). Nach solchen Vorbildern gilt die Verzerrung der digitalen Öffentlichkeit durch das Zum-Schweigen-Bringen von politischen Gegner*innen als erster Schritt zur Beschleunigung des politischen Wandels im realen Leben. Spätestens seit Christchurch, wo der Täter sein Manifest auf dem Zwillingenboard 8Chan postete, ist deutlich geworden, wie wichtig Meme-Kulturen für die Vorbereitungen von rechtsextremem und -terroristischem Handeln geworden sind (Fielitz 2019).

2.3 Die rechtsterroristische Subkultur

Die von einer menschenfeindlichen Ironie triefende, amorphe Hasskultur kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich aus ihr heraus Organisationszusammenhänge bildeten, die deren inhärente digitale Gewalt in faschistische Umsturzfantasien übersetzen. Gerade über den Messenger-Dienst Telegram hat sich ein Netzwerk von rechtsterroristisch-affinen Kanälen ausgebreitet, deren Mitglieder aktiv daran arbeiten, eine «Terrorwelle» zu initiieren. Über 300 solcher Gruppen mit einer Followerschaft zwischen 300 und 6.000 Personen konnten in eigenen Recherchen identifiziert werden. Seit Anfang 2019 ist der rechtsextreme Traffic auf Telegram deutlich angestiegen (SPLC 2019). Die Inhalte sind geprägt von gewaltverherrlichenden Bildproduktionen, Tipps und Tricks zu möglichst effektiven Tötungsmethoden und detailgenauen Auswertungen von rechtsterroristischen Gewalttaten. In diesem Kontext werden die Attentäter als «Heilige» glorifiziert und durch die Produktion von Memes und Videos verehrt, die zur Nachahmung auffordern – sowohl der Bildprodukte als auch der Tat. Memes zu produzieren war die Aufforderung des australischen Rechtsterroristen Brenton Tarrant an die imaginierte Gemeinschaft von Anons, in deren Namen ja auch der Attentäter von Halle zur Tat schritt. Ebenfalls im Namen der anonymen Chan-User*innen handelte auch der Attentäter von Halle.

Der norwegische Massenmörder Anders Breivik, der am 22. Juli 2011 77 Menschen tötete, bleibt in diesen Kreisen ein unerreichtes Vorbild. Der Jahrestag des Anschlags von Oslo und Utoya wird als «Saint-Breivik-Tag» zelebriert. An diesem Tag werden massenhaft audio-visuelle Inhalte verbreitet, die Breiviks Posen und Zitate so aufbereiten, dass sich eine weite Community mit seinen Taten identifizieren kann. Das ritualisierte Begehen solcher «Feiertage» schafft einen eigenen Kalender, der durch die jeweilige Symbolkraft Menschen aktivieren soll, die Taten zu imitieren. David Soboly suchte sich den 22. Juli bewusst aus, um sein Massaker im Münchener Olympia-

3 Beim sogenannten Doxing werden private Informationen von Personen oder Gruppen im Internet veröffentlicht mit dem Ziel, diese bloßzustellen oder einzuschüchtern.

Einkaufszentrum anzurichten, während ein weiterer Anschlag am 22. Juli 2019 in Norwegen verhindert werden konnte. Die ständig aktualisierten Kanäle funktionieren ebenfalls als Knotenpunkte, die einen diskursiven Zusammenhang zwischen verschiedenen Taten herstellen. Das Video von Halle wurde über diese Plattformen aktiv verbreitet, lange bevor Medien darauf aufmerksam wurden.⁴

Manifeste und Zitate von rechtsextremen Massenmördern beeinflussen die Debatten dieser rechtsterroristischen Subkultur. Nach dem Anschlag von Christchurch wurde beispielsweise die Idee des Akzelerationismus in diesen Communities aufgegriffen (Albrecht/Fielitz 2019). Dementsprechend wird die Diagnose des Zusammenbruchs oder der Dekadenz liberaler Demokratien mit dem Aufruf zur Gewalt verbunden, um die Gesellschaft beschleunigend zu destabilisieren und so einen Systemwechsel einzuleiten. Die wichtigsten rechtsextremen Romane und Veröffentlichungen haben das Konzept des Akzelerationismus schon seit Jahrzehnten als Narrativ für sich erkannt und nutzen dies strategisch. Werke wie die «Turner Diaries» des US-amerikanischen Neonazis William L. Pierce verwenden zwar noch nicht den Begriff, sind aber gänzlich um dieses Konzept herum aufgebaut.

Aktuell dient der Neonazi James Mason als eine Art Inspirationsquelle für eine rechtsterroristische Subkultur, die nach Ideologien sucht, an die sie andocken können. Sein Buch «Siege» (Belagerung) ist eine zentrale Referenz für den bewaffneten Widerstand geworden. «Read Siege» hat sich zu einem weit verbreiteten Meme in der rechtsextremen Online-Welt entwickelt. Es ist eine Aufforderung, die nur im Kontext des Akzelerationismus bzw. als Aufruf zum Rassenkrieg verstanden werden kann. Dass Brenton Tarrant mit Bezug auf dieses Konzept seine Tat begründete, macht deutlich, dass er den transnationalen rechtsextremen Diskurs verfolgte und sich durch diesen zu seiner Tat motiviert fühlte. Pierces und Masons Worte hallen nicht erst seit gestern in den rechtsterroristischen Taten und Diskursen nach. Allerdings verstärken sie sich im digitalen Kontext noch, da nun ein kohärentes Verständnis des Kanons der rechtsextremen Ideologie zur Nebensache wird und die Identifikation mit den Kernelementen der Erzählung in den Vordergrund rückt. Im digitalen Diskurs gewinnen Memes und Phrasen an Macht, da eine Vielzahl an allgemeinen oder persönlich verstandenen Konzepten auf eine prägnante und einfache Weise Verbreitung finden und sich jeder und jede individuell daraus bedienen kann. In den Sujets geteilter Memes oder in Phrasen und Codes findet sich diese rechtsextreme Ideologie in komprimierter Form wieder, deren gemeinsame Aktivität des Teilens ein kollektives Erlebnis darstellt.

4 Nachdem Neonazis den Livestream auf Twitch entdeckt hatten, wurde das Video um 17.50 Uhr über Telegram geteilt und allein öffentlich 89.500 Mal gesehen. Da das Video hauptsächlich per Privatnachricht verschickt wurde, was nicht gezählt werden kann, mag die angegebene Zahl einen Bruchteil der Reichweite darstellen, die das Video allein auf Telegram hatte.

3 «Die Welt mit rechten Augen sehen»

«Wir versuchen wirklich, die Welt zu verändern, und wir werden das tun, indem wir das Bewusstsein ändern und indem wir ändern, wie Menschen die Welt sehen und wie sie sich selbst sehen» (Spencer zit. nach: Turner 2019). Der Alt-Right-Aktivist Richard Spencer hat die politischen Ambitionen post-digitaler Kulturen und rechts-extremer Influencer*innen auf den Punkt gebracht. Es wird versucht, durch einen Mix aus offenen und verdeckten, spielerischen und gewalttätigen Produktionen Menschen ein rechtsextrêmes Weltbild aufzudrängen. Die Welt durch rechte Augen zu sehen, das legt den Fokus gerade im digitalen Kontext auf Bildproduktionen wie Memes und Bild-Text-Kombinationen (Sharepics) und verbindet sie mit markigen Slogans und Hashtags (Fielitz i.E.). Durch die massenhafte Verbreitung und Wiederholung soll sichergestellt werden, dass niemand sich dem rechten Propagandastrom entziehen kann. Das Publizieren von rechtsextrémem Material ist somit nicht nur als Mittel zu verstehen, um rechtsextrême Ziele zu erreichen, sondern gleichsam um digitale Sphären qualitativ und quantitativ zu dominieren. Die Doktrin des US-amerikanischen Nachrichtenportals Breitbart, die Politik zugunsten der Kultur sekundiert (Meyers 2011), ist zur Devise einer neuen Generation von global agierenden Rechtsextrémen geworden, die sich weder durch klare Anführer*innen noch durch Mitgliedschaft, sondern durch die gemeinsame kulturelle Praxis auszeichnet.

Die digitalen Strategien der extremen Rechten sind ausgefeilt und stetig auf die realweltliche Auswirkung abgestimmt. Es gibt vom «Surface Web» über das «Deep Web» bis zum «Dark Net» kaum einen Ort, wo rechtsextrême Inhalte nicht mit zwei Klicks erreichbar wären. Diese Potenzierung der Reichweite rechtsextrémer Botschaften und Manipulationen über kreative Formen des Aktivismus hat sich mit all ihren gewalttätigen Folgen zu der zentralen Herausforderung für Antifaschist*innen entwickelt. Klassische Instrumente zum Messen von Erfolg (und zur Beurteilung, was Erfolg ist) müssen überdacht werden. Es wird zunehmend wichtig, einen neuen Ausdruck zu finden, um einer digital sozialisierten Generation von Rechtsextrémen etwas entgegenhalten zu können. Der Herausbildung einer digitalen Kultur des Rechtsextrémismus durch Memes, Trolling, Live Action Role Playing⁵ und Shitposting⁶ lässt sich nicht durch kurzfristige Reaktionen begegnen, sondern nur durch den Aufbau einer digitalen antifaschistischen Gegenkultur, die nicht nur durch Recherchearbeit glänzt, sondern auch neue Ausdrucksformen braucht, die ein breiteres Publikum ansprechen. Hier gibt es viel zu tun.

5 Live Action Role Playing bezeichnet ursprünglich ein Rollenspiel, bei dem eine Gruppe von Menschen das Verhalten von Memen, Avataren oder Influencern «in real life» imitieren (vgl. Tutters 2019).

6 Unter Shitposting lässt sich die massenhafte Verbreitung von textlichen und bildlichen Erzeugnissen verstehen, die einen offenen Diskurs in den sozialen Netzwerken unmöglich machen sollen. Durch das gezielte Überschwemmen von Kommentarspalten und Newsfeeds mit beliebigen Inhalten soll sozialen Medien ihr emanzipatorisches Potenzial entzogen werden und eine destruktive Debattenkultur um sich greifen.

Literatur

- Albrecht, Stephen/Fielitz, Maik/Thurston, Nick (2019): Introduction, in: Fielitz, Maik/Thurston, Nick (Hrsg.): Post-digital cultures of the far right. Online actions and Offline Consequences in Europe and the US, Bielefeld, S. 7–22.
- Albrecht, Stephen/Fielitz, Maik (2019): Rechtsterrorismus im digitalen Zeitalter, in: Wissen Schafft Demokratie 6/2019, S. 176–187.
- Bennett, Lance/Seegerberg, Alexandra (2013): The Logic of Connective Action. Digital Media and the Personalization of Contentious Politics, Cambridge.
- Berlet, Chip (2001): When hate went online, 28.4.2001, in: CiteSeerx, unter: <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.552.239&rep=rep1&type=pdf>.
- Bogerts, Lisa/Fielitz, Maik (2019a): «Do You Want Meme War?». Understanding the Visual Memes of the German Far Right, in: Fielitz, Maik/Thurston, Nick (Hrsg.): Post-digital cultures of the far right. Online actions and Offline Consequences in Europe and the US, Bielefeld, S. 137–153.
- Bogerts, Lisa/Fielitz, Maik (2019b): Die visuelle Kultur des (neuen) Rechtsterrorismus, in: Antifaschistisches Infoblatt 125, S. 12–15.
- Bowman-Grieve, Lorraine (2009): Exploring «Stormfront»: A Virtual Community of the Radical Right, in: Studies in Conflict & Terrorism 32 (11), S. 989–1007.
- Cramer, Florian (2015): What is «Post-Digital»?., in: Berry, David M./Dieter, Michael (Hrsg.): Postdigital Aesthetics. Art, Computation and Design, London, S. 12–26.
- Daniels, Jessie (2009): Cyber Racism. White Supremacy Online and the New Attack on Civil Rights, Lanham.
- Ebner, Julia (2019): Counter-Creativity. Innovative ways to counter far-right communication tactics, in: Fielitz, Maik/Thurston, Nick (Hrsg.): Post-digital cultures of the far right. Online actions and Offline Consequences in Europe and the US, Bielefeld, S. 169–181.
- Fielitz, Maik (i.E.): Ironie, bis es ernst wird. Humor, digitale Kulturen und rechte Affektpolitik, in: Koch, Lars/ König, Torsten (Hrsg.): Populismus als (politische) Performanz. Mediale Erscheinungsweisen, ästhetische Praxis und Adressierungsstrategien, Frankfurt u. a.
- Fielitz, Maik (2019): Christchurch als bitterböses Meme, in: Der Freitag, 19.3.2019, unter: www.freitag.de/autoren/der-freitag/christchurch-als-bitterboeses-meme.
- Fielitz, Maik/Marcks, Holger (2019): Digital Fascism. Challenges for the Open Society in Times of Social Media, hrsg. vom Center for Right-Wing Studies, Berkeley.
- Ganesh, Bharath (2018): The Ungovernability of Digital Hate Culture, in: Journal of International Affairs 71 (2), S. 30–49.
- IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (2019): Zwischen Online-Hass und rassistischer Gewalt, unter: www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Factsheet_Altright_a4.pdf.
- Lösch Dich (2018): Martin Sellner: Hass für den Infokrieg im Netz I Doku Löschi Dich Bonus, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=TsWXwS5qjRk>.

- Marwick, Alice/Lewis, Rebecca (2018): Media Manipulation and Disinformation Online, in: Data and Society 2018, unter: <http://datasociety.net/output/media-manipulation-anddisinfo-online/>.
- May, Rob/Feldman, Matthew (2019): Understanding the Alt-Right. Ideologues, 'Lulz' and Hiding in Plain Sight, in: Fielitz, Maik/Thurston, Nick (Hrsg.): Post-digital cultures of the far right. Online actions and Offline Consequences in Europe and the US, Bielefeld, S. 25–36.
- Meyers, Lawrence (2011): Politics Really Is Downstream From Culture, in: Breitbart, 22.8.2011, unter: www.breitbart.com/big-hollywood/2011/08/22/politics-really-is-downstream-from-culture/.
- Morozov, Evgeny (2009): From slacktivism to activism, in: Foreign Policy, 5.9.2009, unter: <https://foreignpolicy.com/2009/09/05/from-slacktivism-to-activism/>.
- Mulhall, Joe (2018): A post organizational far right?, in: Hope not Hate (2018): State of Hate. Far Right Terrorism of the Rise, S. 10–11.
- Phillips, Whitney/Milner, Ryan M. (2017): The ambivalent internet. Mischief, oddity, and antagonism online, Cambridge.
- SPLC – Southern Poverty Law Center (2019): Far-Right Extremists Are Calling for Terrorism on the Messaging App Telegram, 27.6.2019, unter: www.splcenter.org/hatewatch/2019/06/27/far-right-extremists-are-calling-terrorism-messaging-app-telegram#.XRYd40hGPHA.twitter.
- Turner, Fred (2019): Machine Politics, in: Harper, Januar 2019, unter: <http://harpers.org/archive/2019/01/machine-politics-facebook-political-polarization/>.
- Tuters, Marc (2019): LARPing/Liberal Tears. Irony, Belief and Idiocy in the Deep Vernacular Web, in: Fielitz, Maik/Thurston, Nick (Hrsg.): Post-digital cultures of the far right. Online actions and Offline Consequences in Europe and the US, Bielefeld, S. 37–48.
- Zúquete, José Pedro (2018): The Identitarians. The movement against globalism and Islam in Europe, Notre Dame.

AUTOR*INNEN

Friedrich Burschel ist Historiker und Politologe. Er arbeitet als Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Maik Fielitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und arbeitet im BMBF-finanzierten Projekt «Pandora» zur Bedeutung von sozialen Medien in rechtsextremen und islamistischen Kampagnen. Gemeinsam mit Nick Thurston hat er den Band «Post-Digital Cultures of the Far Right» (2019) herausgegeben, der von der Rosa-Luxemburg Stiftung kofinanziert wurde und als Open Access beim Transcript-Verlag zur Verfügung steht.

Judith Goetz ist Literatur- und Politikwissenschaftlerin, Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (www.fipu.at) sowie des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus (www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/). Ihre Interessenschwerpunkte liegen bei Frauen*/Gender und Rechtsextremismus, Antifeminismus sowie geschlechterreflektierter politischer Bildung. Zuletzt erschienen die von ihr mitherausgegebenen Sammelbände «Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen «Identitären»» (2017) und «Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven» (2019).

Julia Haas ist Soziologin und arbeitet auf wissenschaftlicher und bildungspolitischer Ebene zu den Themen Identitäre Bewegung, Frauen in der extremen Rechten und Antifeminismus von Rechts. Schwerpunktmäßig hat sie sich mit Frauen in der Identitäten Bewegung und deren Selbstbildern befasst. Derzeit arbeitet sie bei der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen.

Cash Hauke promoviert zum Thema «Bildungsarbeit gegen Rechts in Ostdeutschland aus intersektionaler Perspektive» in den Gender Studies und ist Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er* wurde schon früh politisiert und geprägt von der Situation der erstarkten Rechten in den 1990ern in Brandenburg. Heute forscht, lehrt und arbeitet er* in Berlin zu Gleichzeitigkeiten und Verknüpfungen von Macht und Herrschaftsverhältnissen wie Rassismus, Heteronormativität, Sexismus, Klassismus, Ableismus etc. (Intersektionalität/Interdependenz) und zum Umgang mit Gewalt in sozialen Bewegungen.

Daniel Keil habilitiert mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Universität zu Köln über die (neue) Rechte in der politischen Krise der EU. Arbeitsschwerpunkte sind Nationalismus und (neue) Rechte, Europäische Union, materialistische Staatstheorie, Kritische Theorie. Zuletzt erschien von ihm der zusammen mit Jens Wissel herausgegebene Band: «Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union» (2019). danielkeil.wordpress.com.

Tina Reis ist in Berlin in der queer-feministischen Bewegung aktiv und entwickelt beruflich Kommunikationskampagnen und Webprojekte für Non-Profits. Ihr Schwerpunkt sind rechte Strategien auf Google, Netzpolitik und Kämpfe um die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, 2016 hat sie die Initiative feministclickback.org gegründet, um feministischen Webseiten dabei zu helfen, ihre Inhalte online an ein breiteres Publikum zu bringen.

Sebastian Sommer ist Theaterwissenschaftler und promoviert momentan zu «Pegida als performative Ausdrucksform von völkisch-autoritärem Protest» an der Freien Universität Berlin. Daneben ist er Ko-Moderator des Arbeitskreises «Rechte Protestmobilisierungen» am Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) in Berlin.

Das rechte Rollback geht weiter. In Deutschland sind inzwischen rassistische, den Nationalsozialismus verharmlosende, völkisch-nationalistische und neofaschistische Dinge sagbar geworden, die noch vor Kurzem völlig undenkbar waren. Normalität ohne Aufschrei.

In diesem Buch geht es um Aspekte dieser Veränderungen und die zermürende Taktzahl von Tabubrüchen und Erfolgen der extremen Rechten und darum, wie die rassistische, antisemitische, antilinke und antifeministische Gewalt in Wort und Tat, im öffentlichen Raum, in Parlamenten, auf der Straße, in den Medien und im Internet fortschreitet.